



ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



- **Bücherverbrennungen**  
Flensburg und Schleswig 1933
- **Kommunalreform**  
Die Stadt Flensburg und  
der Landkreis
- **A.P. Møller Skolen**  
Ein neues dänisches Gymnasium  
für Südschleswig
- **Integration**  
Die Situation der neuen  
Minderheiten in Flensburg

# ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

Die Herausgabe von Heft 4/2008  
erfolgte mit freundlicher Unterstützung  
durch den Ministerpräsidenten des  
Landes Schleswig-Holstein,  
Peter Harry Carstensen

**HERAUSGEBER:** ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.  
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig

*Redaktionsgeschäftsstelle:* Ingrid Schumann, Referentin für Grenzlandfragen

*Anschrift:* Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg  
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20  
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de  
www.grenzfriedensbund.de

*Geschäftszeit:* Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr  
Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr  
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0

*Beitrag:* 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.

*Abonnement:* 15 € Inland, 17,50 € Ausland

*Bankverbindungen:* HypoVereinsbank (BLZ 200 300 00) Kto.-Nr. 80 009 407  
Nord-Ostsee-Sparkasse (BLZ 217 500 00) Kto.-Nr. 82 988

## INHALT

Seite

*Bernd Philipsen*

NS-Kampagne gegen „undeutschen Geist“.

Die Bücherverbrennungen in Flensburg und Schleswig 1933 .....369

*Michael Ruck*

Halskrause oder Einkreisung? Frühere Debatten

und heutige Perspektiven zum Flensburger Kreisstatus .....385

*Jörn-Peter Leppien / Gerret Liebing Schlaber*

Ein neues Dänisches Gymnasium für Südschleswig.

Interview mit dem Rektor der A. P. Møller Skolen Jørgen Kühl .....401

*Ingalies K. Friebel*

„Besser zusammenleben in Flensburg“.

Ein Veranstaltungsbericht .....415

Umschau .....419

Buchbesprechungen .....432

Mitarbeiter/innen dieses Heftes .....441

Abbildungsnachweis .....442

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 4 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

*Redaktion der Grenzfriedenshefte:*

Ove Jensen, M.A., Hasselbrookstraße 131, 22089 Hamburg

Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 · 24955 Harrislee

Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55 · 24939 Flensburg

Dr. Gerret Liebing Schlaber, Tækkerløkke 26 · DK-6200 Aabenraa

Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg

Satzerstellung: Mittelstaedt Media Design, Libellenring 16 · 24955 Harrislee

Telefon 0461 / 700 29 99 · Telefax 0461 / 700 29 98 · E-Mail: mittelstaedt-design@web.de

Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 · 24941 Flensburg

ISSN 1867-1853

# NS-Kampagne gegen „undeutschen Geist“

Die Bücherverbrennungen in Flensburg und Schleswig 1933

von *BERND PHILIPSEN*

*Bald nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten vor 75 Jahren begannen die totalitären Machthaber eine beispiellose Kampagne gegen politisch und rassistisch missliebige Deutsche – unter ihnen zahlreiche Künstler und Wissenschaftler von internationalem Rang, die in die „innere Emigration“, zur Flucht ins Ausland oder in den Tod getrieben wurden. Einer der ersten Höhepunkte dieser Gewaltmaßnahmen waren die Bücherverbrennungen im Mai 1933, denen die Werke renommierter Vertreter des deutschen Geisteslebens wie Heinrich Heine, Heinrich und Klaus Mann, Kurt Tucholsky, Erich Maria Remarque, Bertolt Brecht, Erich Kästner, Franz Werfel oder Sigmund Freud zum Opfer fielen. Der Flensburger Journalist und Historiker Bernd Philipsen zeigt im vorliegenden Beitrag, dass die Bücherverbrennungen nicht allein in den Universitätsstädten, sondern unter Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten auch in der Provinz – und in unserem Grenzland – stattfanden.*

*Die Redaktion*

## **Einleitung**

„Das war ein Vorspiel nur. Dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen.“ Diese düstere Prognose, die Heinrich Heine seinem Protagonisten Hassan in dem 1821 entstandenen Trauerspiel „Almansor“<sup>1</sup> in den Mund legt, sollte sich mehr als 100 Jahre später ausgerechnet in Deutschland, dem sogenannten „Land der Dichter und Denker“, auf dramatische Weise bewahrheiten: 1933 – also vor 75 Jahren – ließen die gerade an die Macht gekommenen Nationalsozialisten im großen Stil öffentlich Bücher missliebiger Autoren verbrennen, und bald darauf qualmten rund um die Uhr die Krematorien der deutschen Todesfabriken im Osten wie Auschwitz-Birkenau oder Majdanek. Urheber und Motor der deutschlandweiten Aktion „Wider den undeutschen Geist“ war jener akademische Nachwuchs, der sich als Speerspitze der nationalsozialistischen Bewegung verstand und das vom ideologischen Rassenwahn geprägte Gedankengut der NSDAP in die Universitäten getragen hatte: die Deutsche Studentenschaft, die seit 1931 vom Nationalsozialistischen Deutschen Studententbund dominiert und in dessen Sinne instrumentalisiert wurde. Der zentrale Verbrennungsakt am 10. Mai 1933 auf dem Berliner Opernplatz mit Joseph

Goebbels als Hauptredner war zugleich Auftakt zur Vertreibung und Verfolgung zahlreicher vom NS-Regime verfeindeter Autoren.

Vor laufenden Kameras und offenen Mikrofonen geißelte der Reichspropagandaminister den – wie er sagte – „überspizten jüdischen Intellektualismus“, die „jüdischen Asphaltliteraten“ und das „Untermenschentum“ und stilisierte die Bücherverbrennung angesichts hochschlagender Flammen zu einem „Symbol des revolutionären Epochenwechsels“<sup>2</sup>: „Hier sinkt die geistige Grundlage der Novemberrevolution zu Boden, aber aus diesen Trümmern wird sich siegreich erheben der Phönix eines neuen Geistes – eines Geistes, den wir tragen, den wir fördern und dem wir das entscheidende Gewicht geben und die entscheidenden Züge aufprägen.“ An die Studenten gewandt, sagte er: „Der Geist lernt sich im Leben und in den Hörsälen, und der kommende deutsche Mensch wird nicht nur ein Mensch des Buches, sondern auch ein Mensch des Charakters sein. Und dazu wollen wir Euch erziehen. Jung schon den Mut zu haben, dem Leben in die erbarmungslosen Augen hineinzuschauen, die Furcht vor dem Tode zu verlieren und vor dem Tode wieder Ehrfurcht zu bekommen – das ist die Aufgabe dieses jungen Geschlechts. Und deshalb tut Ihr gut daran, um diese miternächtliche Stunde den Ungeist der Vergangenheit den Flammen anzuvertrauen.“<sup>3</sup> Die Goebbels-Botschaft wurde vom Rundfunk live reichsweit ausgestrahlt und löste damit einen Flächenbrand aus, der – in verschiedenen Phasen – schließlich alle Regionen Deutschlands erfasste.

Um nichts dem Zufall zu überlassen, hatte die Deutsche Studentenschaft im Vorwege bereits organisatorische Vorkehrungen dafür getroffen, dass möglichst zeitgleich zum spektakulären Autodafé in Berlin, in dessen Flammen rund 25.000 Bände zu Asche wurden, an weiteren Hochschulstandorten Bücherverbrennungen inszeniert wurden. Wie auf dem Berliner Opernplatz, so wurde denn auch in vielen anderen deutschen Städten am 10. Mai 1933 durch fanatisierte Studenten „undeutsches Schrifttum“ verbrannt, darunter auch in Schleswig-Holsteins einziger Universitätsstadt Kiel. Dort wurden auf dem Wilhelmplatz – auch unter Mitwirkung von Hochschullehrern – etwa 2000 Bücher ins Feuer geworfen. Erst mit mehrwöchiger Verspätung sprang der Funke des von Studenten gelegten „Fegefeuers undeutscher Literatur“ auf die schleswigsche Provinz über: Die Rolle des akademischen Nachwuchses als Brandstifter übernahm in Flensburg der Kampfbund für deutsche Kultur und in der Stadt Schleswig die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation in Verbindung mit der Deutschen Arbeitsfront.<sup>4</sup>

### **Flensburg: Ein Schauspieler als Agitator**

Seinen größten Auftritt hatte der Schauspieler und Spielleiter Ferdinand Schröder am 30. Mai 1933 unter freiem Himmel und angesichts lodender Bücherstapel. Als langjährigem Ensemblemitglied des Flensburger Theaters war es ihm



Abb. 1  
Ferdinand Schröder,  
Schauspieler am Flensburger  
Stadttheater und örtlicher  
Vorsitzender des NS-Kampf-  
bundes für deutsche Kultur

nie vergönnt, sich sonderlich hervorzutun, doch an diesem Abend beschwor er vor einem großen, ihm zugetanen Publikum mit theatralischen Gesten und pathetischen Worten die Ziele der Kulturpolitik der neuen Machthaber. Der Bühnenkünstler Ferdinand Schröder (1879-1937)<sup>5</sup> stand dem örtlichen Kampfbund für deutsche Kultur (KfdK) vor und war Initiator und Dramaturg der Bücherverbrennung am 30. Mai 1933 auf dem Versammlungs- und Festplatz „Exe“. Die Hauptrolle übernahm er selbst: Er hielt die „Feuerrede“.

Anfang Mai 1933 hatte sich eine Flensburger Ortsgruppe des Kampfbundes für deutsche Kultur konstituiert, „um zu retten und wieder zu erwecken, was durch den Zerfall des letzten Jahrzehnts am meisten gefährdet war: Deutsches Seelentum und sein Ausdruck im schaffenden Leben, in Kunst und Wissen, Recht und Erziehung, in geistigen und charakterlichen Werten.“<sup>6</sup> Der Aufruf richtete sich an „alle Männer und Frauen Flensburgs [...], denen die Wiedergeburt deutscher Kultur am Herzen liegt, in die Reihen des Kampfbundes für deutsche Kultur zu

treten, jeder in der Form, die ihm möglich ist: als Mitglied des Bundes, als Spender oder als beratender und fördernder Freund, um ihm zu helfen, sein hohes Ziel zu erreichen.“ Ferdinand Schröder avancierte zum KfdK-Ortsgruppenleiter, Egon Rüchel, ein Architekt, übernahm die Geschäftsführung des Kampfbundes, der für seine Agitationsarbeit vier Abteilungen gebildet und mit Protagonisten besetzt hatte: 1. Handwerk, bildende Kunst, Architektur und Technik, 2. Wissenschaft und Schrifttum, 3. Theater und Film, 4. Musik. Eine erste Mitgliedsliste liest sich wie ein Who's Who der Flensburger Elite. Da finden sich der Museumsleiter, der Kraftwerksdirektor, der Geschäftsführer der Handwerkskammer, Ärzte, Studienräte, Juristen, Kirchenmänner und Künstler.

Der Kampfbund war bereits kurz vor der Gründung einer eigenen Ortsgruppe als Mitinitiator und Unterstützer an „Kampfmaßnahmen gegen minderwertige Literatur“<sup>7</sup> in Flensburg beteiligt. Am 29.4.1933 wurden laut Bericht der Flensburger Nachrichten „auf Anregung des Nationalsozialistischen Studentenbundes, der Fachschulgruppe Flensburg und des Kampfbundes für deutsche Kultur sämtliche Buchhandlungen und Büchereien in Flensburg von SA-Leuten besetzt“, die sich als Zensoren gerieten: „Es wurde eine genaue Ueberprüfung der Bestände vorgenommen. Die Bücher, die 1. von Autoren stammen, die sich an der Greuelhetze gegen Deutschland beteiligt haben, 2. Bücher erotischen Inhalts, 3. antichristliche Literatur und 4. sogenannte Aufklärungsschriften über sexuelle Fragen, wurden von den SA-Leuten sichergestellt.“ Die dänische Bibliothek in Flensborghus blieb von dieser Säuberungsaktion verschont. Insgesamt aber sei die Maßnahme, von der auch die privaten Leihbüchereien betroffen waren, „durchweg ruhig [verlaufen], zumal ein großer Teil der Geschäftsinhaber erklärte, daß sie selber ein Interesse an der Unterdrückung des Handels mit minderwertiger Literatur hätten.“ Für die „nächsten Tage“ wurde ein Aufruf an die Bevölkerung angekündigt, „Bücher des vorher bezeichneten minderwertigen Inhalts abzuliefern.“ Denn: „Diese Bücher sollen dann öffentlich verbrannt werden.“<sup>8</sup>

Die Bestände der städtischen Bibliothek wurden anhand der NS-amtlichen „Schwarzen Liste“ durchforstet und zahlreiche Bände aussortiert. Die Büchereikommission gab in ihrer Sitzung am 10.5.1933 ihr Einverständnis dafür, daß diese Bücher „zu vernichten“ seien. Bibliotheksleiter Dr. Franz Schriewer trug im Laufe der Kommissionssitzung seine eindringliche, schließlich aber vergebliche Bitte vor, „von einer öffentl. Verbrennung abzusehen, um die Öffentliche Bücherei nicht zu mißkreditieren.“<sup>9</sup> Mit Schreiben vom 30.5.1933 teilte ihm das Stadtschulamt mit, dass „die für eine Vernichtung bestimmten Bücher der Städtischen Öffentlichen Bücherei [...] heute durch einen Boten bei Ihnen abgefordert werden“.<sup>10</sup> Schriewer, in den Augen der Nationalsozialisten in Flensburg politisch untragbar, wurde bald darauf abgelöst und von einem linientreuen Büchereileiter ersetzt. Ohne Mitglied der NSDAP zu sein und „politischen Denunziationen und



# Kampfbund für deutsche Kultur e. V. München (Ortsgruppe Flensburg).

## Aufruf!

Wie in fast allen größeren Städten Deutschlands, in vielen kleineren, so ist auch hier bei uns in Flensburg ein „Kampfbund für Deutsche Kultur“ von Männern der Wissenschaft, der Kunst und der Technik ins Leben gerufen worden, um zu retten und wieder zu erwecken, was durch den Zerfall des letzten Jahrzehnts am meisten gefährdet war: Deutsches Geesentum und sein Ausdruck im schaffenden Leben, in Kunst und Wissen, Recht und Erziehung, in geistigen und charakterischen Werten. Das Ziel des Kampfbundes ist, wie § 1 seiner Satzungen sagt, folgendes: „Der K. f. d. K. hat den Zweck, die Werte des deutschen Lebens zu verteidigen und jede artgerechte Aueherung kulturellen deutschen Lebens zu fördern.“ Er will dem Gesamt-Deutschtum ohne Rücksicht auf politische Grenzen dienen. Er setzt sich das Ziel, vornehmlich im heranwachsenden Geschlecht aller Schichten des Volkes die Erkenntnis für die Notwendigkeit des Kampfes um die Kultur und Charakterwerte der Nation zu wecken und dadurch den Willen für den Kampf um die deutsche Freiheit zu stärken. Es werden grundsätzliche Fragen sowie alle Beitercheinungen und Tagesereignisse des deutschen Kulturlebens behandelt. Die Einrichtung folgender Gruppen mit unbeschränktem Arbeitsgebiet gewährleistet schnelle und sachkundige Erledigung der vielen Sonderaufgaben.

1. Sanktwert, bildende Kunst, Architektur und Technik.
2. Wissenschaft und Schrifttum.
3. Theater und Film.
4. Musik.

In allen diesen Gruppen finden die Lebensfragen der deutschen Jugend aller Stände und die Probleme des Deutschtums im Ausland besondere Beachtung. Wir rufen alle Männer und Frauen Flensburgs auf, denen die Wiedergeburt deutscher Kultur am Herzen liegt, in die Reihen des Kampfbundes für deutsche Kultur zu treten, jeder in der Form, die ihm möglich ist: als Mitglied des Bundes, als Spender oder als beratender und fördernder Freund, um ihm zu helfen, sein hohes Ziel zu erreichen.

Der Kampfbund für deutsche Kultur will und wird in Uebereinstimmung mit dem Willen der nationalen Regierung für die Zukunft der alleinige Träger des kulturellen Lebens in Flensburg überhaupt sein und soll zu diesem Zweck nach Möglichkeit alle bereits in dieser Richtung bestehenden Organisationen und Vereinigungen in sich aufnehmen, ohne sie jedoch in ihrer Eigenart, sondernlich zu beschränken. Der Kampfbund will vielmehr als Dachorganisation dafür sorgen, daß alle Veranstaltungen organisch und richtig geliebert werden sowie insbesondere vermeiden, daß größere Veranstaltungen verschiedener Art zu gleicher Zeit stattfinden, wodurch sowohl die eine als auch die andere Veranstaltung nur geschwächt werden kann.

Im Rahmen des Kampfbundes sollen ferner Besueherorganisationen für Theater und Musik geschaffen werden, die vermöge ihrer Geseltoffenheit und Größe in der Lage

sind, Träger größerer künstlerischer und kultureller Veranstaltungen zu sein.

Die Geschäftsstunden sind vormittags von 10–12 Uhr in unseren Geschäftsräumen Nordreiterstraße 10.

Bankkonto: Stadtparkasse Flensburg Nr. 4527.

Ferdinand Schröder, Schauspieler,  
Ortsgruppenleiter.

Egon Kähler, Architekt, Wilhelm Nissen, Lehrer,  
Geschäftsführer, Schriftführer.

### Abteilung 1.

Ernst Müller, Architekt, Marienhof 20. Wilhelm Bahlsen, Reg.-Ratrat, Heinrich Schulzstraße 12. Fritz Rugsang, Direktor, Brangelstraße 31. Fritz Sahnjen, Dr., Friedrichstraße 27. I. Oskar Kahl, Direktor, Offseebadweg 53. Käthe Lassen, Marlein, Holm 51. E. C. Renger, Malermeister, Lerassenstraße 18. Heinz Beddja, Professor, Margarethenstraße 22. Hans Wehlich, Tischlermeister, Angelburgerstraße 14.

### Abteilung 2.

Dr. Theodor Rohrs, Facharzt, Falkenberg 18. Dr. Julius Lehen, Studentrat, Pferdewasser 16. Ernst Meuter, Studentrat, Friedrichstraße 21. Fritz Wiebach, Studienassessor, Gladenstraße 9. Dr. Moldenhauer, Direktor, Gladenstraße 8. Kruse, Studiendirektor, Pamenweg 1. Richard Griesbach, Gewerbeberlehrer, Zur Ere 8. II. Wilhelm Nissen, Lehrer, Kotelstraße 10. Jacob Pohlen, Geschäftsführer, Brangelstraße (D.S.B.). Heinrich Käbler, Pastor, Südermarkt 15.

### Abteilung 3.

Ernst Sammer, Professor, Gladenstraße 7. II. Ferd. Schröder, Schauspieler, Pferdewasser 16. Ernst Meuter, Studentrat, Friedrichstraße 21. Fritz Wiebach, Studienassessor, Gladenstraße 9. Dr. Moldenhauer, Direktor, Gladenstraße 8. Kruse, Studiendirektor, Pamenweg 1. Richard Griesbach, Gewerbeberlehrer, Zur Ere 8. II. Wilhelm Nissen, Lehrer, Kotelstraße 10. Jacob Pohlen, Geschäftsführer, Brangelstraße (D.S.B.). Heinrich Käbler, Pastor, Südermarkt 15.

### Abteilung 4.

Adolf Seidorn, Dipl.-Ing., Heinrichstraße 15. Johs. Röder, Organist, Nikolaitirchhof 6. Kurt Barck, Musikdirektor, z. St. Bad Gms. Emil Wagnus, Kgb. Musikdirektor, Schiffstraße 10. I. Olof Nissen, Studentrat, Mollkestraße 1d. Eward Schoenherr, Augenarzt, Marienhöhlungswoeg 45. Dr. jur. Elmer, Rechtsanwält, Holm 10. Wilh. Nissen, Lehrer, Kotelstraße 10. Bendig Clausen, Filialleiter, Am Burgfried 7. Karl Siebert, Brov.-Baurat, Dr.-Ing., Strucksdamm 6. Johs. Kaulsen, Ober-Rentmeister, Waigstraße 1. Alfred Sutt, Organist, Saderleben (Nordrichlesweg).

Abb. 2 Aufruf der Flensburger Ortsgruppe des Kampfbundes für deutsche Kultur, erschienen am 13. Mai 1933 in den Flensburger Nachrichten

ehrerletzenden Beschuldigungen zum Trotz“ bewarb sich Schriewer mit Erfolg nach Frankfurt/Oder, um dort die Stelle des Stadtbibliothekars zu übernehmen.<sup>11</sup> Mit Blick auf die Bücherverbrennung konnten die Agitatoren vom Kampfbund auf breite publizistische Unterstützung bauen. Die Flensburger Nachrichten – mit einer Auflage von 18.000 Exemplaren das meistgelene Blatt in Flensburg und Umgebung –, der Flensburger Generalanzeiger – laut Untertitel eine „partefreie Tageszeitung“ – und das nationalsozialistische Kampfblatt Flensburg

NS-Zeitung begleiteten die Aktion wohlwollend. Die dänischsprachige Zeitung Flensburg Avis und das deutschsprachige Blatt Der Schleswiger – zwei Zeitungen der dänischen Minderheit – hielten sich in der Berichterstattung über die Bücherverbrennung und weitere Aktivitäten des Kampfbundes auffallend zurück und beließen es bei meist knappen Sachinformationen.<sup>12</sup>

Gleichzeitig und mit gleichlautenden Texten, vermutlich einer Pressemitteilung des Kampfbundes für deutsche Kultur, informierten die Flensburger Nachrichten und der Flensburger General-Anzeiger am 30.5.1933 ihre Leser über Hintergrund und geplanten Ablauf der „Verbrennung der Schmutz- und Schundliteratur“ auf der „Exe“. Die Bücherverbrennung sei nur „eine Teilaktion und ein Symbol des jungen Deutschlands: Kampf dem Schmutz und Schund, Kampf der Klassenverhetzung, Kampf dem jüdischen Autor, der mit unwahren Schilderungen den klaren Blick unserer Volksgenossen trüben will, um dann in diesem trüben Wasser seinen finanziellen Vorteil zu ziehen“. Die demonstrative Verbrennung von aussortierten Schriften und Büchern werde voraussichtlich einige Stunden dauern, heißt es weiter in den Vorberichten. Und: „Es sollte niemand, dem es mit der geistigen Erneuerung unseres Volkes ernst ist, versäumen, die Handlung anzusehen.“<sup>13</sup>

Es ist nicht genau überliefert, wie viele Menschen diesem Aufruf tatsächlich gefolgt sind. Eine Zahl wird in keinem der Berichte über die abendliche Aktion genannt. Die Flensburger Nachrichten sprachen von einer „zahlreiche[n] Zuschauermenge“ und davon, dass „der Feuerplatz [...] von einer dichten Menge umgeben“ war.<sup>14</sup> Der Flensburger General-Anzeiger wurde da schon etwas deutlicher und schrieb: „Verschiedene Umstände trugen dazu bei, daß die gestrige Verbrennung artfremder, volksfeindlicher Bücher, Zeitschriften und Zeitungen sich in kleinerem Rahmen vollzog, als es erwünscht war. Als Folge der regnerischen Witterung, des Verzichtes auf eine straffe Erfassung aller Bevölkerungskreise und eine fesselnde Umrahmung der symbolischen Handlung war die Teilnehmerzahl nicht entfernt so groß, als sie einer Stadt wie Flensburg zukäme.“<sup>15</sup> Aus diesen Bemerkungen lässt sich der Schluss ziehen, dass die Zahl der Zuschauer wohl deutlich hinter den hochgesteckten Erwartungen der Initiatoren zurückgeblieben war.

Mit Ausnahme der beiden dänisch-orientierten Zeitungen, die auf eine Nachberichterstattung verzichteten, widmeten sich die Lokalzeitungen meist in einem Ton des Zuspruchs der Bücherverbrennung auf der „Exe“. Diese Aktion bedeutete aus der Sicht der Flensburger Nachrichten „für alle nationalen Volksgenossen einen Aufruf [...], nunmehr mitzuschaffen und aufzubauen, das wirkliche deutschkulturelle Wesen von der Asche des Minderwertigen zu reinigen“.<sup>16</sup> Gewürdigt wurde, dass „auch in Flensburg [...] die NSDAP rechtzeitig mit dieser Reinigungs-Aktion begonnen und viele Zentner verräterischen Materials für die Verbrennung sichergestellt [hatte]. Ueber 3 Stunden brannte gestern abend der Scheiterhaufen, dem vier große Lasten Papier reichlich Nahrung gaben. Eine

# Kampf dem Schmutz und Schund

Verbrennung undeutscher Bücher, Zeichen und Schriften  
durch den Flensburger Kampfbund für Deutsche Kultur



Phot.: E. Nielsen.



Kampfbundführer F. Schröder  
bei der Ansprache.  
Im Vordergrund Geschäftsführer  
E. Riegel.



Mitte: Marxistische Fahne  
auf dem Scheiterhaufen.

Links: Der Stoß wird angezündet  
— Rauchschwaden ziehen in den  
Abendhimmel.

Abb. 3 Fotoreportage der Flensburger Illustrierten Nachrichten von der Bücherverbrennung am 30. Mai 1933 auf der „Exe“

lange dunkle Rauchwolke zog sich in den grauen Himmel. Hell züngelten die Flammen, in denen Bücher, Schriften, Transparente und kommunistische Fahnen zu Staub und Asche wurden. Es lag eine Weihe über dem ganzen Bild, die Pg. Ferdinand Schröder in treffende Worte zu kleiden wußte“. Der Kampfbundvorsitzende wurde mit den Worten zitiert, dass „in diesen Flammen [...] der Geist verbrannt [werde], der Deutschland in den letzten Jahren vergiftet habe. Sauberkeit und Ehrlichkeit solle fortan in den Bücherschränken der deutschen Volksgenossen herrschen. Es solle vermieden werden, daß solche volksfeindlichen Bücher in Uebersetzungen ins Ausland kämen, wo sie nur den Ruf des deutschen Vaterlandes untergraben würden. Das deutsche Schrifttum sei von einem tiefen Glauben beseelt und schildere das wahre Geschehen deutscher Kultur. An diesem Geist solle die Welt genesen!“<sup>17</sup> Der Flensburger General-Anzeiger äußerte die Hoffnung, dass sich die Bücherverbrennung als „sinnbildlicher Vorgang dem Herzen so tief als möglich [einprägen], damit er sich fruchtbar auswirke. Denn auf die Auswirkung, auf die geistige Haltung der Volksgenossen gegenüber dem Artfremden kommt es an“. Kampfbundleiter Schröder „wies mit markigen Worten auf die Notwendigkeit der Verbrennung und auf die Pflicht aller Volksgenossen hin, bei dem Abwehrkampfe gegen alles Volksfremde tatkräftig mitzuhelfen“.<sup>18</sup> „Endlich war auch für Flensburg der Tag gekommen, an dem die deutschbewußte Bevölkerung sich zu einem symbolischen Akt zusammenfand, der durch Verbrennen riesiger Stapel undeutscher Schriften und Bücher um deutschen Geist werben sollte“, freute sich die Flensburger NS-Zeitung. Vernichtet worden seien mehrere „Dreckhaufen“ von Schundliteratur, „mit der Juden und Marxisten bewußt unser Volkstum zersetzen wollten, marxistische Zeitungen, de-

ren Spalten mit Lügen und Gemeinheiten angefüllt waren, um einen Nebeldunst um die Gehirne ihrer gläubigen Leser zu legen, und Zeitschriften mit zotigem Inhalt wurden auf den Richtstätten des undeutschen Geistes verbrannt. [...] Buch um Buch, Zeitungen um Zeitungen [...] – unwürdig des Lebens, würdig aber des Verbrennungstodes.“<sup>19</sup> Das NS-Kampfblatt warnte zugleich davor zu glauben, „daß mit der Verbrennung schon der undeutsche Geist vernichtet sei. Wer Unwerte endgültig niederreißen will, muß neue Werte aufbauen, auch wenn es ein mühsames Werk ist. Und so wollen wir denn Schritt für Schritt in alle Gebiete des öffentlichen Lebens den neuen Geist des Nationalsozialismus hineinragen, der das Volk an die Wurzeln seines Daseins zurückführen und dem deutschen Menschen wieder ein eigenes Gesicht und einen eigenen Charakter geben will.“ Die bisher einzigen bekannten Fotodokumente von der Bücherverbrennung in Flensburg stammen aus den Flensburger Illustrierten Nachrichten, einer wöchentlichen Beilage der Flensburger Nachrichten (s. Abb. 3). Drei Wochen nach dem Ereignis veröffentlichten sie unter der Schlagzeile „Kampf dem Schmutz und Schund“ eine Bildreportage mit Fotos vom Hauptredner Ferdinand Schröder, dem „Scheiterhaufen der undeutschen Literatur“ und einer der Vernichtung preisgegebenen Fahne mit den drei Pfeilen der Eisernen Front.<sup>20</sup> Dabei handelte es sich möglicherweise um ein „Beutestück“ aus dem Gewerkschaftshaus, das am 2.5.1933 von der SA gestürmt und besetzt worden war.<sup>21</sup>

### **Schleswig: Ein Journalist als geistiger Brandstifter**

Auch in Schleswig war ein erklärter Freund des Theaters und der Literatur treibende Kraft der NS-Kampagne „Wider den undeutschen Geist“: Der Schriftsteller und Journalist Dr. Fritz Michel (1895-1978)<sup>22</sup> bereitete den ideologischen Boden für die Bücherverbrennung am 23. Juni 1933 auf dem Stadtfeld; die organisatorischen Vorbereitungen lagen in der Hand der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO), die ihre Schritte mit der Deutschen Arbeitsfront abstimmt. Die örtlichen Vertreter dieser Organisationen und ihre Helfershelfer hatten die Öffentlichkeit – vor allem mit kräftiger publizistischer Unterstützung durch die Schleswiger Nachrichten, deren Redaktionsleiter Michel war – im Vorwege auf dieses Ereignis eingeschworen, als sei ein freudiges Stadtfest zu feiern: Die Bürger wurden aufgerufen, ihre Hausfassaden mit Flaggen zu schmücken, sich in möglichst großer Zahl an den Umzügen durch die Stadt zu beteiligen und vor allem der „Verbrennung von marxistischer Schundliteratur auf dem Stadtfeld“ beizuwohnen. Ausdrücklich an die „Volksgenossen“ erging folgender NSBO-Appell: „Erscheint in Massen, und zeigt durch diese Kundgebung, daß ihr entschlossen seid, mit Adolf Hitler euer Recht und eure Freiheit zu erkämpfen.“<sup>23</sup> In einem redaktionellen Vorbericht der Schleswiger Nachrichten im Stile eines

# Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront am Freitag

**Säuberung der Gewerkschaftsbibliothek und Überprüfung der Fahnen / Weihe neuer NSBO-Fahnen / Verbrennung von marxistischer Schmutzliteratur auf dem Stadtfeld**

Der 1. Mai, der Tag der deutschen Arbeit, zeigte in Schleswig eine Geschlossenheit aller Bevölkerungsschichten und besonders in der Arbeiterschaft, wie man sie lange nicht gesehen hatte. An diesem Tage durften die Gewerkschaften noch nicht geschlossen mit ihren Fahnen teilnehmen. Erst am 2. Mai wurden die bis dahin marxistischen Gewerkschaften von den Beauftragten der NSBO. überholt und „gleichgeschaltet“. In Schleswig erfolgte diese Gleichschaltung bekanntlich vollkommen reibungslos am Abend des 15. Mai. Am vergangenen Sonnabend wurde nun die Gewerkschaftsbibliothek in den Räumen der früheren Volkszeitung von den Beauftragten der NSBO. vom marxistischen Unrat gesäubert. Etwa ein Drittel des Bestandes mußte kassiert werden. Zentnerweise lagen die ausgerangierten Bücher und Schriften auf und unter einem großen Tisch. Sah man sich diese Bücher auf den Verfasser hin an, so mußte jedem auffallen, daß fast ausschließlich Juden die Schmersinfäden gewesen sind. Der Titel kassiert einen an, wenn man bedenkt, auf welche verfechtete, gemeine Weise, mit welcher raffinierten, vulgärer Ausdruckweise diese Volkseinde verführten, an die deutschen Arbeiter heranzukommen. Ein manchmal harmloses erscheinender Roman entpuppte sich als schimmliches Gift, wenn man auch nur einige Zeilen begann zu lesen! — Die Schleswiger Arbeiterschaft muß der NSBO. dankbar sein, die Bücherlei von dem größten Schmutz befreit zu haben. Der Aufbau der Bücherlei der „Deutschen Arbeitsfront“ in Schleswig wird nicht lange auf sich warten lassen.

Die Gewerkschaftsfahnen wurden am Dienstag überprüft. Die Fahnenbücher sind teilweise recht loßbar, mit vieler Sorgfalt und Liebe hergestellt und stammen zum größten Teil aus der Vorkriegszeit. Bis auf einige tragen die Fahnen keine marxistischen oder schwarz-rot-gelben Embleme, konnten also zur Freigabe ohne weiteres zugelassen werden. Die Fahnen der Zimmerer, der Maschinisten und des früheren Transportarbeiter-Verbandes jedoch haben ein beiderseitig rotes Tuch, so daß die Annahme nahe liegt, daß bei der Anfertigung der Fahnen die marxistische rote Fahne die Grundlage gebildet hat. Es soll versucht werden, Zeichen des neuen Deutschlands in die Fahnen hineinzuarbeiten, ohne das Fahnenbild zu zerstören, um die handgeklüfteten, aus schwerer Seide bestehenden Tücher, die den Arbeitern viele

jauch erparter Groschen gekostet haben, den neuen deutschen Gewerkschaften erhalten zu können.

Am Freitag werden nun die Fahnen der deutschen Arbeiterschaft zusammen mit den Fahnen der NSBO. die gesamte Mitgliedschaft zu gemeinsamen Mitgliederversammlungen führen. Die Schleswiger Arbeitnehmerschaft erwartet nämlich an diesem Tage den Staatskommissar der Arbeit für die Provinz Schleswig-Holstein, Gaubetriebsstellenleiter Bruno Stamer, M. d. R., Altona, zur Weihe neuer NSBO-Fahnen, zur offiziellen Übergabe der Gewerkschaftsfahnen an die nunmehr wirklich freien Gewerkschaften und zu einem großen, grundsätzlichen Vortrag.

Die Gewerkschaften und die Zellen der NSBO. treten an den verschiedensten Stellen der Stadt abends um 7 Uhr an, marschieren zur Spielhalle bzw. nach Stadt Hamburg“. Hier werden die Gewerkschaftsfahnen unter Vorantritt der SA-Kapelle und eines Zuges der SA., vom Domgießhof kommend, pünktlich um 7.35 Uhr eintreffen. Der Zug, der etwa 3000 Teilnehmer zählen wird, bewegt sich durch die Hauptstraße zum Kornmarkt, um dort einen Zug von etwa 20 Blockwagen, beladen mit marxistischer Literatur aufzunehmen und dann den Weg zum Stadtfeld fortzusetzen, auf dem die Verbrennung der 40–50 Zentner schweren Papierflut vom Hauptchriftleiter Dr. K i e h l vorgenommen wird. Die Schleswiger Feuerwehr, die auch teilweise am Umzuge teilnimmt, wird die Feuerwache halten und gleichzeitig auf den Blockwagenpark achten.

Anschließend werden in den Sälen des Stadttheaters und des Hohenzollern Mitgliederversammlungen der „Deutschen Arbeitsfront“ abgehalten werden. Der Vortrag des Staatskommissars Stamer wird vom Stadttheater durch Lautsprecher in beide Säle des Hohenzollern übertragen.

Nach Beendigung des Vortrages wird die Fahnenweihe im großen Saal des Hohenzollern stattfinden.

Die Schleswiger Arbeiterschaft ist sich einig. Jeglicher politischer Haß und Streit ist verschwunden. Die NSBO. glaubt erwarten zu dürfen, daß die Einwohnererschaft der Stadt ab 6 Uhr abends die Flaggen des neuen und des alten Deutschlands zeigt, um damit zu bezeugen, daß in Schleswig die Arbeit geehrt und der Arbeiter geachtet wird. D. P.

Abb. 4 Ankündigung der Bücherverbrennung in Schleswig, erschienen am 22. Juni 1933 in den Schleswiger Nachrichten

NS-Pamphlets (s. Abb. 4) wurde mit Blick auf die bevorstehende Massenkundgebung bejubelt, dass endlich die „Gewerkschaftsbibliothek in den Räumen der früheren Volkszeitung von den Beauftragten der NSBO von marxistischem Unrat gesäubert“ worden sei.<sup>24</sup> „Etwa ein Drittel des Bestandes mußte kassiert werden“, hieß es in dem Zeitungsbericht weiter. „Zentnerweise lagen die ausgerangierten Bücher und Schriften auf und unter einem großen Tisch. Sah man sich diese Bücher auf den Verfasser hin an, so mußte jedem auffallen, dass



fast ausschließlich Juden die Schmierfinken gewesen sind. Der Ekel kriecht einen an, wenn man bedenkt, auf welche versteckte, gemeine Weise, mit welcher raffinierter, vulgärer Ausdrucksweise diese Volksfeinde versuchten, an die deutschen Arbeiter heranzukommen. Ein manchmal harmlos erscheinender Roman entpuppte sich als schlimmes Gift, wenn man auch nur einige Zeilen begann zu lesen. – Die Schleswiger Arbeiterschaft muß der NSBO dankbar sein, die Bücherei von dem größten Schmutz befreit zu haben.“<sup>25</sup>

So gelang es tatsächlich, am 23. Juni 1933 insgesamt nicht weniger als 5000 Bürger auf die Beine zu bringen – eine Resonanz, die von den Initiatoren als großer Erfolg gewertet wurde.<sup>26</sup> Am nächsten Tag widmeten die Schleswiger Nachrichten, die mit Abstand meistgelesene Zeitung in Stadt und Kreis Schleswig<sup>27</sup>, der Berichterstattung über den Tag der Bücherverbrennung, der mit Kundgebungen im Stadttheater und in einem Versammlungslokal zu Ende gegangen war, nahezu zwei komplette Zeitungsseiten. Auf der zweiten Lokalseite titelten sie über die volle Seitenbreite „Gewaltige Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront in Schleswig“ und leiteten den Unterabschnitt über die „Verbrennung von marxistischer Literatur“ nicht ohne Stolz mit folgender Textpassage ein: „Der gestrige Tag stand im Zeichen einer gewaltigen Kundgebung, die von der NSBO veranstaltet wurde: die in der neuen deutschen Arbeitsfront zusammengefassten Gewerkschaften der Schleswiger Arbeiter verbrennen auf dem Stadtfeld marxistischen Unrat zentnerweise, um in einmütigem Bekenntnis sich zum neuen Deutschland zu stellen und das Vergangene abzulegen. Im Zeichen dieser Kundgebung zeigte die Stadt reichen Flaggenschmuck, und überall nahm die Bevölkerung tiefen Anteil an dem Geschehen des Tages.“<sup>28</sup>

Etwa 50 Zentner angeblicher „Schundliteratur“ waren mit „an die zwanzig Blockwagen“<sup>29</sup> zum Stadtfeld geschafft worden, um dort in ritualisierter Form und unter aktiver Mitwirkung der örtlichen Feuerwehr auf einem Scheiterhaufen öffentlich verbrannt zu werden. Dabei handelte es sich vor allem um Bücher aus der Gewerkschaftsbibliothek, aber auch um Druckschriften, die bei Hausdurchsuchungen beschlagnahmt worden waren, und um freiwillige Abgaben aus der Bürgerschaft. Die „Feuerrede“ auf dem Stadtfeld hielt der Presseemann und Parteigenosse Fritz Michel, der seine Zeitung bereits Ende der 1920er Jahre in den Dienst der „Völkischen“ und – anschließend – der nationalsozialistischen Bewegung gestellt hatte und sein Blatt zu ihrem Sprachrohr machte. Vorausgegangen war der abendlichen Bücherverbrennung ein mit Marschmusik begleiteter Umzug durch die Straßen der Innenstadt. Aufgeboten wurden die SA-Kapelle, der SS-Musikzug, die Feuerwehrkapelle sowie die Trommler und Pfeifer der Bugenhagenschule, einer im Stadtteil Friedrichsberg gelegenen Volksschule. „3000 Teilnehmer vereinigte der Zug, der am Kornmarkt marxistische Schundliteratur zu 50 Zentn. aufnahm und sich zum Stadtfeld bewegte, wo unter starker Betei-



Abb. 5  
Dr. Fritz Michel, Journalist  
und NS-Propagandist  
in Schleswig

ligung der Bevölkerung vor dem Scheiterhaufen ein Karree gebildet wurde und Hauptschriftleiter Dr. Michel eine Ansprache [hielt]“, so die Schleswiger Nachrichten, die die Rede ihres Redaktionsleiters im Wortlaut dokumentierten.<sup>30</sup> Es war eine „kernige Ansprache“, attestierten ihm seine Kollegen vom Schlei-Boeten in Kappeln.<sup>31</sup>

In seiner Schmährede brandmarkte Michel scharf den „undeutschen Geist“ in weiten Teilen der Literatur und benannte konkret den Einfluss marxistischer Werke: „Eine Epoche liegt hinter uns, in der gerade das deutsche Schrifttum die Formen eines Chaos angenommen hatte. Geschäftstüchtige Buch- und Zeitschriftenverleger mit marxistischen Hintergedanken konnten das gemeinste, geilste und zersetzendste Zeug drucken. Und keiner war da, der diesem verderblichen Treiben einen Riegel vorschob.“ Erst Hitler habe dem deutschen Menschen mit Erfolg begreiflich gemacht, „dass im Bereich jenes zersetzenden Geistes alles,

aber auch alles am Verkommen und Verfallen war.“ Um seine Botschaft den Zuhörern – inzwischen war die Menschenmenge auf etwa 5000 Personen angewachsen – zu verdeutlichen, bemühte er folgende Bilder: „Wer jetzt noch nicht einsieht, dass der Ausschank von geistigem Spiritus wichtiger ist als der Vertrieb von gewöhnlichem Köhm und Fusel, dem ist nicht zu helfen! Jeder Kröger hat eine Konzession nötig. Aber die Fabrikanten von Schund- und Schmutzliteratur und ihre Helfershelfer konnten ungestraft mit Millionen ihrer entsittlichenden und alle Moral untergrabenden Bücher und Schriften das Volk vergiften. Für Fleisch gibt es Trichinenbeschauer, aber für die geistige Nahrung gab es kaum jemand, der die dicken Maden und Würmer auf dem Brote der Seele erkannte oder beim Namen nannte.“<sup>32</sup> Seine Forderung lautete: Jedes Buch, jede Schrift müsse als Bestandteil nationaler Verbundenheit empfunden sein.

Bevor die auf dem Stadtfeld zusammengetragenen und von Männern der Freiwilligen Feuerwehr aufgeschichteten Bücher und Schriften in Flammen aufgingen, trug Fritz Michel, Journalist und NS-Propagandist mit lyrischen Neigungen, einen von ihm selbst verfassten „Feuerspruch“ vor:

„Entzündet die Flammen  
und lasset sie lodern!  
Wir stehen frei und geeint zusammen  
und wollen, dass Schmutz und Schund vermodern.

Entzündet die Flammen  
und dass sie verdammen  
das Gift und den Unrat, das Deutschland verhöhnt.  
Verrat und Zersetzung sei ewig verpönt.

Lasst flackern und brennen,  
was Deutschland verdarb!  
Beim Lodern der Flammen lasst uns bekennen,  
dass Klassenkampf starb.

Wir brennen selber, das Leben zu zwingen,  
zu wenden die dumpfe, schwere Not  
und werden Schulter an Schulter erringen  
im neuen Reiche das Morgenrot.“

Dazu sollten die Menschen, die der Zeremonie beiwohnten, die Hand erheben und die Worte – von vermutlich verteilten Textblättern ablesend – mitsprechen: „Entzündet die Flammen/und lasset sie lodern ...“ Und dieser literarisch verpackten Aufforderung folgten dann die Männer von der Feuerwehr – sie entzün-



deten mit einer Brandfackel die Bücherstapel. Den theatralischen Höhepunkt und Abschluss der Schleswiger Bücherverbrennung schildern die Schleswiger Nachrichten nicht minder pathetisch mit folgenden Worten: „Die ungefähr 5000-köpfige Menge spricht die Verszeilen andächtig und eindringlich mit und stimmt in das ‚Sieg Heil‘ zum Schluss begeistert ein ... Die Flammen steigen gen Himmel – eine alte Welt ist abgetan. Das Lied der deutschen Arbeit erklingt aus tausenden Arbeiterkehlen ...“<sup>33</sup>

Der Tag der Bücherverbrennung in Schleswig klang aus mit zwei weiteren Massenveranstaltungen. „In zwei geschlossenen Zügen marschierte die Menge [vom Stadtfeld] in die Säle des Stadttheaters und ‚Hohenzollern‘“<sup>34</sup>, um an NS-BO-Kundgebungen teilzunehmen. Im Theater sprach Bruno Stamer aus Altona, Staatskommissar für Arbeit, Gaubetriebsstellenleiter und Mitglied des Reichstages, über den Aufbau der nationalsozialistischen Arbeiterorganisationen. Er brüstete sich damit, „nie parlamentarische Umgangsformen bedient“ zu haben, und sagte weiter: „Hinter uns liegt die Zeit des Angriffs, jetzt ändern wir die Methode; nicht mehr Kritik ist unsere Aufgabe, sondern wir suchen das ganze Volk für uns zu werben, um es ganz zu gewinnen. [...] Heute ist das ersehnte Ziel, die klassenlose Gesellschaft, verwirklicht, es gilt nur alle einzugliedern in den neuen Staat.“<sup>35</sup>

Im größten Versammlungslokal der Stadt, dem „Hohenzollern“, schwor Kreispropagandawart Kaun aus Kiel seine Zuhörer – laut Berichterstattung meist Arbeiter – auf die Politik Hitlers ein: „Der heutige Abend hat den Zweck, das Band zwischen den deutschen Arbeitern zu festigen, dazu beitragen, dem letzten deutschen Arbeiter zu beweisen, Adolf Hitler kennt weder eine jüdische Hochfinanz, weder eine schwarze Reaktion noch einen internationalen Marxismus. Der Volkskanzler kennt weder Bürger noch Proletarier, er kennt nur ein vollwertiges, gleichberechtigtes deutsches Volk. Wir wollen in unerschütterlicher Treue und im felsenfesten Vertrauen die Befehle Adolf Hitlers durchführen.“<sup>36</sup>

Während einer Sonnenwendfeier der Hitler-Jugend genau ein Jahr später stand Fritz Michels „Flammenspruch“ von der Bücherverbrennung vom 23.6.1933 erneut im Mittelpunkt einer Parteiveranstaltung – diesmal ergänzt um eine Passage, mit der er sich speziell an die rund 1000 versammelten Mädchen und Jungen wandte:

„Wir haben acht  
um ewig zu hören  
die Stimme des Blutes, das Raunen der Erde  
und halten Wacht,  
daß wachse und werde  
die Kraft, die das heilige Feuer entfacht.  
Wir folgen den Fahnen,

aus Feuer geboren  
und grüßen die Ahnen  
vor Donars Toren  
im Sonnenrade, der Rune des Sieges.“

Die Jugendlichen bildeten einen Kreis, in dessen Mitte ein Holzstoß entzündet wurde. Sie mussten die Hand zum Schwur erheben und dazu Michels Text sprechen. Der Verfasser des „Feuerspruches“, inzwischen auch Ortsgruppenleiter des von ihm mitgegründeten Kampfbundes für deutsche Kultur in Schleswig, wohnte dieser Zeremonie bei und appellierte an die Jugend, aber auch an die erwachsenen Teilnehmer, zusammenzustehen und „im Gleichschritt [zu] marschieren für Deutschland“: „Jung und alt, geht zusammen und schmiedet das deutsche Geschehen, daß es ein ewiges werde. Seid Brüder und Kameraden und haltet blank euren Ehrenschild und rein eure Herzen – schwört beim Feuersegen auf das Sonnenkreuz, schwört auf Deutschland und seinen Führer.“<sup>37</sup>

#### Anmerkungen

- 1 Almansor. Eine Tragödie, in: Heinrich Heine: Tragödien, nebst einem lyrischen Intermezzo, Berlin 1823, S. 148.
- 2 Werner Tress: „Wider den undeutschen Geist“ – Bücherverbrennung 1933, Berlin 2003, S. 128.
- 3 Joseph Goebbels: Rede zur Bücherverbrennung auf dem Opernplatz am 10. Mai 1933 in Berlin, in: Helmut Heiber (Hrsg.): Goebbels. Reden, Düsseldorf 1971, Band 1, S. 108 ff.
- 4 Die folgende Schilderung der Autodafés in Flensburg und Schleswig stützt sich im Wesentlichen auf meine Beiträge in einem vom Moses-Mendelssohn-Zentrum an der Universität Potsdam initiierten Sammelband mit Einzeluntersuchungen zu 62 Städten, in denen 1933 Bücher verbrannt wurden: Julius H. Schoeps/Werner Tress (Hrsg.): Orte der Bücherverbrennungen in Deutschland 1933, Hildesheim 2008.
- 5 Der gebürtige Hamburger Schauspieler und Spielleiter Ferdinand Schröder hatte um 1920 seine ersten Engagements am Flensburger Theater, dem er von der Spielzeit 1925/26 an als festes Ensemblemitglied angehörte. Er wirkte an Schauspielen und auch Operetten mit. 1936 wurde er von der NS-Kulturgemeinde feierlich in den Ruhestand verabschiedet. Ein Jahr später starb er.
- 6 „Aufruf!“ Anzeige des Kampfbundes für deutsche Kultur, Ortsgruppe Flensburg, in den Flensburger Nachrichten vom 13.5.1933 und gleichlautender Bericht in der Flensburger NS-Zeitung vom 13.5.1933.
- 7 „Kampfmaßnahmen gegen minderwertige Literatur“. Bericht in den Flensburger Nachrichten vom 2.5.1933.
- 8 Siehe Anm. 7.

- 9 Protokoll von Sitzungen der Bücherei-Kommission 1930-1937, Stadtarchiv Flensburg IV B 14.
- 10 Allgemeine Büchereiangelegenheiten, Stadtarchiv Flensburg IV B 1.
- 11 Dietmar Albrecht: Schriever, Franz Wilhelm Heinrich, in: Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck, Bd. 8, Neumünster 1987, S. 325.– Matthias Scharlt: Flensburger Kulturleben in der Nachkriegszeit, in: Lange Schatten, Flensburger Beiträge zur Zeitgeschichte, Bd. 5, Flensburg 2000, S. 260 f.
- 12 Mario Göhring: Von Zeitungsverboten, Gleichschaltung und dem „Kampf um die Leserschaft“ – Methoden der „Nazifizierung“ der Presse zwischen 1930 und 1934 am Beispiel ausgewählter Zeitungen aus Kiel, Lübeck und Flensburg, Magisterarbeit der Philosophischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, 1994, S. 137 ff.
- 13 „Der Kampfbund für deutsche Kultur“. Bericht in den Flensburger Nachrichten vom 30.5.1933.– „Gegen Schund und Schmutz“. Bericht im Flensburger General-Anzeiger vom 30.5.1933.
- 14 „Fegefeuer undeutscher Literatur“. Bericht in den Flensburger Nachrichten vom 31.5.1933.
- 15 „Die Flamme lodert!“ Bericht im Flensburger General-Anzeiger vom 31.5.1933. – Die Stadt hatte seinerzeit rund 66.000 Einwohner.
- 16 Siehe Anm. 14.
- 17 Siehe Anm. 14.
- 18 Siehe Anm. 15.
- 19 „Kampf dem undeutschen Geist“. Bericht in der Flensburger NS-Zeitung vom 3.6.1933.
- 20 „Kampf dem Schmutz und Schund“. Fotoreportage in den Flensburger Illustrierten Nachrichten vom 21.6.1933.
- 21 Flensburg in der Zeit des Nationalsozialismus. Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Bd. 32, Flensburg 1983, S. 80.
- 22 Dr. Fritz Michel fungierte von 1923 bis 1937 als Redaktionsleiter der Schleswiger Nachrichten, von 1933 bis 1935 als NSDAP-Kreiskulturwart und nach der Gründung des Kampfbundes für deutsche Kultur in Schleswig als dessen Ortsgruppenleiter. Von 1937 bis 1941 leitete er die parteiamtliche Norddeutsche Rundschau in Kiel aus dem NS-Gauverlag Schleswig-Holstein und anschließend bis 1944 die Deutsche Zeitung im Ostland mit Sitz in Riga. 1948 von dem Entnazifizierungsausschuss für den Kreis Schleswig in die Gruppe IV (= „Mitläufer“) eingestuft, stand einer neuen Karriere nichts mehr im Wege. Er übernahm 1949 wieder die Redaktionsleitung der Schleswiger Nachrichten, die er bis zum Eintritt in den Ruhestand 1965 innehatte. Michel starb 1978. – Weitergehende Informationen über Fritz Michel siehe Falk Ritters gründlich recherchierten, faktenreichen Beitrag: Dr. Fritz Michel 1895-1978 – Hauptschriftleiter der Schleswiger Nachrichten (SN) 1923-1937, 1949-1965, in: Beiträge zur Schleswiger Stadtgeschichte, Bd. 46/2001, S. 121-155. – Der Lebenslauf Michels in seiner Akte der Reichskulturkammer ist abgedruckt in: Lawrence D. Stokes: Der Eutiner Dichterkreis und der Nationalsozialismus, Neumünster 2001, S. 385 ff.
- 23 NSBO-Anzeige in den Schleswiger Nachrichten vom 22.6.1933.
- 24 Am 10.5.1933 wurde die Schleswiger Filiale der sozialdemokratischen Volkszeitung („Organ für das arbeitende Volk“) besetzt und ihr Vermögen beschlagnahmt. Das

- bedeutete die endgültige Zerschlagung der Zeitung. Bereits am 18.2.1933 war das Blatt verboten worden. Die letzte vollständige Ausgabe erschien am 17.2.1933. Am 11.4.1933 wurde der Schleswiger Volkszeitungsredakteur und SPD-Stadtverordnete Andreas Paysen verhaftet und für sechs Wochen in „Schutzhaft“ genommen.
- 25 „Kundgebung der deutschen Arbeitsfront am Freitag“. Bericht in den Schleswiger Nachrichten vom 22.6.1933.
  - 26 Schleswig hatte 1933 rund 21.000 Einwohner. Es ist davon auszugehen, dass auch Bürger der umliegenden Gemeinden zur Bücherverbrennung in die Kreisstadt gekommen waren.
  - 27 Die Auflage der Schleswiger Nachrichten lag seinerzeit bei rund 8.000 Exemplaren.
  - 28 „Gewaltige Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront in Schleswig“. Bericht in den Schleswiger Nachrichten vom 24.6.1933.
  - 29 „Verbrennung marxistischer Literatur auf dem Stadtfeld“. Bericht in der dänisch orientierten Zeitung Der Schleswiger vom 25.6.1933.
  - 30 Siehe Anm. 28.
  - 31 „Verbrennung von Schundliteratur“. Bericht im Schlei-Boten vom 24.6.1933.
  - 32 Siehe Anm. 28.
  - 33 Siehe Anm. 28.
  - 34 Siehe Anm. 31.
  - 35 Siehe Anm. 28.
  - 36 Siehe Anm. 28.
  - 37 „Das Fest der Sommersonnenwende in Schleswig“. Bericht in den Schleswiger Nachrichten vom 25.6.1934.

# Halskrause oder Einkreisung?

Frühere Debatten und heutige Perspektiven zum  
Flensburger Kreisstatus

von MICHAEL RUCK

*Auf der Jahresmitgliederversammlung der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte hat der Zeithistoriker und Politikwissenschaftler Prof. Dr. Michael Ruck von der Universität Flensburg am 13. März 2008 die Diskussion über eine Kreisgebietsreform im Raum Flensburg-Schleswig in ihrem zeitgeschichtlichen Kontext beleuchtet. Daraus ist dieser Aufsatz hervorgegangen. Er basiert nicht zuletzt auf den zahlreichen Beiträgen, die zu dem Thema in den letzten Jahrzehnten in den GFH erschienen sind. Künftige Protagonisten einer Kreisgebietsreform wären gut beraten, wenn sie die scharfsinnige Analyse Michael Rucks zur Hand nähmen.*

*Die Redaktion*

## 1. Einleitung

Seit 1866 ist die territoriale Struktur auf Kreisebene in der preußischen Provinz und im späteren Land Schleswig-Holstein über ein Jahrhundert nahezu unverändert geblieben. Eine Zäsur ereignete sich erst 1970 – mit einem Epilog im Nordosten, wo im Frühjahr 1974 mit vierjähriger Verspätung der heutige Kreis Schleswig-Flensburg ins Leben trat.<sup>1</sup> Drei Jahrzehnte später schien es so, als stünde Schleswig-Holstein vor einer neuerlichen Reorganisation der kommunalen Selbstverwaltung auf Kreisebene. Zumindest in ihrer rigorosen Variante hätte die seit Anfang 2003 mit wachsender Intensität diskutierte, von der Großen Koalition in Kiel Mitte 2005 auf die politische Agenda gehobene „Verwaltungsstrukturreform“ ungleich tiefer gehende Auswirkungen haben können als zu Beginn der 1970er Jahre. Dieses Szenario ist seit Anfang Oktober 2008 einstweilen vom Tisch. Immerhin hält der Verzicht auf eine „kleine Territorialreform“ mit Blick auf das Verbot von Mehrfach-Neugliederungen die Perspektive durchgreifender Lösungen bis hin zum Regionalkreis-Modell grundsätzlich offen.<sup>2</sup>

Vor dem Vertagungsbeschluss der Großen Koalition war das Reformwerk im politischen Prozess längst schon sachlich wie zeitlich auf Normalmaß herunterformatiert worden. Angesichts der vielfältigen Vorbehalte und Widerstände gegen die anvisierte „Strukturrevolution“ hatte sich das bereits im Herbst 2006 abgezeichnet: Schon damals deutete „manches darauf hin, dass es auch Beginn des 21. Jahrhunderts keine umstürzende Generalrevision der kommunalen Grenzen

in Schleswig-Holstein geben wird. Eher werden punktuelle Zusammenschlüsse und Kooperationen verschiedenster Art auch weiterhin die Kontinuität im Wandel seiner territorialen Verwaltungsstrukturen wahren.“<sup>3</sup> Allerdings könnte diese Prognose in nicht allzu ferner Zukunft ausgerechnet dort desavouiert werden, wo die Beharrungskraft überkommener Kommunalgrenzen vor dreieinhalb Jahrzehnten besonders spektakulär unter Beweis gestellt worden ist: in Flensburg und in der östlichen Hälfte des Landesteils Schleswig.

Die Debatten über eine „Einkreisung“ des Oberzentrums Flensburg nahmen 2007/08 einen deutlich ruhigeren Verlauf,<sup>4</sup> als die turbulenten Auseinandersetzungen um dieses Vorhaben Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre. Gleichwohl lohnt auch hier ein Blick in den Rückspiegel. Zum einen, weil manche der damals ausgetauschten Argumente grundsätzlich auch heute noch bedenkenswert sind; zum anderen, weil abermals einige jener Stolpersteine zutage treten könnten, welche seinerzeit eine großräumige Neuordnung der Kreisgrenzen im Nordosten des Landes verhindert haben, sollte das Zusammengehen Stadt Flensburg mit dem umgebenden Kreis demnächst wieder auf der kommunal- und landespolitischen Tagesordnung stehen.

## **2. Die Kreisgebietsreform in Schleswig-Holstein der 1960er/1970er Jahre**

Seit Mitte der 1960er Jahre entwickelte sich die kommunale Gebietsreform rasch „zu einem der größten und einflussreichsten Reformprogramme in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg“. <sup>5</sup> So konnte ein führender Verwaltungswissenschaftler Mitte der 1990er Jahre feststellen, diese territoriale Reorganisation der Gemeinden und Kreise in allen acht Flächenländern der alten Bundesrepublik sei – zumindest im Ergebnis – die „einzig wirkliche revolutionäre Umgestaltung“ der deutschen Verwaltungsstruktur seit dem frühen 19. Jahrhundert gewesen. <sup>6</sup> Angebahnt worden war diese Strukturreform in Schleswig-Holstein – wie etwa in Nordrhein-Westfalen – Mitte der 1960er Jahre von einer Landesregierung, die seit langem unter christdemokratischer Führung stand. Ganz im Einklang mit der bundesweiten Entwicklung hatte das neue Kabinett unter Helmut Lemke 1963 eine vorbereitende „Phase der zukunftsgestaltenden Grundsatzplanungen“ eingeleitet. Binnen knapp vier Jahren wurden die wesentlichen Elemente jenes Leitbildes formuliert, an dem die Landesregierung ihre Reformpolitik auszurichten gedachte. Im Mittelpunkt sollten dabei sowohl die „besonderen Gesichtspunkte der Landesteile“ als auch das „Interesse der Landesbevölkerung und des Gesamtstaates an ausgewogenen Lebensverhältnissen“ stehen. <sup>7</sup>

Auch im nördlichsten Land der Bundesrepublik wurde die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ <sup>8</sup> zur leitenden Maxime einer umfassenden Modernisierungspolitik erhoben. In deren Mittelpunkt stellte der Ministerpräsident und vormalige

Innenminister (seit 1955) Lemke in seiner Regierungserklärung vom 18. Mai 1967 die durchgreifende „Verbesserung der Verwaltungsstruktur“. <sup>9</sup> Zur Vorbereitung hatte Lemkes Nachfolger im Innenressort, der frühere Flensburger Landrat und spätere Finanzminister Hartwig Schlegelberger, bereits im Oktober 1966 eine Sachverständigen-Kommission berufen, die nach ihrem Vorsitzenden Dr. Wilhelm Loschelder allgemein nur „Loschelder-Kommission“ genannt wurde. <sup>10</sup> Den fünf Gutachtern wurde aufgegeben, detaillierte „Vorschläge für die Verbesserung der lokalen und regionalen Verwaltungsstruktur“ unter besonderer Beachtung des Hamburger Umlandes zu erarbeiten.

Die Kieler Landesregierung gedachte auf der Grundlage dieser Empfehlungen ihre „eigene Konzeption“ für umfassende „Maßnahmen zur Reform der Verwaltung in der Orts- und Kreisstufe“ vorzulegen, die „mit einer Reform in der Ministerialverwaltung Hand in Hand gehen“ sollten. Dabei werde „– wie bisher – auf die Eigenart des ländlichen Raumes und die Wesensart seiner Bewohner Rücksicht“ zu nehmen und die Delegation von „Aufgaben des Landes auf die Träger der kommunalen Selbstverwaltung“ fortzusetzen sein. Vor dem Hintergrund der einmal mehr anhebenden Nordweststaats-Diskussion sollte diese Straffung der Verwaltungsstrukturen nicht zuletzt auch dem erklärten Ziel des Kabinetts Lemke dienen, die Existenz Schleswig-Holsteins als „selbständiges Bundesland“ dauerhaft zu sichern. <sup>11</sup>

Offenkundig war die territoriale Verwaltungsstruktur Schleswig-Holsteins beson-



Abb. 1  
Übergabe des Gutachtens  
zur Gebietsneuordnung durch  
den Staatssekretär a. D.  
Dr. Loschelder (l.) an  
Innenminister Dr. Schlegel-  
berger, September 1968

ders modernisierungsbedürftig. Als überfällig galt besonders die „kommunale Flurbereinigung“ auf gemeindlicher Ebene.<sup>12</sup> Mit der Vorlage des „Loschelder-Gutachtens“ im September 1968<sup>13</sup> trat der „Neubau der Verwaltung“<sup>14</sup> auch im äußersten Norden aus dem Stadium der Planung in die Phase der Umsetzung. Erstens empfahlen die Gutachter mehrheitlich die Zusammenlegung der sechs regionalen Planungsräume zu drei Planungsregionen. Die bisherigen Planungsräume 5 (Landkreise Südtondern, Eiderstedt und Husum) und 6 (Stadt Flensburg sowie Landkreise Flensburg und Schleswig) sollten in einer „Planungsregion Nord“ aufgehen. Zweitens plädierten die Gutachter für einen Neuzuschnitt der Kreise. Die nunmehr zwölf Landkreise und die – durch Eingemeindungen arrondierten – vier kreisfreien Städte sollten die Kompetenzen einer unteren staatlichen Verwaltungsbehörde erhalten, um in Zukunft vermehrt Aufgaben bisheriger Landes-sonderbehörden übernehmen zu können. Drittens riet die Loschelder-Kommission dazu, generell Abschied von den vielen Zwerggemeinden zu nehmen und die traditionellen Ämter zu leistungsfähigen Verwaltungseinheiten auszubauen. Im Frühjahr 1970 standen die nächsten Kommunalwahlen an. Bis zum Dezember 1969 mussten dafür die neuen Kreis- und Gemeindegrenzen gesetzlich festgelegt sein. Dieser knappe Zeitrahmen engte die Handlungsspielräume der Landesregierung von vornherein drastisch ein. War sie doch zur vorbeugenden Rücksichtnahme auf jene große Zahl möglicher Gegenspieler gezwungen, von denen nach allen bisherigen Erfahrungen manche aus den Reihen der eigenen Kommunalpolitiker und Landesparlamentarier kommen würden. Diesem Dilemma versuchte Innenminister Schlegelberger dadurch zu begegnen, dass er mit dem – vermeintlich – leichter durchsetzbaren Reformschritt begann. Unter zeitlicher Umkehrung der gutachterlichen Empfehlungen wurde zunächst eine Kreisreform maßvollen Zuschnitts angekündigt, welche die Landkreise in ihrer traditionellen Verfassungsform nicht antasten werde. Mit dieser Klarstellung vor dem Landtag begrenzte Schlegelberger am 14. Oktober 1968<sup>15</sup> die Verwaltungsreform von vornherein auf eine bloße Anpassungsmodernisierung bestehender Territorialstrukturen.

Den Kontrapunkt zu diesen Vorstellungen setzte die Landtagsfraktion der SPD mit dem Vorschlag, das Land in fünf Regionalkreise aufzuteilen. Einer sollte den gesamten Landesteil Schleswig umfassen. Unter dem Eindruck weithin skeptisch-ablehnender Reaktionen korrigierte die SPD im Februar 1969 ihr Konzept. Aus jenen vier Planungs- und Planvollzugsräumen, deren Bildung die Landesregierung vorgeschlagen hatte, sollten in territorial modifizierter Form jeweils zwei Kreise entstehen. Die größte Oppositionspartei setzte darauf, regionale Interessenten in punktuelle Zweckbündnisse einzubinden. Infrage kam dafür vor allem der Südschleswigsche Wählerverband. Unter Verweis auf die kommunalen Gebietsreformen in Dänemark<sup>16</sup> trat der SSW vehement dafür ein, den Landesteil



Schleswig in einem einzigen Großkreis zu vereinigen.

Zur Überwindung solcher Widerstände richtete Innenminister Schlegelberger seine Doppelstrategie darauf aus, die territoriale Reorganisation der Kreise als unabdingbare Voraussetzung weiterer Verwaltungsreformen im Eilverfahren durch die Mühlen des Gesetzgebungsverfahrens zu bringen. In der Landtagsdebatte zum Loschelder-Gutachten zeigte sich der notorisch selbstbewusste und durchsetzungsorientierte Verwaltungsmann und Politiker aus dem Landkreis Flensburg<sup>17</sup> am 14. Oktober 1968 fest entschlossen, nicht an einer „Geschichte der verpaßten Reformen“ mitzuschreiben.<sup>18</sup> Unter seiner Führung forcierte die Landesregierung seit dem November 1968 die Kreisgebietsreform. Nachdem eine Kommission des Innenministeriums im Eilschritt die Kreise besucht und die Verbände konsultiert hatte, legte Schlegelberger bereits Ende Februar 1969 seinen „Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Neuordnung der Kreis- und Gemeindegrenzen“ vor. Den Kreisen wurde lediglich eine Rückäußerungsfrist von zwei Wochen eingeräumt. Trotzdem schwappte die Welle lokaler Widerstände binnen weniger Tage bis ins Landeskabinett. Ende März konnte ein Rücktritt des FDP-Ministers Otto Eisenmann nur dadurch abgewendet werden, dass Ministerpräsident Lemke persönlich zusicherte, die Proteste gegen den geplanten Großkreis Mittelholstein aus dem Kreis Plön würden nochmals ernsthaft geprüft. Intern appellierte der Innenminister an seine Kabinettskollegen, den „zahlreichen Widerstände(n) von Ortspolitikern aller Parteien gegen den Gesetzentwurf“ kein weiteres Gehör zu schenken.<sup>19</sup>

Der kaum veränderte „Regierungsentwurf“ vom März 1969 sah vor, die Zahl der schleswig-holsteinischen Landkreise von bisher 17 auf 12 zu reduzieren. Trotz heftigster Widerstände in den Kreisen Plön und Oldenburg wurde dieses Neuordnungsvorhaben am 16. Dezember 1969 mit einer spektakulären Landtagsabstimmung vorläufig zum Abschluss gebracht. Zwar versagten zwei persönlich betroffene CDU-Parlamentarier, der südtonderner Kreisvorsitzende Ludwig Claussen (Niebüll) und der ehemalige Landrat Dr. Wilhelm Rohwedder (Oldenburg), ihrer Regierung die Gefolgschaft. Doch mit Hilfe des SSW-Abgeordneten Berthold Bahnsen konnte das Scheitern des hoch ambitionierten, inzwischen schwer ramponierten Gesetzesvorhabens abgewendet werden.<sup>20</sup>

### **3. Das Ringen um die Kreisgebietsreform im Raum Flensburg-Schleswig 1969 bis 1973**

Ungeachtet seiner energischen Reformpolitik auf Landesebene hatte der Innenminister die Neuordnung der Kreisgrenzen auf heimischem Terrain von Beginn an ohne erkennbaren Nachdruck betrieben. Der frühere Landrat des Kreises Flensburg (1954-1961) und langjährige CDU-Kreisvorsitzende war von 1958

bis 1975 Inhaber des Direktmandates im Landtagswahlkreis Flensburg-Ost. In diesen Funktionen trat Schlegelberger nun als „Ortspolitiker“ ebenso beharrlich wie energisch dafür ein, den territorialen Status quo im Nordosten einstweilen formal bestehen zu lassen. Schon bei der Vorstellung des Loschelder-Gutachtens im Oktober 1968 hatte er sich dagegen gewandt, auf diesem hochsensiblen Terrain gesetzliche Fakten zu schaffen, welche der „besondere(n) politischen Bedeutung“ und der „besondere(n) kulturellen Aufgabe“ der Stadt Flensburg abträglich sein könnten. Stattdessen empfahl der Innenminister den verantwortlichen Kommunalpolitikern in der Stadt und im Landkreis Flensburg, ihre bisherigen Kooperationsbeziehungen verstärkt weiter auszubauen. Von dieser hinhaltenden Linie wurde bis zur Verabschiedung des 2. Neuordnungsgesetzes nicht mehr abgewichen. Die CDU hatte bereits größte Schwierigkeiten mit Opponenten aus anderen Landesteilen. Deshalb suchte man alles zu vermeiden, was den Flensburger Landrat Gerd Lausen hätte provozieren können, sich als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Flensburg-Land (1967-1978) dieser Fronde anzuschließen.<sup>21</sup> Überdies galt es, den SSW-Abgeordneten Bahnsen im Boot zu halten.

In Flensburg gaben die Rathausfraktionen im Frühjahr und im Herbst 1969 dem Oberbürgermeister (1963-1977) und sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten (1946-1971) Heinz Adler mit einmütigen Voten Rückhalt bei seinen wiederholten Interventionen für die Erhaltung der Kreisfreiheit des „Oberzentrums“ Flensburg und seinen kaum verhohlenen Forderungen nach weit ausgreifenden Eingemeindungen auf Kosten des umgebenden Landkreises. In einer einstimmig verabschiedeten Entschließung stellten die Ratmitglieder am 13. März 1969 kategorisch fest, „daß der Gesetzentwurf die Mindestforderungen unerfüllt läßt, welche die Stadt Flensburg im Rahmen einer landesweiten Gebietsreform für ihr eigenes Gebiet und für ihr Umland zu stellen“ habe: „Die Stadt Flensburg lehnt jede Regelung ab, die ihre Zukunftsinteressen nicht hinreichend berücksichtigt. Sie lehnt es auf alle Fälle ab, ihre eigene Selbständigkeit aufzugeben oder auch nur einschränken zu lassen, um ihrem Nachbarkreis die diesem fehlende Lebensgrundlage zu verschaffen.“<sup>22</sup>

Dazu zitierten die Flensburger Stadtvertreter eine Passage aus der Landtagsrede des Innenministers Schlegelberger vom 14. Oktober 1968: „Die besondere politische Bedeutung, die die Stadt Flensburg auf der jütländischen Halbinsel an der Nahtstelle der Bundesrepublik Deutschland und Dänemarks hat und die ihr eine besondere kulturelle Aufgabe zuweist, verträgt keine kommunalpolitische Einbeziehung in den Landkreis Flensburg.“ Dieses Argument knüpfte nahtlos an die rituellen Beschwörungen einer überkommenen Grenzland-Ideologie an, die kaum verbrämt den Geist des Volkstumskampfes atmete. Gleichwohl wurden damit auch fortan alle diejenigen traktiert, welche den Anspruch der Grenzstadt auf

Abb. 2  
Heinz Adler (1912-1990),  
Oberbürgermeister der Stadt  
Flensburg (1963-1977),  
Landtagsabgeordneter der  
SPD (1946-1971)



bevorzugte Berücksichtigung ihrer Belange als deutsches „Oberzentrum“ unter Verweis auf allgemeine Raumordnungsgesichtspunkte in Frage zu stellen wagten. Aus der behaupteten Sonderstellung leiteten die Flensburger Stadtvertreter die Forderung ab, eine „großzügige und auf die zukünftige Entwicklung ausgerichtete Lösung der neu zu bildenden Stadtgebietsgrenzen“ müsse zwingend folgende Umlandgemeinden umschließen: Glücksburg, Wees, Tarup, Tastrup, Sünderup, Jarplund, Munkwolstrup, Weding, Handewitt, Ellund, Gottrupel und Harrislee. Im Übrigen lagen der Denkschrift drei großformatige Karten bei. Auf einer der Karten waren eingezeichnet: die vergrößerte Stadt Flensburg (200,73 qkm und 120.078 Einwohner), der neue Landkreis Flensburg (2424 qkm und 165.868 Einw.) sowie „die Fläche aus dem Landkreis Eckernförde, um die der Landkreis Flensburg überdies zweckmäßigerweise erweitert werden sollte, da sie zum Landesteil Schleswig gehört“. Eine andere Karte zeigte das gegenwärtige Gebiet der Stadt Flensburg (4.966 ha und 96.243 Einwohner), die nach dem Regierungsentwurf einzugemeindenden Teile aus den Gemeinden Sünderup und Weding (294 ha und 2.400 Einwohner) sowie die nach den Vorstellungen der Stadt ihr einzugliedernden 12 Gemeinden (151,07 qkm und 23.835 Einwohner). Der von Kiel vorgesehenen Minimalarrondierung stellte die Stadt Flensburg also ein Konzept entgegen, das auf eine massive Flächenexpansion tief ins landwirtschaftliche

Umland hinein abzielte. Diese Maximalforderung wurde am 4. Dezember 1969 nochmals einstimmig bekräftigt.

Selbst für den Fall, dass diese „sogenannte Flensburger Kragenlösung“<sup>23</sup> in Kiel auf Gegenliebe gestoßen wäre, erschien die Vereinigung des Restkreises Flensburg mit dem bisherigen Kreis Schleswig politisch nicht durchsetzbar. Denn dort standen sich die Befürworter Flensburgs und Schleswigs als künftigem Sitz der Kreisverwaltung unversöhnlich gegenüber. Angesichts dieser Blockadesituation griff das bedrängte Kabinett Lemke zu einem gesetzestechnischen Notbehelf. Im 2. Neuordnungsgesetz vom 23. Dezember 1969 wurde kurzerhand der kleinste gemeinsame Nenner der grundsätzlich unvereinbaren Positionen fixiert: Erstens legte § 6 fest, dass der bisherige Landkreis Flensburg mit Ablauf des Tages vor der übernächsten Landtagswahl im Frühjahr 1974 aufgelöst werde. Zweitens sah man davon ab, den um einige westliche Gebietsteile im Raum Friedrichstadt amputierten, nun erst recht viel zu kleinen und zudem schwach strukturierten Kreis Schleswig mit dem Raum Eckernförde zusammenzulegen. Mit diesem in Gesetzesform gegossenen Vertagungskompromiss hinterließen Innenminister Schlegelberger und Ministerpräsident Lemke ihren Nachfolgern Rudolf Titzck und Gerhard Stoltenberg eine „Zeitbombe“<sup>24</sup>, deren Entschärfung nach den Landtagswahlen vom April 1971 noch mehr als zwei Jahre in Anspruch nehmen sollte. Dass der frühere Kieler Bürgermeister (1963-1969) Rudolf Titzck nun mit Schlegelberger einen der beiden Vetospieler aus dem Grenzland aus der Schlüsselposition im Innenministerium verdrängte, war ein deutliches Signal in Richtung Norden. Als Chef der Staatskanzlei (seit Januar 1970) und als Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU in Schleswig-Holstein (1966-1978) hatte Titzck bisher erfolglos auf eine gütliche Bereinigung des Flensburger Sonderproblems hingearbeitet. Kurz nach dem vorweihnachtlichen Landtagsvotum für die – im Nordosten – unvollständige Kreisreform hatte die Staatskanzlei dem neuen Staatssekretär vor einem Besuch in Süderbrarup am 25. Februar 1970 die aktuelle Problemlage aufgeschrieben:<sup>25</sup> „Die Kreisreform ist in diesem Gebiet bis 1974 ausgesetzt. Es gibt zwei Möglichkeiten:

- a) Eine stärkere Zusammenarbeit des Kreises Flensburg mit der Stadt Flensburg. Schon heute werden einige Verwaltungseinrichtungen gemeinschaftlich genutzt wie etwa das Gesundheitsamt, die Veterinärverwaltung und gewisse Ausbildungswege. Zur Zeit ist im Gespräch, ob auch eine einheitliche Zulassungsstelle für Kraftfahrzeuge gebildet werden soll. Von diesen Plänen dringt zur Zeit wenig nach außen. Diese Entwicklung wäre insofern organisch, als der Einzugsbereich der Stadt mit dem Gebiet des Kreises Flensburg identisch ist.
- b) Die andere Lösung würde darin bestehen, die Kreise Flensburg und Schleswig zusammenzuschließen. Dann würde aber sofort die Frage nach dem Kreissitz entstehen. Abgesehen von Satrup und in gewissem Umfange Süderbrarup

Flensburg und seine Nachbargemeinden  
Eingemeindungen 1970/74 und  
Eingemeindungsvorschläge 1969/72

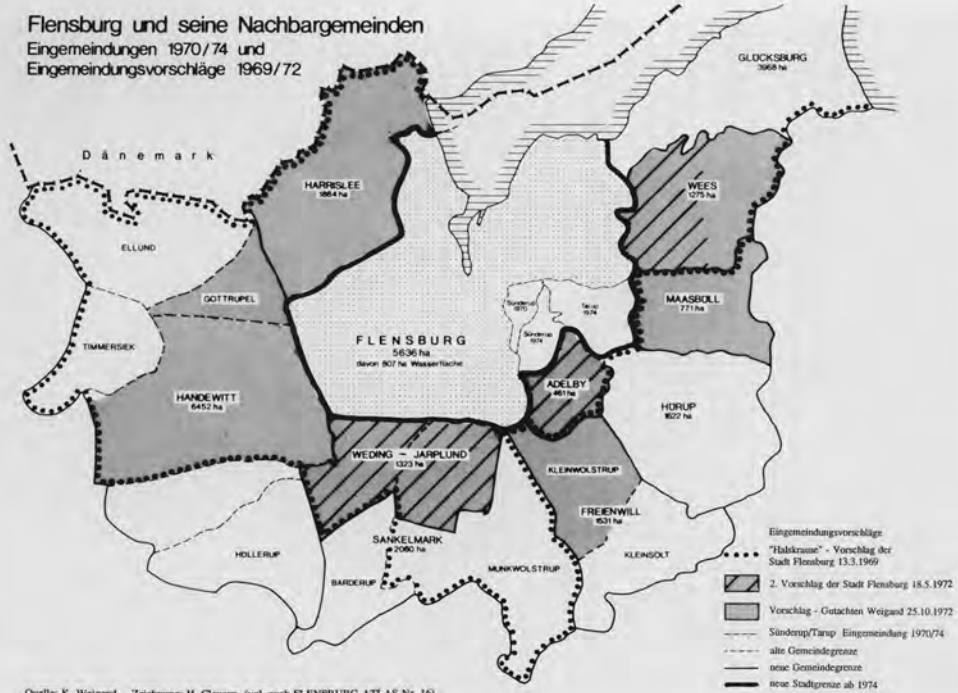


Abb. 3 Flensburg und seine Nachbargemeinden. Eingemeindungen 1970/74. Eingemeindungsvorschläge 1969/72

tendiert das übrige Schleswiger Kreisgebiet heute eindeutig nach Schleswig. Nachdem durch eine Indiskretion, die bis heute im Innenministerium nicht aufgeklärt werden konnte, der SPD-Abgeordnete [Erwin] Lingk von einem Zusammenarbeitsmodell zwischen Stadt und Kreis Flensburg [erfahren] und es unter negativen Blickwinkel über die Presse veröffentlicht hatte, ist von offizieller Seite über solche Pläne nicht wieder gesprochen worden. Es empfiehlt sich daher nicht, dieses Thema in Süderbrarup allzu breit anzusprechen.“

Gemeint war damit jenes „Landschafts“-Modell, das Innenminister Schlegelberger und Landrat Lausen auch weiterhin durchzusetzen versuchten. Tatsächlich wurde die ungelöste Frage einer „Kreisgebietsreform“ im Norden bis zur Landtagswahl mit äußerster Zurückhaltung behandelt. Unmittelbar nach dem CDU-Wahlsieg ließ der designierte Innenminister Titzck das Thema am 1. Mai 1971 durch seine Kommunalpolitische Vereinigung wieder auf die Agenda der Landespolitik setzen.<sup>26</sup> Wenig später wurde der Abschluss der Kreisreform von der Staatskanzlei zur Chefsache erklärt und eine Kabinettsentscheidung für 1972 angekündigt. Rechtzeitig vor den Kommunalwahlen im Frühjahr 1974 und der Landtagswahl ein Jahr darauf sollten die leidigen Grenzstreitigkeiten im Nordosten des Landes

endgültig geklärt sein.

Dort wurden die regionalen und lokalen Protagonisten nicht müde, ihre widerstreitenden Grundsatzpositionen in immer neuen Variationen und Koalitionen zu lancieren. Im Frühjahr 1972 zog die Staatskanzlei intern eine Zwischenbilanz dieser unübersichtlichen Konfliktslage.<sup>27</sup> Danach standen nun vier Neuordnungsmodelle zur Debatte: Das „Einkreisungsmodell“ umfasste das bisherige Stadtgebiet Flensburgs und der Gemeinden des Kreises Flensburg-Land (1.074 qkm mit 168.000 Einw.). Befürwortet wurde es in erster Linie vom SSW im Landkreis. Das „Stadt-Landkreis-Modell“ sah auf gleicher Fläche als Selbstverwaltungsorgane auch einen besonderen Ausschuss für das bisherige Landkreisgebiet vor. Protagonisten waren vor allem Landrat Lausen, die CDU-Verbände in der Stadt und im Kreis sowie die Industrie- und Handelskammer Flensburg. Demgegenüber wurde das „Landkreismodell“ nicht nur vom Schleswiger Landrat Dr. Gernot Korthals und den dortigen Kreisverbänden der CDU und des SSW, sondern auch vom Landesrechnungshof Schleswig-Holstein befürwortet. Danach sollten die Gemeinden des Kreises Flensburg-Land dem bisherigen Kreis Schleswig zugeschlagen werden (2.076 qkm mit 173.000 Einw.) und die Stadt Flensburg kreisfrei bleiben. Das von der Landesregierung nur „nachrichtlich“ mit aufgeführte „Regionalkreis-Modell“ der SPD bezog sich auf die Territorien der Stadt Flensburg sowie der Kreise Flensburg-Land und Schleswig (2.127 qkm mit 267.873 Einw.). In der Folgezeit verhärteten sich die Fronten. Auf der einen Seite standen die Befürworter des „Stadt-Landkreis-Modells“ – gelegentlich auch „Regionsverband“ genannt – um Lausen und Schlegelberger. Ihnen gegenüber standen die Verfechter einer großräumigen Expansion der kreisfreien Stadt Flensburg nach Süden und einer Überführung der Restgemeinden des alten Landkreises Flensburg in den Kreis Schleswig.<sup>28</sup> Angesichts dieser stark polarisierten und hoch emotionalisierten Konfliktsituation wurden in der Lokalpresse Rufe nach der „Bestellung eines unabhängigen, neutralen Gutachters“ laut.<sup>29</sup> Von alledem unbeeindruckt steuerte Innenminister Titzck auf eine unverzügliche „politische“ Alternativlösung zu: das „Landkreis“-Modell in einer deutlich zu Lasten Flensburgs abgespeckten Version. Damit sollte am Ende der junge Landrat Korthals, der sein Amt in Schleswig erst im Frühjahr 1971 angetreten hatte, als eigentlicher Sieger der jahrelangen Grenzstreitigkeiten im Nordosten aus der gegenseitigen Blockade der Hauptkontrahenten hervorgehen.<sup>30</sup>

Mit Rücksicht auf die vorgezogenen Bundestagswahlen im November 1972 wurde die entscheidende Abstimmung der CDU-Landtagsfraktion auf Anfang Dezember 1972 verschoben.<sup>31</sup> Dort unterlagen die Dissidenten um Schlegelberger und Fraktionschef Lausen nur knapp. Auch bei den Parlamentsabstimmungen am 1. Februar und 20. Juni 1973 vermochten die beiden CDU-Vormänner aus dem Landkreis Flensburg nicht mehr zu verhindern, dass die Regierungsfrak-

tion endgültig gegen die Bildung eines „Stadt-Landkreises Flensburg“ votierte. Mit ihrer Stimmenthaltung sorgten Lausen und sein vieljähriger Mentor für einen beispiellosen Eklat. Schon mit dem ersten Votum hatte sich Lausen als Fraktionsvorsitzender diskreditiert. Am 15. Mai 1973 wurde er als Finanzminister in die Kabinettsdisziplin eingebunden und aus seiner kommunalen Schlüsselrolle im Norden „herausgekauft“.

Lausens Beförderung in ein herausgehobenes Ministeramt belegt einerseits den beträchtlichen Einfluss, den die Vertreter des Grenzlandes innerhalb der Regierungspartei nach wie vor besaßen. Andererseits wurde damit der Weg für die von ihnen bekämpfte Fusion der bisherigen Landkreise Flensburg und Schleswig zum Kreis Schleswig-Flensburg freigeräumt. Und auch die konfliktträchtige Schlüsselfrage des Kreissitzes wurde mit dem Dritten Gebietsneuordnungsgesetz vom 3. Juli 1973 zugunsten von Schleswig entschieden. Flensburg konnte zwar seinen Status als – „unvollständiges“ – Oberzentrum und als kreisfreie Stadt bewahren, musste sich jedoch mit einer geringfügigen Erweiterung seines Stadtgebiets zu Lasten der Kreisgemeinden Adelby und Sünderup bescheiden.<sup>32</sup> Demgegenüber hatten vor allem die Landeshauptstadt Kiel und die Stadt Neumünster im Zuge der allgemeinen Kreisgebietsreform erhebliche Geländegewinne verbuchen können. Mit der Konstituierung des neuen Kreises Schleswig-Flensburg im Nordosten vor den Kommunalwahlen am 24. März 1974 wurde die schleswig-holsteinische Kreisreform nach knapp sechs Jahren „für diese Generation“ vollendet.<sup>33</sup> Neben Erleichterung darüber schwang in dem Stoßseufzer des Landrats in Schleswig und späteren Präsidenten des Landesrechnungshofs (1991-2003) Gernot Kortals auch der Unwille darüber mit, nun ein weiteres Kapitel der aufreibenden Streitgeschichte um die Gebietsreform im kommunalen Bereich aufzuschlagen. Nicht zuletzt unter dem Eindruck der vielfältigen Widerstände, in denen sich Schlegelbergers Kreisgebietsreform um 1970 verfangen hatte, war die Landesregierung auf Distanz zu allen Vorschlägen gegangen, nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens die traditionelle Ämterstruktur zugunsten von großen Einheitsgemeinden zu beseitigen. Zudem verzichtete die regierende CDU ausdrücklich auf eine flächendeckende Fusion der amtsangehörigen Kleingemeinden durch ein weiteres Gesetz zur kommunalen Gebietsreform. Scharf kritisiert von Sprechern der SPD mit dem Landtagsabgeordneten Kurt Hamer an der Spitze, setzte die Landesregierung auf freiwillige Einsicht in die Notwendigkeiten und die Überzeugungsfähigkeit der jeweiligen Entscheidungsträger vor Ort.<sup>34</sup> Tatsächlich wurde die kommunale Gebietsreform in Schleswig-Holstein damit für mehr als ein Vierteljahrhundert von der politischen Agenda genommen.

#### **4. Aktuelle Perspektiven der Kreisgebietsreform im Raum Flensburg-Schles-**



## wig

Aus der Betrachtung historischer Prozesse lassen sich keine Handlungsanleitungen für die Gegenwart ableiten. Wohl aber gibt es langfristig stabile Strukturfragen und Problemkonstellationen, deren Analyse den Blick für künftige Lösungsstrategien schärfen kann. Aus dieser Perspektive sind die Kardinalfragen der Kreisreform-Debatten im Nordosten vor bald vier Jahrzehnten nach wie vor der Beachtung wert: die Selbstständigkeit des „Oberzentrums“ Flensburg und die Lebensfähigkeit der Stadt Schleswig, die Frage der Verwaltungssitze im Raum Schleswig-Flensburg und die Stadt-Umland-Verhältnisse im Großraum Flensburg, die Konsequenzen aus der neuerlichen Kommunalgebietsreform in Dänemark<sup>35</sup> sowie ein abgestimmtes Tourismusmanagement in der Förde-Ostseeküsten-Region und die Sparkassenorganisation im Nord(ost)en.

Viele dieser Fragen bleiben aktuell, nur wenige sind inzwischen gelöst. Letzteres gilt für die Mitte 2008 vollzogene Neuordnung des Sparkassenwesens. Dazu bedurfte es freilich erst einer krisenhaften Zuspitzung längst bekannter Strukturprobleme. Die Kooperation auf dem Feld touristischer Vermarktung der Region ist zwar in Bearbeitung – es bleibt aber auf diesem wichtigen Feld noch viel zu tun. Die Stadt-Umland-Beziehungen sind nach wie vor nicht unkompliziert, wie das Ringen um die künftige Trägerschaft der Kurt-Tucholsky-Schule beispielhaft verdeutlicht. Andererseits zeigt die seit Anfang 2007 erfolgreich angelaufene Verwaltungsgemeinschaft der Städte Flensburg und Glücksburg ebenso wie die im Oktober 2008 abgeschlossene Vereinbarung über ein gemeinsames Gewerbegebiet Flensburg – Glücksburg – Wees, dass die Gräben zwischen der Stadt und den Umlandgemeinden keineswegs unüberbrückbar sind. Auch punktuelle Kooperationen zwischen der Stadtverwaltung Flensburg und dem Kreis Schleswig-Flensburg – etwa auf dem Gebiet der Kfz-Zulassung – dürfen als ermutigende Signale wahrgenommen werden.

Gleichwohl ist nach aller bisherigen Erfahrung nicht zu erwarten, dass sich eine Neuordnung der Stadt- und Kreisgrenzen im Nordosten aus solchen Einzellösungen „von selbst“ entwickelt. Es wird deshalb erforderlich sein, die Fusionsfrage in der Region problembezogen weiter zu diskutieren. Jenseits aller Zweckmäßigkeitserwägungen ist es unabdingbar, ein solches Vorhaben nicht über die Bevölkerung hinweg zu betreiben. Im Übrigen sollte in dieser Zukunftsdebatte nicht „um den heißen Brei“ herumgeredet werden. Die harten Stolpersteine müssen frühzeitig geortet und zielstrebig ausgeräumt werden. Ganz oben auf der Agenda stehen dabei drei Probleme: 1. Wohin kommt der Sitz der Kreisverwaltung? 2. Wie lässt sich das Verhältnis von Stadt und Kreisumland so organisieren, dass Flensburg seine zentralen Funktionen wahrnehmen kann, ohne den Kreis als Ganzes zu dominieren? 3. Wie lässt sich die Verteilung der finanziellen „Atlanten“ und der künftigen Finanzausstattung eines neuen Kreises unter Mithilfe





Abb. 4 Kreisgrenzen nach der Gebietsreform in Schleswig-Holstein (Stand: 1973/74)

des Landes so regeln, dass mittelfristig sowohl in der Stadt als im Umland und im Gesamtkreis „Fusionsgewinne“ ausgeschüttet werden können? Nur wenn diese drei Schlüsselfragen beizeiten plausibel und möglichst konsensual beantwortet werden, wird die vor Jahrzehnten zerredete Modernisierung der territorialen Verwaltungsstruktur im Raum Schleswig-Flensburg mittelfristig zustande kommen.

Anmerkungen

1 Vgl. dazu Michael Ruck, Stabilität und Wandel innerer Grenzen: die kommunale Gebietsreform der 1960er und 1970er Jahre in Schleswig-Holstein, in: Schleswig-Holstein Topographie, Bd. 4, Flensburg 2004, S. XXII-XXX; zum Gesamtprozess jetzt umfassend Axel Bernstein, Die Kommunale Gebietsreform in Schleswig-Holstein während der 1960er und 1970er Jahre mit einer Betrachtung der aktuellen Diskussion im Lande, Diss. Flensburg 2008.

- 2 Vgl. Kehrtmarsch bei der Kreisreform?, in: Flensburger Tageblatt (FT), 10.9.2008, S. 4; Rechnungshof rügt Kreisreform, in: ebd., 16.9.2008, S. 3; Das Ende der Gebietsreform, in: ebd., 4.10.2008, S. 4; Kreispolitiker begrüßen Aus für Gebietsreform, in: ebd., 8.10.2008, S. 18.
- 3 Michael Ruck, 60 Jahre Selbstverwaltung in den Kreisen: Wiederaufbau – Modernisierung – Perspektiven. Festrede auf dem Festakt anlässlich des 60. Jahrestages der ersten Sitzung des wieder frei gewählten Kreistages des Kreises Segeberg im Kreissitzungssaal der Kreisverwaltung Segeberg in Bad Segeberg am 29. Oktober 2006; URL: [http://www.uni-flensburg.de/geschichte/pdf/Ruck\\_60\\_Jahre\\_Kreise\\_SH\\_Vortrag\\_Segeberg\\_061029\\_Preprint.pdf](http://www.uni-flensburg.de/geschichte/pdf/Ruck_60_Jahre_Kreise_SH_Vortrag_Segeberg_061029_Preprint.pdf)
- 4 Vgl. Tscheuschner: Kreisstadt-Frage ist hohe Hürde. Kommt die Kreisreform, ist es vorbei mit Flensburgs Kreisfreiheit. Das ist für Oberbürgermeister Tscheuschner nicht das große Problem. Doch die Frage des künftigen Sitzes der Kreisverwaltung könnte zu Diskussionen führen, in: FT, 5.9.2007, S. 17; „Es kann dabei nicht nur Gewinner geben“. Die Kreisreform wird Flensburg die Kreisfreiheit kosten. Über die Auswirkungen des Vorhabens und die Zukunft Flensburgs als großer kreisangehöriger Stadt informierte Innenminister Ralf Stegner, in: ebd., S. 18; Stadt leitet erste Schritte zur Kreisreform ein, in: ebd., 7.11.2007, S. 17; Start in den Fusionsprozess. Ohne Nordfriesland werden im Norden die Fusionspläne vorangetrieben. Flensburg und der Kreis Schleswig-Flensburg wollen Ergebnis offen in den Annäherungsprozess starten, in: ebd., 19.2.2008, S. 23.
- 5 Werner Thieme, Vorschläge und Maßnahmen zur Verwaltungsreform (Gebiets- und Funktionalreform), in: Kurt G.A. Jeserich u.a. (Hg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 5: Die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1987, S. 1027-1042, hier S. 1032.
- 6 Thomas Ellwein, Das Dilemma der Verwaltung. Verwaltungsstruktur und Verwaltungsreformen in Deutschland, Mannheim u.a. 1994, S. 71.
- 7 Joachim Laux, Die Gebietsneuordnung und ihre Eingliederung in die Raumordnung, in: GFH 1/1969, S. 13-18, hier S. 14. Der Autor war zu dieser Zeit Regierungsdirektor in der Planungsgruppe des Kieler Innenministeriums.
- 8 Grundgesetzartikel 72 Abs. 2 und 106 Abs. 3 in der bis 1994 geltenden Fassung.
- 9 Regierungserklärung MP Dr. Lemke, in: Landtag Schleswig-Holstein: Stenographische Berichte, 6. Wahlperiode, 2. Sitzung, 18.5.1967, S. 18-27, hier S. 27.
- 10 Holger Knudsen, Auswirkungen des Verlustes des Kreissitzes. Untersuchung am Beispiel Schleswig-Holsteins, Baden-Baden 1979, S. 53. Loschelder war bis 1962 Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Innenministerium gewesen.
- 11 Regierungserklärung MP Dr. Lemke v. 18.5.1967, S. 20 ff.
- 12 Heinz Adler, Die Gebietsreform in Schleswig-Holstein, in: GFH 1/1969, S. 19-36; vgl. Laux, Die Gebietsneuordnung.
- 13 Innenminister des Landes Schleswig-Holstein (Hg.), Sachverständigen-Gutachten zur lokalen und regionalen Verwaltungsneuordnung in Schleswig-Holstein, Spich (Bez. Köln) 1968.
- 14 Frido Wagener, Neubau der Verwaltung. Gliederung der öffentlichen Aufgaben und ihrer Träger nach Effektivität und Integrationswert, Berlin 1969.
- 15 Landtag Schleswig-Holstein: Stenographische Berichte, 6. Wahlperiode, 29. Sitzung,

- 18.10.1968, S. 1199-1213.
- 16 Vgl. dazu Haarløv Tyge, Unterschiede der Kommunalverwaltung nördlich und südlich der Grenze, in: GFH 2/1966, S. 107-112; Rudolf Stehr, Kommunalreform in Dänemark, in: GFH 3/1968, S. 151-157; Erik Jessen, Sønderjyllands Amtsråd, seine Arbeitsweise und Probleme, in: GFH 2/1971, S. 110-118; ders.: Nordschleswigsche Gemeinsamkeit. Zusammenarbeit über die Grenze hinweg, in: GFH 2/1974, S. 79-83; H. Neerhøj: Die Grundlagen der dänischen Kommunalordnung von 1970, in: ebd., S. 73-78.
  - 17 Zur Person Schlegelbergers zuletzt Klaus Bästlein, Der Fall Hartwig Schlegelberger, in: GFH 3/2008, S. 289-304.
  - 18 Landtag Schleswig-Holstein: Stenographische Berichte, 6. Wahlperiode, 29. Sitzung, 18.10.1968, S. 1199-1213. Vgl. dazu allgemein Michael Ruck, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie – Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre, in: Axel Schildt u.a. (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Staaten, 2. Aufl., Hamburg 2003, S. 362-401.
  - 19 Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS), Abt. 605, Nr. 5938: Auszug aus der Niederschrift über die 198. Sitzung der Landesregierung am 20. März 1969.
  - 20 Knudsen, Auswirkungen, S. 75.
  - 21 Zu dessen Vorstellungen vgl. Gerd Lausen, Planungsvorstellungen und Entwicklungschancen für den Landkreis Flensburg, in: GFH 3/1967, S. 136-144.
  - 22 LAS, 605, Nr. 5938: Stadt Flensburg (gez. Stadtpräsident [Dr.] L[eon] Jensen u. OB Adler) an MP Dr. Helmut Lemke, 15.04.1969; gleichlautendes Schr. an MP – Staatskanzlei –, 18.4.1969 (hekt.); vgl. ebd., Nr. 2713: Flensburger Nachrichten, 24.3.1970: „Großraum Flensburg“ die neue Formel?
  - 23 LAS, 605, Nr. 2713: FT, 23.3.1971: Offizielle Offerte an Raum Flensburg? Schleswigs Landrat: Mehr Gemeinsamkeiten zwischen den Kreisen als mit der Stadt. Falls es nicht zu einer Einigung zwischen Stadt und Landkreis Flensburg kommt. Dr. Korthals zur Schleswiger Alternative: „Unseres Erachtens die bessere Lösung“. Auch Stellungnahme zur Frage des Kreissitzes. Bildung eines Planungsverbandes empfohlen.
  - 24 LAS, 605, Nr. 2713: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.8.1971: Friedrich Karl Fromme, Was wird mit Flensburg und Schleswig? Die Kreisgebietsreform vor dem Abschluß; Weser-Kurier, 6.9.1971: Hannelore Asmus, Gebietsreform nagt an bisherigen Hochburgen. Politiker streiten über die Auflösung des Kreises Flensburg-Land; fast wortgleich: Frankfurter Rundschau, 7.9.1971: Kieler Regierung in Bedrängnis. Gebietsreform birgt Sprengstoff – Lösung für Flensburg gesucht.
  - 25 LAS, 605, Nr. 2442: Staatskanzlei (– StK 10 –), Kiel, 24.2.1970: Vermerk „betr. Informationsmaterial für Herrn StS. T[itzeck] zum Besuch am 25.2.1970 in Süderbrarup“.
  - 26 LAS, 605, Nr. 2442: Kieler Nachrichten, 1.5.1971: Die kommunalpolitische Arbeit geht intensiv weiter. Ziel: Stärkere Mitwirkung der Bürger an der Selbstverwaltung.
  - 27 LAS, 605, Nr. 2713: Synoptische Übersicht (StK 16a – BNr. 652/70 AZ 3.132): Neuordnung des Flensburger Raumes (Erörterung des Mdl – IV 31 – v. 26.4.72).
  - 28 LAS, 605, Nr. 2713: FT, 4.9.1971: Schon 1972 Kabinettsentscheid über eine Flensburg-Regelung? Regierungssprecher vor der Landespressekonferenz. Erst intensives Gespräch mit der Bevölkerung. Überlegungen konzentrieren sich auf zwei Modelle.
  - 29 LAS, 605, Nr. 2713: FT, 7.8.1971: Wie soll das weitergehen? (Kommentar); FT,

- 4.9.1971: Eine Mahnung (Kommentar).
- 30 LAS, 605, Nr. 2713: FT, 23.3.1971: Offizielle Offerte an Raum Flensburg? Schleswigs Landrat: Mehr Gemeinsamkeiten zwischen den Kreisen als mit der Stadt. Falls es nicht zu einer Einigung zwischen Stadt und Landkreis Flensburg kommt. Dr. Korthals zur Schleswiger Alternative: „Unseres Erachtens die bessere Lösung“. Auch Stellungnahme zur Frage des Kreissitzes. Bildung eines Planungsverbandes empfohlen.
- 31 LAS, 605, Nr. 2714: Kurzprotokoll über das Gebietsreformgespräch vom 18. September 1972, Kiel, 22.9.1972.
- 32 Vgl. Heinz Adler, Die Situation Flensburgs als kreisfreie Stadt nach der Gebietsreform, in: GFH 2/1974, S. 71-73.
- 33 Gernot Korthals, Der neue Kreis Schleswig-Flensburg. Abschluß der Kreisgebietsreform, in: GFH 2/1974, S. 62-67.
- 34 Vgl. dazu Michael Ruck, Kurt Hamer und die kommunale Gebietsreform der 1970er Jahre in Schleswig-Holstein, in: Uwe Danker/Eva Nowotny (Hg.), „Ich bin sicher, dass eine erste politische Bewertung meines Vorschlags (nur) Vorteile bringen wird.“ Kurt Hamer – Landespolitiker und Grenzlandbeauftragter, Malente 2003, S. 85-102.
- 35 Vgl. dazu Jørgen Kühl u.a., Kommunale und regionale Selbstverwaltung in Dänemark und Schleswig-Holstein, in: GFH 4/2003, S. 279-284; Harro Hallmann, Die deutsche Volksgruppe und die dänische Kommunalreform, in: GFH 1/2006, S. 13-18; Kay Iversen, Kommunalreform in Dänemark und die Konsequenzen für das Grenzland. 5. Dialog Grenzfriedensbund, in: ebd., S. 3-12.

# Ein neues dänisches Gymnasium für Südschleswig

Interview mit dem Rektor der A. P. Møller Skolen Jørgen Kühl

von JÖRN-PETER LEPIEN und GERRET LIEBING SCHLABER

*Mit Beginn des laufenden Schuljahres nahm neben Duborg-Skolen in Flensburg ein zweites dänisches Gymnasium südlich der Grenze seinen Betrieb auf. A. P. Møller Skolen in Schleswig führt von nun an die Schülerinnen und Schüler der dänischen Minderheit im südlichen Landesteil zum Abitur, das in Deutschland und Dänemark gleichermaßen als allgemeine Hochschulreife anerkannt ist. Die neue Schule ist ein Geschenk der A. P. Møller Stiftung, die vom 95 Jahre alten Kopenhagener Großreeder Mærsk Mc-Kinney Møller geleitet wird. Der Sohn des Namenspaten der Schule hat sich ebenso wie dieser immer wieder für die Belange der dänischen Volksgruppe südlich der Grenze eingesetzt. Gründungsrektor der Schule ist seit 2006 Ph.D. Jørgen Kühl. Er gilt als einer der profiliertesten Grenzland-Historiker der jüngeren Generation. Durch seine Studien über die nationalen Minderheiten in Europa hat er sich weit über die Region hinaus einen Namen gemacht. Im folgenden Interview berichtet der vormalige Direktor des Museums Danevirkegården und des Instituts für Grenzregionforschung über den Aufbau und den Alltag dieser neuen bedeutenden Minderheiteninstitution im schleswigschen Grenzland.*

*Die Redaktion*

*Seit wann bestand der Wunsch, ein zweites dänisches Gymnasium in Südschleswig zu errichten, und von wem ging ursprünglich die Initiative aus?*

Schon seit Anfang der 1980er Jahre gab es innerhalb der dänischen Minderheit den Wunsch, neben der Duborg-Skolen in Flensburg ein weiteres dänisches Gymnasium zu errichten. Die Duborg-Skolen hatte ursprünglich eine Kapazität von ca. 700 Schülern, wurde aber seit vielen Jahren von über 1000 besucht. Angesichts dieser Überlastung mussten zwischenzeitig zusätzliche Unterrichtsräume in Containern aufgestellt werden. Aufgrund dieser unhaltbaren Situation verfestigte sich innerhalb des Dänischen Schulvereins der Wunsch nach einem zweiten Gymnasium. Dieser Wunsch wurde seitens der privaten A. P. Møller Stiftung, des „A. P. Møller og Hustru Chatsine Mc-Kinney Møllers Fond til almene Formaal“, vernommen.

*Wann und bei welchem Anlass hat Mærsk Mc-Kinney Møller erstmals angedeutet, dass er ein solches Vorhaben finanzieren würde?*

Die Absicht der Stiftung, ein zweites dänisches Gymnasium in Schleswig zu errichten, wurde Anfang 2005 offiziell bekannt gegeben.

*Welche Rolle hat der Mäzen bei der Planung und Ausgestaltung der Schule gespielt, und inwieweit konnten die zuständigen Gremien der Minderheit und der kommende Schulleiter ihre eigenen Vorstellungen einbringen?*

Die A. P. Møller Skolen ist ein Geschenk des Mäzens an den dänischen Schulverein. Der Schulverein konnte zunächst Wünsche und Vorstellungen einbringen, die dann in den konkreten Planungen der renommierten dänischen Architekturfirma C. F. Møller aus Aarhus berücksichtigt wurden. Übrigens gibt es keinerlei familiäre Verknüpfungen zwischen dem Architekten und dem Mäzen. Herr Møller hat das ganze Bauvorhaben aus nächster Nähe verfolgt. Als ich berufen wurde, lagen die Pläne bereits vor. Ich habe jedoch an den Bauherrenbesprechungen teilgenommen und habe dort auch eigene Vorstellungen einbringen können.

*Hat sich der Stifter Wege vorbehalten, um künftig auf die Schule einzuwirken?*

Nein, seit dem 1. September 2008 obliegt die ganze Verantwortung dem Dänischen Schulverein. Als Gründungsrektor habe ich zunächst ein Schulprofil sowie eine Vision für die neue Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe (so die offizielle Bezeichnung der Schulart) erarbeitet. Kurz gesagt stellt die Vision fest, dass die Schule sich zu einer exemplarischen dänischen Minderheitenschule entwickeln soll, die den Schülerinnen und Schülern sowohl die Verankerung in der Minderheit im deutsch-dänischen Grenzland ermöglichen als auch ihnen einen globalen Ausblick und interkulturelle Kompetenzen vermitteln soll. Die Vision war dann Referenzrahmen in sämtlichen Stellenausschreibungen. Das ganze, ziemlich umfassende Schulprofil findet sich übrigens auf der Homepage der Schule, [www.apmoellerskolen.org](http://www.apmoellerskolen.org).

*Wohl noch vor 20 Jahren hätte die Neuerrichtung einer solchen Schule mit Sicherheit Unmut in einigen deutschen Kreisen hervorgerufen. Doch davon war jetzt in der Öffentlichkeit nichts zu spüren. Hat es überhaupt nennenswerte negative Reaktionen auf die Pläne gegeben?*

Nein, negative Reaktionen oder gar Anfeindungen gab es meines Wissens nicht, aber allseitige Freude über dieses Geschenk, das die ganze Schullandschaft im



Abb. 1 A.P. Møller Skolen von Süden

Norden bereichert. Das Grenzland hat sich in den letzten 20 Jahren sehr und zum Guten verändert. Hier finden sich eindeutige Indikatoren der Symbiose und der Wahrnehmung der Minderheit als Mehrwert. Ohne die dänische Minderheit hätten Schleswig und der ganze nördliche Landesteil keine derartige Schule bekommen, die in der Tat eine Signalwirkung bis weit außerhalb des Landes hat.

*Wie hat man in Dänemark auf die Pläne zur Errichtung eines weiteren Gymnasiums südlich der Grenze reagiert?*

Durchweg sehr positiv und vielerorts mit Begeisterung, da man sich der bisher unhaltbaren Überlastung der Duborg-Skolen bewusst war. Im dänischen Staatshaushalt wurden zudem die jährlichen Zuwendungen an den Dänischen Schulverein erhöht, um den Betrieb der neuen Schule zu sichern.



*Wie war die Reaktion der Stadt Schleswig? Gab es Bedenken oder hat die Stadt den Aufbau einer neuen überregionalen Schule sofort als Chance begriffen?*

Das Interesse und die Reaktionen in Schleswig waren ebenfalls sehr positiv. Es gab und gibt weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Stellen im Rat und der Verwaltung der Stadt. Wir haben bereits gute Kontakte zu den öffentlichen Gymnasien und weiteren Schulen vor Ort knüpfen können. Seitens der Öffentlichkeit gab es ein immenses Interesse. Als in der Bauphase am 1.-2. März 2008 ein Tag der offenen Baustelle stattfand, kamen insgesamt 4500 Besucher. Als wir im Rahmen der dänischen Kulturwoche am 27. September und 4. Oktober 2008 die neue Schule der Öffentlichkeit vorstellten, kamen über 9000 Besucher, davon die meisten aus der näheren Umgebung. Seitdem empfangen wir beinahe täglich Besuchergruppen, die sich das phantastische Gebäude anschauen möchten. Aus Anlass der Eröffnung der Schule fand vom 27. September bis zum 5. Oktober eine dänische Kulturwoche in Schleswig statt. Dabei war die Schule Dreh- und Angelpunkt des vielfältigen Angebots und konnte somit auch als Kulturstätte genutzt werden. Hier fanden Musicalaufführungen, Gymnastik- und Modenschows, Autorenlesungen, Architektur- und Kunstführungen statt. Insgesamt konnte die Schule im Laufe der Kulturwoche 14.000 Besucher empfangen. Schleswig ist mit der neuen Schule ins Gespräch gekommen. Wir erhalten laufend Anfragen aus dem Bildungssektor in Dänemark und der Bundesrepublik. Touristengruppen besuchen nach Vereinbarung die Schule und verbinden dies auch mit einem Aufenthalt in der Stadt.

*Die neue Schule liegt – landschaftlich sehr reizvoll – direkt an der Schlei auf dem weitläufigen Gelände der ehemaligen Kaserne Auf der Freiheit, zwar nahe der historischen Altstadt, aber doch relativ weit weg von den Hauptwohngebieten und den zentralen Verkehrsknotenpunkten der Stadt. Ist diese Lage am Stadtrand eher ein Vorteil oder ein Nachteil für den Schulbetrieb?*

Eindeutig ein Vorteil. Die 15.000 Quadratmeter große Schule befindet sich auf einem mehr als 100.000 Quadratmeter großen Grundstück. Die Lage nahe am Holmer Noor und der Schlei sowie die phantastischen Außenanlagen u. a. mit einer Leichtathletik- und Fußballanlage mit Flutlichtern, Unterrichtsmöglichkeiten im Freien etc. bieten optimale Rahmenbedingungen für moderne, zeitgemäße Pädagogik. Das Gebäude ist sehr transparent und Licht durchflutet. In allen Räumen gibt es spektakuläre Ausblicke ins Freie. Umgekehrt kann man von Außen in die Unterrichtsräume hineinschauen. Kurz: die Lage könnte nicht besser sein. Da die Mehrzahl der Schülerinnen und Schüler in Bussen zur Schule kommt, spielt die Lage an sich eine untergeordnete Rolle.





Abb. 2 Blick über die Aula auf das Wissenszentrum der A.P. Møller Skolen mit dem Kunstwerk „Tellurium“ des in Berlin wirkenden dänisch-isländischen Künstlers Olafur Eliasson, welches das Sonnensystem darstellt

### *Welchen Einzugsbereich hat die neue Schule?*

Die A. P. Møller Skolen ist sowohl Gemeinschaftsschule für die dänischen Schüler im Einzugsbereich Schleswig und Rendsburg als auch gymnasiale Oberstufe, sprich Gymnasium, für den ganzen südlichen Landesteil Schleswig. Unsere Gymnasiasten kommen neben Schleswig auch aus Bredstedt, Tönning, Eckernförde, Kiel, Süderbrarup und Kappeln, um einige zentrale Orte zu nennen. Einige Schüler haben somit einen täglichen Schulweg von mehr als zwei Stunden je Strecke, einige beinahe zweieinhalb Stunden. Sie müssen um kurz nach 5 Uhr aufstehen, um sich auf den Schultag vorzubereiten. Die langen Schulwege erklären sich aus schlechten Verkehrsverbindungen, da sich der Dänische Schulverein aufgrund der nach wie vor ausstehenden finanziellen Gleichstellung hinsichtlich der Schülerbeförderung einfach keine direkten, zeitsparenden Busrouten leisten kann. Dadurch hat ein Teil der Schüler in der Oberstufe, aber auch in der 9. Klasse einen Schultag, der bis zu 12 Stunden lang ist. Dann kommen noch die Hausaufgaben dazu. Wer solche Strapazen auf sich nimmt, meint es sehr ernst

mit der dänischen Schulbildung. Neben dem Hauptstandort in Schleswig befinden sich zudem ausgelagerte Gemeinschaftsschulklassen der Jahrgänge 5-8 an den dänischen Schulen in Rendsburg und Bredstedt sowie der Jahrgangsstufen 5-6 an den beiden dänischen Grundschulen in Schleswig.

*Waren auch andere Standorte wie z.B. Husum im Gespräch und wurde von dort aus Interesse bekundet, oder stand der Standort Schleswig von vornherein fest?*

Die Wahl fiel auf Schleswig wegen der zentralen Lage der Stadt. Die Entfernungen für die Schülerinnen und Schüler im südöstlichen und südwestlichen Teil des Oberstufenbezirks sind ungefähr gleich.

*Die friesische Volksgruppe arbeitet eng mit der dänischen Minderheit zusammen. Ein besonders anschauliches Beispiel hierfür ist Riisem Schölj, die dänisch-friesische Schule in Risum-Lindholm. Wurde mit der Abkehr von einem Standort an der Westküste möglicherweise eine kleine Chance vertan, um dem friesischen Kultur- und Sprachelement etwas mehr Raum zu geben?*

Wie gesagt, unter Berücksichtigung der Gesamtlage war und ist Schleswig der ideale Standort. Wir sind uns übrigens dessen sehr bewusst, dass die mit der dänischen Minderheit kooperierenden nationalen Friesen auch an der Schule vertreten sein werden. Deshalb werden wir selbstverständlich in unserer Arbeit auch friesische Aspekte berücksichtigen. Dies ist auch im Schulprofil enthalten. Es gab bereits ein Projekt in der 11. Jahrgangsstufe, in dem sich eine Schülergruppe mit den Friesen beschäftigt hat.

*Das neue Gymnasium wurde unter großer Anteilnahme sowohl der regionalen Öffentlichkeit als auch von offizieller Seite in Dänemark und Schleswig-Holstein, ja sogar im Beisein der Königin eröffnet. Hat das den Start in den Schulalltag beflügelt und kann man die Schule schon als „etabliert“ bezeichnen?*

Nun ja, am 1. September 2008 wurde die Schule eröffnet und seitdem geht es Schlag auf Schlag. Der offiziellen Einweihung am Vormittag durch die Königin, an der selbstverständlich auch alle Schülerinnen und Schüler teilnahmen, folgte am selbigen Abend ein großes Einweihungsfest des Dänischen Schulvereins. Somit startete der Schulbetrieb am nächsten Morgen mit großem Elan. Es finden sehr viele und auch unterschiedliche Aktivitäten statt, aber nach und nach stellt sich der Schulalltag ein. Wir sind allerdings eine Schule, die sich im Aufbau befindet. Wir erfinden Traditionen und Koordinaten des täglichen Schullebens von Grund auf. Dies wird noch einige Jahre so sein. Deshalb herrscht bei allen



Abb. 3 Offizielle Einweihung der Schule am 1.9.2008: Königin Margarethe II. mit dem Stifter Mærsk Mc-Kinney Møller. Dahinter der Schulleiter Ph.D. Jørgen Kühl (Mitte) und Unterrichtsminister Bertel Haarder (l.), rechts hinter diesem Schleswig-Holsteins Bildungsministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin Ute Erdsiek-Rave

Beteiligten – Schülerinnen und Schülern, Eltern und allen Mitarbeitern – ein enthusiastischer Pioniergeist und nachhaltige Begeisterung vor. Die Architektur und auch die Akustik des Gebäudes bieten ideale Rahmenbedingungen und werden in der pädagogischen Arbeit genutzt. Wenige Wochen nach Schulbeginn schrieb eine Schülerin der 9. Jahrgangsstufe in einem Aufsatz, in der Schule herrsche „en glad luft“, also eine „freudige Luft oder Atmosphäre“. Hoffentlich wird dies auch in einem, fünf und zehn Jahren so wahrzunehmen sein.

*Nun zum Alltag der Schule: Mit wie vielen Schülern und in welchen Klassenstufen wurde der Schulbetrieb aufgenommen und auf wie viele Schüler ist A.P. Møller-Skolen maximal ausgelegt?*

Im ersten Jahr sind es ca. 340 Schüler, davon 250 in den Jahrgangsstufen 7-10 sowie 90 im 11. Jahrgang. Als Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe werden die Schüler auch zukünftig 13 Jahre bis zum Abitur haben. Im nächsten Jahr kommt die zwölfte und im darauffolgenden Jahr die 13. Jahrgangsstufe hinzu. Die Schule hat eine Kapazität von 650 Schülern.

*Hat es an Duborg-Skolen Kürzungen oder gar Einschränkungen gegeben oder kann man sagen, dass A.P. Møller-Skolen lediglich die Überlast des Flensburger Gymnasiums abgefedert hat?*

Nun ja, die Schülerinnen und Schüler des 11. Jahrganges hätten ohne die A.P. Møller Skolen ihren Schulgang in Flensburg fortsetzen müssen. Dadurch ist die Duborg-Skolen bereits jetzt entlastet worden. Dieser Prozess wird sich in den nächsten zwei Jahren fortsetzen. Hinzu kommt übrigens, dass die Duborg-Skolen mit diesem Schuljahr ebenfalls Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe ist. Dadurch fallen die Schülerzahlen dort nicht nur in der Oberstufe, sondern auch in der Gemeinschaftsschule. Da es seit dem 1. August 2008 insgesamt 9 Gemeinschaftsschulen im Dänischen Schulverein gibt, davon vier in Flensburg, je eine in Leck, Süderbrarup, Husum, Eckernförde und Schleswig, von denen lediglich die A. P. Møller Skolen und Duborg-Skolen gymnasiale Oberstufen haben, erwarten wir jedoch, dass die Gesamtanzahl der Abiturienten in den kommenden Jahren ansteigen wird.

*Wie ist das Lehrerkollegium zusammengesetzt? Sind einige Lehrkräfte aus Flensburg hinübergewechselt? Sind Lehrer von anderen Gymnasien aus Dänemark gekommen? Oder dominieren junge Lehrkräfte, für die A. P. Møller Skolen die erste feste Anstellung bedeutet?*

Sowohl als auch. Insgesamt umfasst das Kollegium im ersten Jahr 40 Lehrkräfte. Ungefähr die Hälfte der Lehrkräfte in der 11. Jahrgangsstufe ist von der Duborg-Skolen gekommen. Die andere Hälfte kommt überwiegend aus Dänemark, aber auch aus Großbritannien. In den kommenden zwei Jahren werden wir voraussichtlich noch weitere 10-15 Lehrkräfte für die Oberstufe einstellen. Es besteht ein großes Interesse an einer Anstellung in Schleswig, so dass nur einem kleinen Teil der Bewerbungen, die neben Dänemark und Grönland u. a. aus den USA, Deutschland, Frankreich, Österreich und Großbritannien kamen, entsprochen werden konnte. Als wir im Frühjahr 2008 neun Stellen ausschrieben, gab es Bewerbungen von 99 Personen. Sogar die in Dänemark als „Mangelfächer“ geltenden Fächer Mathematik, Physik, Chemie und Biologie, wo der Bedarf an Lehrkräften weit über dem Angebot liegt, konnten ohne Weiteres besetzt werden. Die Lehrkräfte in der Gemeinschaftsschule waren vorher alle an anderen Schulen des Dänischen Schulvereins tätig und haben sich auf eine Stelle in Schleswig beworben. Die Zusammensetzung des Kollegiums ist so, dass wir sowohl Lehrer mit Erfahrung als auch junge sowie ungefähr gleich viele Frauen und Männer haben.

*A. P. Møller-Skolen muss sich wie Duborg-Skolen auch an den in Schleswig-Holstein geltenden Lehrplänen und Prüfungsrichtlinien für Gymnasien orientieren. Was sind neben der Unterrichtssprache die unverwechselbar dänischen Elemente im Schulbetrieb?*

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen und Fachanforderungen sind exakt die gleichen wie an öffentlichen Schulen. Der Unterricht muss ferner den Anforderungen in Dänemark entsprechen, da das Abitur ja ohne Wenn und Aber anerkannt ist. Die Unterrichtssprache ist Dänisch in allen Fächern außer im Fach Deutsch. Alle Lehrkräfte sprechen selbstverständlich Dänisch mit den Schülern und untereinander. Dänisch ist in allen Jahrgangsstufen Kernfach. Die Gestaltung des Unterrichts bezieht sich durchgehend auf dänische pädagogische Grundsätze und Vorstellungen. Der Umgang, die gelebte Mentalität und das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrkräften, aber auch im Verhältnis zu den Eltern sind eindeutig von der dänischen Lebensart geprägt. Einmal die Woche haben wir eine Schulversammlung, bei der stets dänische Lieder gesungen werden. Wir haben sowohl eine dänische Fahne in unserem Festsaal als auch zwei Flaggenmasten vor dem Haupteingang. Aber ich denke, es ist viel leichter, die dänischen Elemente bei persönlichen Begegnungen wahrzunehmen, als sie in wenigen Sätzen zu umschreiben.

*Seit geraumer Zeit wird in den dänischen Medien, und keineswegs nur in Flensborg Avis, eine mitunter heftige Debatte über die Identität der südschleswigschen Dänen geführt. Gibt es im Zuge dieser Debatte, aber auch innerhalb der Minderheit selbst Entwicklungen, die für die Zukunft des dänischen Schulbetriebs im südlichen Landesteil beunruhigend sein können?*

Die kontinuierliche Infragestellung der Identität oder vielleicht besser und präziser ausgedrückt: der Intensität der nationalen Identifikation ist ein grundlegendes Phänomen in der dänischen Minderheit. Die Angehörigen der Minderheit sind sozusagen Identitätsexperten, da sie mehr oder weniger bewusst alle sich täglich neu mit der Minderheit identifizieren. Im Sinne Ernst Renans ist die Minderheit Ergebnis eines kontinuierlichen Plebiszits. Ich erwähnte die langen Schulwege einiger Schüler. Solch eine Belastung nimmt man nicht auf sich, wenn die Zugehörigkeit zur Minderheit und die dänische Schulbildung nicht von primärer Bedeutung wären. Für eine Schülerin aus Eiderstedt wäre es ein Leichtes, auf ein öffentliches Gymnasium nach Husum zu wechseln. Dennoch wählt sie ganz bewusst den weitaus längeren Weg nach Schleswig, um ihr Abitur an der A. P. Møller Skolen zu machen. Dies ist meines Erachtens Ausdruck gewollter und nachdrücklicher Identifizierung mit der Minderheit sowie deren dänischer

Wertvorstellungen. Die Diskussion in dänischen Medien muss allerdings auch im Kontext der allgemeinen Entwicklung gesehen werden. Wir befinden uns in vielerlei Hinsicht in einer post-nationalen Phase, wobei nationale Identität insbesondere bei der dänischen Minderheit nicht mehr im Kontrast oder Gegensatz zum deutsch-dominierten Umfeld entsteht und reproduziert wird. Die jüngeren Generationen der Minderheit sind voll integriert, haben Freunde, Ehepartner etc., die der Mehrheit oder auch anderen ethnischen Gruppen angehören. Die Schülerinnen und Schüler entstammen oftmals gemischt-nationalen Familien, wo ein Elternteil zur Minderheit gehört, der andere zur Mehrheit. Hinzu kommen die zahlreichen Familien, die bewusst den dänischen Kindergarten, die dänische Schule für ihre Kinder gewählt haben und sich damit der Minderheit angenähert haben. Sie wurden und werden bei der Schulwahl natürlich unmissverständlich darüber informiert, dass die dänischen Bildungseinrichtungen keine Sprachschulen und auch nicht werteneutral sind. Sie sind Schulen für die dänische Minderheit. Ein Teil dieser Kinder, die als „Südschleswiger der ersten Generation“ bezeichnet werden können, sind zwischenzeitlich am Ende ihrer Schullaufbahn angelangt und artikulieren in unterschiedlichen Zusammenhängen ihre persönliche Identität. Oftmals wollen sie bewusst nicht zwischen Deutsch und Dänisch – oder wie sie häufig sagen: zwischen Mutter und Vater – wählen müssen. Sie berufen sich auf das Recht, sowohl als auch zu sein, sowohl Dänisch als auch Deutsch im gemeinsamen Grenzland. Gerade weil sie im familiären Umfeld, aber auch in ihren Freundeskreisen und vielleicht auch in Freizeitaktivitäten voll integriert sind, wollen oder können sie sich nicht eindeutig für die eine oder andere Seite entscheiden. Dadurch entsteht ein Spannungsfeld, wo nationale Identifikationen ins Spiel kommen. In einer globalisierten Welt wie der heutigen muss nationale Identität in neuen Kontexten gesehen und gedeutet werden. Dabei kommt den dänischen Schulen in Südschleswig eine ganz zentrale Rolle als Ort der differenzierten Diskussion zu. Es stellt sich die Herausforderung der Verankerung bei gleichzeitiger Weltoffenheit. Dies wird übrigens ebenfalls im Schulprofil der A. P. Møller Skolen reflektiert. Als Wissenschaftler, der sich u. a. mit Identitätsprozessen beschäftigt, reizt mich diese Herausforderung besonders, und der Wechsel vom „Elfenbeinturm“ ins „Laboratorium“ bietet somit auch die Möglichkeit der konkreten und unmittelbaren Begleitung.

*Besonders in der Kritik stehen Eltern, die ihre Kinder in dänische Einrichtungen schicken, ohne selbst einen Bezug zur Volksgruppe zu haben oder sich dieser anzunähern. Ist dies tatsächlich ein verbreitetes Problem?*

Das ist eine gute Frage, die nicht umfassend beantwortet werden kann. Sicherlich ist es so, dass ein Teil der Eltern vorher keinerlei Berührungspunkte mit der dä-

Abb. 4  
Schüler und Lehrer vor dem  
Haupteingang ihrer neuen  
Schule am Morgen der offi-  
ziellen Einweihung am  
1. September 2008,  
rechts der Abteilungsleiter  
der Gemeinschaftsschule  
Klaus Pløen



nischen Minderheit hatte. Allerdings werden sie bei der Einschulung ihrer Kinder umfassend über Sinn und Zweck der Minderheitsschulen informiert. Seit 1997 unterschreiben sie sogar bei der Anmeldung einen Aufnahmeantrag, in dem dies bestätigt wird. Somit nähern sie sich in der Tat der Minderheit an. Ihre Kinder werden in und durch die Schulbildung unumgänglich von dänischer Sprache, Kultur und Wertvorstellungen geprägt. Seit mehr als 30 Jahren gibt es das Phänomen, dass Eltern ohne vorherige Zugehörigkeit zur Minderheit aus unterschiedlichen Gründen die dänische Schule für ihre Kinder wählen. Seit Anfang der 1970er Jahre wird kontinuierlich in der Minderheit diskutiert, wie mit diesen oftmals als „deutsche Eltern“ bezeichneten Wahlverwandtschaften umzugehen ist. Ironisch ausgedrückt ist es beinahe schon eine verinnerlichte Diskussion, wobei



die Aussagen, Standpunkte und Eindrücke, die insbesondere in Flensburg Avis veröffentlicht werden, sich kaum verändern. Andererseits ist nicht abzustreiten, dass der kontinuierliche Zugang von außerhalb der Minderheit entscheidend dazu beigetragen hat, dass die Schülerzahlen der dänischen Minderheit trotz des demographischen Wandels eine verblüffende Stabilität über einen Zeitraum von bald 35 Jahren aufweisen. Ich versuche übrigens, diese Entwicklung und die Folgen in einem Beitrag für ein Buch zur Geschichte Südschleswigs zu analysieren, das derzeit in einem vom Leiter der Studienabteilung der Dänischen Zentralbibliothek Lars N. Henningsen initiierten Projekt entsteht und im nächsten oder übernächsten Jahr erscheinen wird.

*Ein früherer Leiter von Duborg-Skolen hat vor Jahren in dänischen Kreisen Unmut durch seine öffentliche Äußerung hervorgerufen, dass auf dem Schulhof des Gymnasiums hauptsächlich deutsch gesprochen werde. Welche Umgangssprache herrscht heute an A. P. Møller Skolen außerhalb des Unterrichts vor?*

Wie an allen anderen dänischen Schulen sprechen die meisten Schüler untereinander deutsch. So war es schon der Fall, als ich selber vor 30 Jahren zur Schule ging, und so ist es auch heute noch. Ich kann da keine grundlegende Veränderung feststellen. Dies hängt damit zusammen, dass die Sprache in den Elternhäusern vorwiegend Deutsch ist. Aber es gibt auch Schüler, die zu Hause dänisch oder zweisprachig aufwachsen. Wenn zwei Schüler, die Dänisch als primäre Sprache sprechen, kommunizieren, tun sie dies ebenfalls auf Dänisch. Es gibt auch Beispiele dafür, dass Schulkameraden zweisprachig kommunizieren: der eine spricht dänisch, die andere deutsch – und sie verstehen einander ohne Probleme. Da die Schüler zweisprachig sind, wechseln sie auch häufig und ohne nachzudenken die Sprache, zum Teil innerhalb eines Satzes, bedingt durch den Kontext oder auch aufgrund des Wortschatzes. Die Kommunikation zwischen Lehrern und Schülern verläuft ausschließlich auf Dänisch.

*Welche Rolle spielen die Erfahrungen einerseits als Angehöriger der dänischen Minderheit in Südschleswig und andererseits als Wissenschaftler im neuen Schulalltag?*

Meine persönlichen Erfahrungen als Angehöriger der Minderheit, der abwechselnd nördlich und südlich der Grenze gelebt hat und tätig gewesen ist, sind unbedingt vom Vorteil. Als Historiker, Minderheiten- und Grenzforscher bringe ich zudem Voraussetzungen mit, die sich von allen anderen Schulleitern unterscheiden. Ich denke, ich habe potenziell ein „Gespür für Minderheiten“, aber auch für die Besonderheiten der Grenzregion, der unterschiedlichen Interessen und Identitäten.

fikationsprozesse, der Friktionspotenziale, der Ambivalenzen, der Herausforderungen und Möglichkeiten, die sich im Alltag an einer Minderheitenschule täglich neu stellen. Die Schule wird jedoch von einem Team geleitet und aufgebaut, das verschiedene Erfahrungen und Qualifikationen einbringt. Mein Konrektor, der Abteilungsleiter der Gemeinschaftsschule und ich ergänzen uns perfekt und wir sind bereits ein eingespieltes Team. Ohne meine beiden hervorragenden Kollegen in der Schulleitung, ohne die engagierten Lehrkräfte und ohne die unermüdlichen Mitarbeiter in der Technik und Verwaltung könnten die Herausforderungen, die der Aufbau einer gänzlich neuen Schule tagtäglich stellt, nicht bewältigt werden.

*Dürfen sich die Leserinnen und Leser der Grenzfriedenshefte auch in Zukunft auf wissenschaftliche Beiträge des Historikers Jørgen Kühl freuen?*

Selbstverständlich! Ich kann die Forschung gar nicht ruhen lassen.

*Abschließend noch ein paar Gedanken zur Zukunft: Wo werden das schleswigsche Grenzland im Allgemeinen und die dänische Minderheit im Besonderen stehen, wenn A. P. Møller Skolen ihr 25-jähriges Jubiläum feiert?*

Soll ich einen Blick in die Kristallkugel wagen, so erwarte ich, dass die insgesamt gesehen positive Entwicklung im Grenzland der letzten fünf Jahrzehnte vom Konflikt zur Kooperation weitergeführt wird. Wie an anderer Stelle dieses Interviews angedeutet, befinden wir uns derzeit gewissermaßen in einer post-nationalen Phase, nicht nur in diesem Grenzland, sondern in großen Teilen der EU. Nationalität wird nicht mehr durch Kontrast und Abgrenzung, sondern angesichts von Kooperation und auch Inklusion definiert. Dennoch spielen nationale Identifikationen und Identität als Fixpunkte und Koordinaten des Einzelnen eine wichtige Rolle. In den kommenden 25 Jahren wird sich dies wohl kaum ändern, da die Globalisierung zu einem erhöhten Bedarf an Verwurzelung bei gleichzeitiger Integration führen wird. Womöglich wird die gegenwärtig schon in Ansätzen zu erkennende Entstehung von „Bindestrich-Identitäten“ der Deutsch-Dänen oder Dänisch-Deutschen die Regel sein. Seit einigen Jahren sehen wir Ansätze einer vertieften grenzregionalen Integration mit zahlreichen sogenannten „Leuchtturmprojekten“ und Verknüpfungen zwischen Akteuren. Zeitgleich muss jedoch auch festgestellt werden, dass eine merkwürdige Asymmetrie in der Grenzregion vorherrscht: Während man sich südlich der Grenze zunehmend an den komparativen Vorteilen und den komplementären Kompetenzen der Grenzregion orientiert, viele Deutsche Dänischkurse belegen, um nördlich der Grenze Arbeit zu finden, scheint das Interesse der Dänen am Nachbarland abzunehmen. Deutschkenntnisse sind rückläufig. Deutsch spielt in den Schulen eine nachrangige Rolle.

Falls dieser Prozess nicht umgekehrt wird (was eher unwahrscheinlich ist), werden sich die Bewohner des Grenzlandes in 25 Jahren vorwiegend auf Englisch über die Grenze verständigen. Die beiden nationalen Minderheiten wird es auch noch in 25 Jahren geben. Wie sie dann aussehen, wie groß sie sein werden, ist allerdings schwieriger zu sagen. Veränderungen vollziehen sich nur langsam. Kontinuität ist viel wahrscheinlicher als sprunghafte Veränderungen und Brüche, falls nicht plötzlich die Grundelemente des deutsch-dänischen Minderheitenmodells sich schlagartig verändern sollten. Dabei spielen insbesondere die finanziellen Rahmenbedingungen eine zentrale Rolle. Je mehr das Interesse in beiden Ländern an den historisch bedingten Umständen im Grenzland abnimmt, umso schwieriger wird es sein, die Weiterführung der finanziellen Zuwendungen des jeweiligen Mutterlandes zu sichern. Ohne eben diese Förderungen können die Minderheiteneinrichtungen jedoch nicht in derselben Quantität und Qualität fortgeführt werden. Hier wird bereits von beiden Minderheiten Lobbyarbeit geleistet, die zu intensivieren ist. Der Grenzfrieden, zu dem ja auch die Arbeit der Grenzfriedenshefte beigetragen hat, ist kein Naturzustand, sondern muss weiterhin gepflegt und kultiviert werden. Die Inklusion der Minderheiten und die Gleichberechtigung sollte nicht nur in Sonntagsreden gepriesen, sondern auch im Alltag verwirklicht werden. Historische Entwicklungslinien sind nicht zwangsläufig. Die zukünftige Entwicklung des Grenzlandes und der Minderheiten erfordert kontinuierliche Dialoge und Kooperation sowie die Bereitschaft der Verständigung.

# „Besser zusammenleben in Flensburg“

## Ein Veranstaltungsbericht

von INGALIES K. FRIEBEL

*„Die Integration ist eine Schlüsselaufgabe unserer Zeit.“ Diese Feststellung von Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigt, dass die Notwendigkeit von Zuwanderung und Integration samt den damit verbundenen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Faktoren von Spitzenpolitikern mittlerweile als ein zentrales Problem unserer modernen Industriegesellschaft erkannt worden ist. Bereits 2001 hat der Grenzfriedensbund in einer Veranstaltung über Perspektiven der Minderheitenpolitik in der Region auch die „neuen Minderheiten“ in den Blickpunkt öffentlichen Interesses gerückt (s. GFH 4/2001, S. 273-284). Diesen Faden nahm der Grenzfriedensbund 2006 zusammen mit der Europa-Union Flensburg und Den Danske Europabevægelse i Sønderjylland in einer vielbeachteten Veranstaltung auf, bei der es um „Die Integration türkischer Migranten“ in Schleswig-Holstein ging (s. GFH 4/2006, S. 243-252). Am 9. Oktober 2008 lud der ADS-Grenzfriedensbund – durch seine Kindertagesstätten selbst in der täglichen Integrationsarbeit engagiert – zusammen mit der Europa-Union, dem AWO-Integrations-Center Flensburg und dem lokalen Migrationsfachdienst des Diakonischen Werkes zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung über Integrationsprobleme in Flensburg ein. Zahlreiche Menschen mit Migrationshintergrund und Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft folgten der Einladung. Es wurden die Fortschritte bei der Integration der unterschiedlichsten Minderheiten hervorgehoben, wobei auch auf die positiven Erfahrungen mit der Gleichstellung der einheimischen Minderheiten der Dänen und Friesen in der Grenzregion hingewiesen wurde. Genauso deutlich wurde aber auch, dass Politik und Verwaltung auf der kommunalen Ebene die Integration der „neuen Minderheiten“ noch nicht immer als eine „Schlüsselaufgabe“ erkannt haben. Die Journalistin Ingalies K. Friebel, freie Journalistin beim Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag, berichtet für uns über die Veranstaltung, die über die lebhafteste Diskussion hinaus auch zu greifbaren Ergebnissen geführt hat.*

*Die Redaktion*

„Die Zukunft gehört uns allen. Also müssen wir gemeinsam daran arbeiten“, rief eine Teilnehmerin, als bei einer öffentlichen Vortrags- und Diskussionsveranstaltung Anfang Oktober im Haus Sophiesminde nach der Antwort auf die Frage

gesucht wurde: „Besser zusammenleben in Flensburg – Was können wir für eine gelingende Integration tun?“

Eingeladen hatten Europa-Union, ADS-Grenzfriedensbund, das örtliche Integrationscenter der AWO und der Migrationsfachdienst des Diakonischen Werkes. Torsten Döhring, Beauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein, leitete die Diskussion.

Schon 2006 hatte man in ähnlicher Runde öffentlich und erfolgreich über Integrationsfragen diskutiert. Doch das Thema hat seither nicht an Aktualität verloren. Trotz vieler Erfolge und enormer Bemühungen um die kulturelle Vielfalt im Grenzland an der Förde konnten viele der aufgezeigten Probleme noch nicht befriedigend gelöst werden. Im Gegenteil: immer mehr Menschen kommen auf der Suche nach Frieden, Bildung und Arbeit in den Norden Deutschlands. Mittlerweile haben ein Drittel aller Familien in Deutschland einen Migrationshintergrund. 7,4 Prozent der Bevölkerung gelten in Flensburg als „Ausländer“, weil sie keinen deutschen Pass besitzen, unter ihnen auch zahlreiche Reichsdänen. Die weitaus meisten Angehörigen der „neuen“, nicht aus EU-Staaten stammenden Minderheiten leben im Norden der Stadt.

„Es tut weh. Ich bin Deutscher. Aber ich habe kein Recht.“ So empfindet ein schwarzer Afrikaner seine oft demütigende Situation im Alltag, ganz besonders im Umgang mit Behörden.

Defizite, Benachteiligungen, Kränkungen und andere ungelöste Probleme, die das Zusammenleben zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den Bürgern mit Migrationshintergrund belasten, wollten die Veranstalter öffentlich machen. Unstrittig, so Gert Roßberg von der Europa-Union, gebe es aber gerade in Flensburg auch viele Beispiele gelungener Integration.

Jochen Barckmann, Zweiter Bürgermeister, konnte von diversen Aktivitäten der Stadt im Bemühen um ein interkulturelles Zusammenleben berichten. Er nannte Bildung als wichtigste Voraussetzung für das Gelingen von Integration. Vor diesem Hintergrund habe sich die Stadt es zum Beispiel auch zur Aufgabe gemacht, Hausaufgabenhilfe für Schüler und Sprachförderkurse für Mütter zu organisieren. Barckmann betonte: „Einen Dialog kann es nur mit Sprachfertigkeiten geben.“ Deutschland als Zuwanderungsland biete vielen Migranten die Sicherheit, die sie in ihrer Heimat nicht hätten. Unbestreitbar aber seien ihre Integrationsbedürfnisse sehr unterschiedlich. Wie wichtig ihm persönlich das Thema der Integration ist, machte der Zweite Bürgermeister schon dadurch deutlich, dass er zu Gunsten der Diskussionsrunde der gleichzeitig stattfindenden Ratsversammlung fern blieb.

Vertreter der Fraktionen im Stadtparlament sprachen von einem „beeindruckendem Erfolg der Integration in Flensburg“. Von der CDU-Fraktion kam ein Brief, in dem ebenfalls darauf hingewiesen wurde: „Das Wichtigste ist, einander verste-



Besir Kapusozoglu (mit Mikrofon) bei seinem Bericht über Benachteiligungen türkischstämmiger Flensburger. Rechts sein Bruder Ramazan.

hen zu wollen.“ Und auch die Forderung, dass die neuen Mitbürger von sich aus einen Schritt auf die Mehrheitsgesellschaft zugehen müssten, wurde erhoben. Die SSW-Fraktion konstatierte, wie viele Jahre es gebraucht hatte, um Menschen mit Migrationshintergrund als kulturelle Bereicherung zu empfinden. Allerdings könne von den Migranten auch Motivation und soziales Verhalten gegenüber der Mehrheitsbevölkerung erwartet werden. Das fehle einigen kriminellen Jugendlichen und führe zu bedauerlichen Vorurteilen gegenüber ganzen Bevölkerungsgruppen.

Ob sich die Migranten wirklich eingeladen fühlen könnten, hatte zuvor Michael Treiber von der AWO überlegt. Er fragte: „Wie viele Mitarbeiter in Führungspositionen der Stadt haben einen Migrationshintergrund?“ Es fehle eben noch immer ein Integrationskonzept, bemängelte der Fachmann für Migrationsfragen bei der Arbeiterwohlfahrt.

„Einheit in Vielfalt“ benannte Ursula Thomsen-Marwitz, Vertreterin der WiF, die Ziele der Wählergemeinschaft „Wir in Flensburg“. In ihrem engagierten Beitrag forderte sie Freude über die kulturelle Vielfalt nicht nur am Dönerstand, in der Pizzeria oder im Chinarestaurant.

Besir und Ramazan Kapuzoglu, die in Flensburg aufgewachsen sind und inzwischen ihre eigenen Kinder hier zur Schule schicken, spüren immer wieder

schmerzhaft, dass sie und ihre Familien Benachteiligungen ausgesetzt sind, wenn es um die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben geht. Da wird einer Schwester nach der Nennung ihres türkischen Namens am Telefon erklärt, die inserierte Wohnung sei bereits besetzt. Ein Kontrollanruf des perfekt Deutsch sprechenden Bruders unter dem Namen „Jensen“ endet dagegen in der freundlichen Einladung zu einem Besichtigungstermin.

Da ist der junge Student, gebürtig in Lettland, dem vor der Disko beschiedener wird: „Unsere Ausländerquote ist erfüllt!“ Und der auf das Vorzeigen seines deutschen Ausweises endgültig abgespeist wird: „Wir sehen euch an, wo ihr herkommt.“ Verletzungen hinterlässt das und manchmal auch Misstrauen gegenüber den Behörden, wie bei dem in Russland aufgewachsenen Regisseur und Journalisten, Waldemar Stephan, der mit seiner engagierten Theatergruppe viel Beifall, aber wenig Unterstützung bei der Suche nach Probenräumen in Flensburg findet. Er mag es nicht glauben, wenn er darauf hingewiesen wird, dass dieses Schicksal viele Vereine und Verbände der „deutschen Ureinwohner“ teilen.

Seit Jahrzehnten in Deutschland lebende Menschen fühlen sich manchmal auch benachteiligt, weil sie nicht als bürgerliche Mitglieder der Fraktionen im Rathaus oder als Schöffen akzeptiert werden.

Eine engagierte Mutter, seit Jahrzehnten in Deutschland, möchte, dass ihre Stimme und Meinung wahrgenommen wird. Doch als „Ausländerin“ laufe sie immer wieder gegen verschlossene Türen, klagt sie, werde nicht ernst genommen. Das macht sie enttäuscht und manchmal richtig wütend, gibt sie zu.

Ein Beispiel dafür, dass es auch anders geht, liefert der türkischstämmige Sozialpädagoge Ali Baylan, der als bürgerliches Mitglied der Flensburger FDP-Fraktion jetzt mit dazu beitragen will, dass die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund besser wird. „Vielen war es bisher nicht bewusst, dass es überhaupt Probleme gibt ...“

Einig waren sich Gastgeber und Gäste der Veranstaltung am Ende darin, dass es künftig einen „Runden Tisch“ geben muss, an dem sich Mehrheitsbevölkerung und die „Neuen“ auf gleicher Augenhöhe begegnen. Sie können einander Hilfestellung leisten oder gemeinsam Probleme ausräumen, die mitunter ja auch nur auf dummen Vorurteilen oder auf Missverständnissen beruhen.

Erster Erfolg der Veranstaltung: Die SPD-Fraktion hat inzwischen offiziell erklärt, dass sie die Einrichtung des angeregten „Runden Tisches“ wichtig findet und deshalb eine regelmäßige Diskussionsrunde auf gleicher Augenhöhe unterstützen wird.



## Zwei Geburtstage im Grenzverband

250 Grenzfriedenshefte: Dr. Jörn Peter Leppien feierte 65. Geburtstag /  
Umfangreiches Sonderheft

Kerzen, Kuchen und ein dickes Buch zum Geschenk – Zutaten für einen zünftigen Geburtstag beim ADS-Grenzfriedensbund. Die alte Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS), die mit dem Grenzfriedensbund zusammenging, ist in diesem Jahr 60 Jahre alt. Und der Macher der grünen Grenzfriedenshefte, Dr. Jörn-Peter Leppien, der mit seiner Arbeit wesentlichen Anteil am guten Klima im Grenzland hat, ist 65 Jahre alt geworden. Für ihn und seine Ehefrau fand ein Empfang in der Flensburger Zentrale von ADS-Grenzfriedensbund statt. Dabei wurde die Ausgabe 3/08 der Grenzfriedenshefte präsentiert – als



Freude über das außergewöhnliche Grenzfriedensheft: (v.l.) der ehemalige ADS-Vorsitzende Hans Dethleffsen, Lothar Hay, Innenminister und Vorsitzender ADS-Grenzfriedensbund, Redakteur Dr. Jörn-Peter Leppien und Artur Thomsen, Ehrenvorsitzender des Grenzfriedensbundes

Festschrift Dr. Leppien gewidmet, extra dick, im gewohnten Grün und mit spannenden Beiträgen zur Geschichte des Grenzlandes. Lothar Hay, Innenminister und Vorsitzender des Grenzverbandes, nannte das Heft eine „Hommage an Dr. Leppien“, der als ehrenamtlicher Redakteur die Herausgabe von 120 Ausgaben und rund 30 Sonderheften betreut hat. Hay: „Gäbe es diese Hefte nicht, müssten sie erfunden werden.“ Verdienst dieser Arbeit sei es, den unvoreingenommenen Dialog im Grenzland angestoßen sowie mit manchen Legenden und nationalistischen Wertungen aufgeräumt zu haben. Immer sei auch Platz für dänische Autoren in den Heften gewesen.

Dr. Leppien versicherte früheren Mitstreitern und seiner Mannschaft, er habe jetzt nicht vor, das Redaktionszepter aus der Hand zu legen.

*Gerhard Nowc, in: Flensburger Tageblatt, 4.10.2008*

## Gerret L. Schlaber erhielt Preis der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte

Der von der GSHG erstmals ausgelobte Preis für eine besondere Leistung auf dem Gebiet der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte für 2008 (dotiert mit 1.000 €) ist am 14. November 2008 im Rahmen eines von der GSHG durchgeführten Colloquiums in Kiel dem Historiker und Redakteur der Grenzfriedenshefte Dr. Gerret Liebing Schlaber verliehen worden.

Der Vorsitzende der GSHG, Dr. Jörg-Dietrich Kamischke, sprach von einer überraschend großen Zahl an Preisvorschlägen, darunter Magisterarbeiten, Quelleneditionen, Biographien bedeutender Schleswig-Holsteiner und Museumskataloge, aber auch Vorschläge zur Würdigung von Lebenswerken in der Erforschung und Vermittlung schleswig-holsteinischer Geschichte. Doch haben sich die eingesetzten Juroren die Arbeit nicht leicht gemacht und schließlich Gerret Schlabers 2007 erschienenes Werk zur Verwaltungsgeschichte des Herzogtums Schleswig zur Preisverleihung vorgeschlagen (s. GFH 2/2008, S. 146 ff.). In seiner Ansprache würdigte der Vorsitzende die wissenschaftliche Leistung und gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass das preisgekrönte Werk sich schon bald als Standardwerk erweisen werde. Verwaltungsgeschichte – zumal in einem hochgradig differenzierten Territorium wie Schleswig – sei nämlich keineswegs langweiliger Stoff, sondern eröffne in vielfältiger Weise erst den Zugang zu den Quellen, die der Historiker für seine Forschungen so dringend benötige. Er betonte, dass das von der Studienabteilung an der Dänischen Zentralbibliothek für Südschleswig herausgegebene Werk einen Anreiz bieten müsste, ein Parallelwerk zur Rechts- und Verwaltungsgeschichte Holsteins, Lauenburgs und Lübecks zu verfassen und zusammen mit einer deutschen Übersetzung der vorliegenden Arbeit zu publizieren.

Nach der Überreichung des Preises dankte der Gewürdigte mit einer knappen Ansprache, in der er noch einmal das Zustandekommen der Arbeit resümierte und allen dankte, die zur Entstehung des zweibändigen Werkes beigetragen haben, denn ein solches Forschungsvorhaben lasse sich nur bei Finanz- und Planungssicherheit realisieren. Dass seine Familie die vor allem zum Abschluss der Arbeit umfassende Arbeitsbelastung so geduldig ertragen habe, erfülle ihn mit großer Dankbarkeit. Er freue sich zudem sehr, dass der erste Preis der GSHG an eine dänischsprachige Darstellung gegangen sei, was für die heute selbstverständliche deutsch-dänische Zusammenarbeit in der Geschichtsforschung spreche, die vor gar nicht langer Zeit noch alles andere als selbstverständlich war. Der Preis der GSHG soll auch 2009 wieder ausgelobt werden und wird dank der großzügigen Zuwendung einer Stiftung auf 3.000 € aufgestockt. Preisvorschläge nimmt die Schriftführerin der GSHG, Dr. Elke Imberger vom Landesarchiv Schleswig-Holstein, bis zum 30. Juni entgegen.

*Klaus-J. Lorenzen-Schmidt*

---

## SCHLAGZEILEN AUS DEM GRENZLAND

---

Studie: Dänische Grenzpendler verdienen viel

SH:Z Nachrichtenticker Nord, 24.6.2008

*Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Nord und der Süddänischen Universität Sonderburg sind Grenzpendler aus Dänemark überwiegend hochqualifiziert, während Deutsche, die in Dänemark arbeiten, eher Geringverdiener sind. 2005 pendelten 2600 Beschäftigte von Süd nach Nord, in umgekehrter Richtung waren es 540 Pendler. Aktuellere Vergleichszahlen liegen nicht vor, da die dänische Statistik erst nach zwei Jahren erscheint.*

Krankenhaus freigesprochen

Flensburg Avis, 3.7.2008

*Die juristische Untersuchung des Todes einer deutschen Touristin vor dem mittel-jütischen Regionshospital in Ringkøbing, das keine Notaufnahme mehr hat (s. GFH 2/2008, S. 137), endete mit dem Freispruch für die Klinik, da man dort alle Vorschriften beachtet habe. Der Fall hatte deutschland- und dänemarkweit Aufsehen erregt.*

Südschleswiger haben Erfolg in Bau

Flensburg Avis, 3.7.2008

*Fast alle Jugendlichen aus Südschleswig, die sich an der Produktionsschule in Bau fortgebildet haben, haben nach kurzer Zeit Arbeit gefunden, die Mehrzahl nördlich der Grenze. Vor einigen Monaten drohte die Schule für Jugendliche ohne festen Wohnsitz in Dänemark gesperrt zu werden (s. GFH 1/2008, S. 60).*

Import von Ärzten und Pflegeern in großem Stil

Der Nordschleswiger, 5.7.2008

*Die Region Süddänemark will den nach wie vor akuten Mangel an medizinischem Personal in den Krankenhäusern der Region durch gezielte Anwerbung von Fachkräften in ganz Deutschland und Österreich zu beheben versuchen.*

Erste Kirche in Süddänemark geschlossen

Jydske Vestkysten, 10.7.2008

*Der anhaltende Bevölkerungsrückgang in ländlichen Gebieten und die immer geringere Teilnahme an den regelmäßigen Gottesdiensten haben zur ersten Schließung einer historischen Landkirche geführt. Getroffen hat es die kleine romanische Feldsteinkirche in Hjerting im nördlichsten Nordschleswig, die vor allem für ihren prachtvollen Altar bekannt ist. Sie steht künftig nur noch für personengebundene kirchliche Handlungen wie Hochzeiten, Taufen und Beerdigungen zur Verfügung. Es steht zu befürchten, dass in Kürze weitere Kirchenschließungen folgen werden. Auch in anderen Bereichen öffentlicher Infrastruktur geht die Zentralisierung in Nordschleswig weiter: So wurde Ende November die Schließung von weiteren vier Dörfergemeinschaftsschulen in der Kommune Hadersleben beschlossen, und die Kommune Tøndern schließt und verkauft die noch für Bürgerservice genutzten vormaligen Rathäuser in Hoyer und Bredebro.*

Ministerium: Fahrer sollen nicht Pässe kontrollieren

Jydske Vestkysten, 11.7.2008

*Wenige Monate nach der Verurteilung*

*dreier Taxifahrer wegen der Grenzüberfahrt mit illegal eingewanderten Personen sprach sich das dänische Integrationsministerium gegen die Passkontrolle verdächtiger Fahrgäste durch die Fahrer bei grenzüberschreitenden Fahrten aus.*

Keiner mag die Austermann-Schilder  
Flensburger Tageblatt, 16.7.2008

*Die vom damaligen Wirtschaftsminister Dietrich Austermann vorgeschlagene Ersetzung der Empfangstafeln „Schleswig-Holstein, Land der Horizonte“ an den Landesgrenzen durch Schilder mit dem Spruch „Willkommen im Wirtschaftsland Schleswig-Holstein“ und einer schlichten wehenden Landesfahne findet allgemein wenig Anklang.*

Ummelden deutscher Autos nur  
bei dauerhaftem Umzug  
Der Nordschleswiger, 26.7.2008

*Die dänischen Steuerbehörden bestätigen, dass deutsche Wochenendpendler ihr Fahrzeug nicht ummelden müssen. Dies wird erst bei einem vollständigen Umzug ins Königreich erforderlich. Eine groß angelegte Kontrollaktion gegen Autos mit ausländischen Kennzeichen hatte für Unruhe unter Grenzpendlern gesorgt.*

Beide Nationalitäten bereichern  
einander / Schleswigsches Kulturerbe  
von einzigartiger Bedeutung  
Der Nordschleswiger, 26. u. 28.7.2008

*In seinem Vortrag anlässlich der Gedenkfeier zum Jahrestag der Schlacht von Idstedt 1850 wies Museums-Oberinspektor Peter Dragsbo darauf hin, dass Deutsche und Dänen in Schleswig eine ge-*

*meinsame historische Erfahrung besitzen, zu denen nicht nur die Kriege gehören. Diese Rede geben wir in der Ausgabe der GFH 1/2009 wieder. Bei der traditionellen Gedenkrede auf dem Alten Friedhof in Flensburg verwies Festredner Bjarne Lønborg auf die gute Entwicklung der jüngsten Zeit: Die dänische Minderheit erfährt mehr denn je positives Interesse von deutscher Mehrheitsseite: „Das ist ein starkes Indiz dafür, dass wir als dänische Minderheit das Richtige tun vor dem Hintergrund der historischen Tatsachen das Dänische zu wollen, ohne uns gegen das Deutsche zu verbarrikadieren.“ Im Übrigen könne das Dänentum in Südschleswig nicht, wie es manche Beobachter fordern, voll identisch mit dem Dänentum im Königreich sein.*

EU-Gerichtsurteil gegen dänische  
24-Jahres-Regel  
Der Nordschleswiger, 26.7.2008

*Der Europäische Gerichtshof beurteilt das dänische Gesetz, wonach Angeheiratete aus Nicht-EU-Staaten (außer Island und Norwegen) erst mit 24 Jahren eine direkte Aufenthaltsgenehmigung in Dänemark erhalten können, als rechtswidrig.*

Schülerflucht lässt Universitäten  
bluten  
Politiken, 30.7.2008

*Nach jahrelanger stetiger Zunahme ging die Zahl der Studienanfänger in Dänemark um 12 Prozent zurück. Am härtesten traf es die Syddansk Universitet mit einem dramatischen Rückgang von 26 Prozent, wobei die Außenstellen überproportional betroffen sind, darunter der jüngst in supermoderne Räumlichkeiten (Alsion) verlegte und mit grenzüberschreitenden Stu-*

*diengängen aufwartende Sonderburger Campus. Da die Zahl der Studierenden für die Finanzierung der Hochschulinstitute durch die seit 2002 vorgenommenen Umstrukturierungen wichtiger denn je ist, sind baldige Einschnitte beim Personal und damit in Forschung und Lehre zu befürchten. Positiv ist zu vermelden, dass die Zahl ausländischer Studierender, darunter vieler deutscher, weiter zunimmt (Jydske Vestkysten, 5.8.2008).*

Deutsch-dänische Zusammenarbeit bringt mehr Touristen

Flensborg Avis, 2.8.2008

*Seitdem die Flensburger Förde als Reiseziel verstärkt gemeinsam von beiden Seiten beworben wird, haben sich die Touristenzahlen deutlich erhöht.*

Dänische Medien lassen Deutschland fallen

Flensborg Avis, 5.8.2008

*Dänische Medienforscher kritisieren, dass die meisten der landesweiten dänischen Medien keine eigenen Korrespondenten mehr in Deutschland haben. So hat die wichtigste Nachrichtenagentur Ritzaus Bureau vor einem Jahr, Danmarks Radio bereits vor drei Jahren die Korrespondentenstelle in Berlin eingespart.*

Rettungshubschrauber zum Weiterflug bereit

Flensborg Avis, 7.8.2008

*Auch nach dem Auslaufen der dreijährigen EU-Anschubfinanzierung wird der in Niebüll stationierte grenzüberschreitende Rettungshubschrauber Christoph Europa 5 im Einsatz bleiben, da er sich voll bewährt hat*

*und für den Rettungsdienst beiderseits der Grenze unverzichtbar geworden ist.*

Eine geschwundene Tochter

Leitartikel in Jyllands-Posten, 7.8.2008

*Im Zuge einer Sommerserie über die dänische Minderheit in Südschleswig erschien ein Leitartikel, dessen Verfasser sich Gedanken über die Zukunft der dänischen Südschleswiger machte und diese mit dem Gedanken abschloss, ob man den jährlichen Zuschuss von zur Zeit 480 Millionen Kronen nicht auch anderweitig für dänische Kulturarbeit im Ausland verwenden könnte, wenn das Dänische bei der Minderheit sich zu einer reinen Fassade entwickeln sollte. Dem widersprach Flensborg Avis am Folgetag mit dem Leitartikel „Vorurteile verheeren“, mit welchem Chefredakteur Bjarne Lønborg der Auffassung entgegnetrat, dass der staatliche Zuschuss eine Art Almosen sei, und verwies auf die Bedeutung dieser Investition für ganz Dänemark.*

Universität in Flensborg gerettet

Flensborg Avis, 26.8.2008

*Der Flensburger Universität drohen als der am stärksten unterfinanzierten Hochschule in Schleswig-Holstein drastische Einschnitte, nicht zuletzt bei den inzwischen erfolgreich etablierten grenzüberschreitenden Studiengängen. Am 25.8. gab Ministerialrat Birger Hendriks bekannt, dass die Landesregierung den Etat der Hochschule um 10 Prozent erhöht und zudem eine Einmalzahlung zugesteht, mit der die drängendsten Probleme sofort gelöst werden sollen.*

Immer mehr Deutsche ziehen nach

## Dänemark

Flensburg Avis, 11.8.2008

*Mit der Zahl der deutschen Arbeitskräfte, die in Dänemark eine Anstellung gefunden haben, ist auch die Zahl der sich dauerhaft in Dänemark niederlassenden deutschen Staatsbürger markant gestiegen. Sie beträgt inzwischen gut 16.000. Allein 2007 zogen fast 800 Deutsche nach Dänemark und waren damit nach den Polen die zweitgrößte Gruppe.*

## Die umgekehrte Einkaufswelt

Flensburg Avis, 11.8.2008

*Obwohl der Grenzhandel wegen der unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze heute in erster Linie in nord-südlicher Richtung von Bedeutung ist, profitieren auch die grenznahen dänischen Einkaufsmärkte nach wie vor viel von deutschen Kunden, die vor allem an Sonntagen einen erheblichen Anteil der Kundschaft bilden. Die meisten deutschen Kunden kaufen dabei vor allem gezielt Spezialitäten, die südlich der Grenze nur schwer erhältlich sind.*

## Deutsche Angestellte bekommen keine Pendlerfahrkarte

Flensburg Avis, 13.8.2008

*Das Angebot der Region Syddanmark, für ihre Mitarbeiter kostengünstigere Monatsfahrkarten für DSB und Sydtrafik anzubieten, indem die Kosten vom Bruttolohn abgezogen werden, gilt nicht für die inzwischen zahlreichen Bediensteten mit Wohnsitz südlich der Grenze.*

## Uwe Jessen neuer Generalsekretär

Pressemitteilung des BDN, 20.8.2008

*Neuer Generalsekretär des Bundes Deut-*

*scher Nordschleswiger wird der 37-jährige Volkswirtschaftler Uwe Jessen. Der in Lügumkloster aufgewachsene Haderslebener tritt zum Jahresanfang die Nachfolge von Peter Iver Johannsen an, der nach 35 Jahren in den beruflichen Ruhestand tritt.*

## Neue Attacke auf das dänische Generalkonsulat

Flensburg Avis, 25.8.2008

*Vier Jugendliche setzten auf der Treppe vor dem Generalkonsulat in Flensburg einen Benzinkanister in Brand. Glücklicherweise blieb der Schaden gering. Offenbar besteht kein Zusammenhang mit früheren Schmierereien am Konsulat, die im Zusammenhang mit der Räumung des autonomen Zentrums „Ungdomshuset“ in Kopenhagen standen (s. GFH 1/2008, S. 66).*

## Jede fünfte Stunde eine neue Regel in Dänemark

Jyllands-Posten, 25.8.2008

*Obwohl sich die Fogh-Regierung bei ihrem Antritt 2001 den Abbau von Bürokratie auf die Fahnen geschrieben hatte und man in Dänemark gerne über die vielen Vorschriften in Deutschland und „Verbot-Schweden“ lästert, wurden allein 2007 wesentlich mehr neue gesetzliche Regelungen (insgesamt 1854) erlassen als im Durchschnitt der 1990er Jahre (etwa 1000) – und als in Schweden im gleichen Zeitraum (durchschnittlich 1400).*

## Roter Teppich für eine besondere Filmpremiere

Flensburger Tageblatt, 27.8.2008

*Der dänische Film „Tage des Zorns“, im*



*Original „Flammen og Citronen“ genannt, hatte in Flensburg seine viel beachtete Deutschlandpremiere. Der Streifen mit Mads Mikkelsen in der Hauptrolle handelt von zwei Widerstandskämpfern im deutschbesetzten Dänemark, die Kollaborateure liquidieren sollen. Dabei zeichnet der Film vor allem die Konflikte nach, welche die Kämpfer mit sich selbst ausmachen mussten. Der in deutscher Ko-produktion entstandene Film gilt als einer der erfolgreichsten Kinofilme in Dänemark überhaupt.*

### Dänisches Gymnasium in Schleswig eröffnet

Eigener Bericht, 1.9.2008

*In einem Festakt mit 700 geladenen Gästen, darunter Königin Margrethe II., Unterrichtsminister Bertel Haarder, Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und seine Stellvertreterin, Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave, wurde das neue Gymnasium A.P. Møller-Skolen in Schleswig feierlich eröffnet. Siehe hierzu das Interview mit Rektor Jørgen Kühl in dieser Ausgabe der GFH.*

### Patienten nicht über Recht auf Auslandsbehandlung informiert

Der Nordschleswiger, 2.9.2008

*Dänische Gesundheits- und Europapolitiker beklagen, dass die dänische Gesundheitsgesetzgebung nicht den europäischen Patientenrichtlinien entspricht und dänische Patienten nicht über Möglichkeiten zur Behandlung im benachbarten Ausland bei üblicher Kostendeckung informiert werden. Gesundheitsminister Jakob Axel Nielsen (Kons.) hat angegeben, dass eine Überarbeitung der veralteten*

*Auslegung der EU-Richtlinien in Auftrag gegeben worden sei.*

### Siegfried Lenz wird Ehren-Konditor Flensburger Tageblatt, 3.9.2008

*Die nordschleswigsche Bäcker- und Konditorgilde hat beschlossen, den bekannten Schriftsteller, dessen Werk „Kummer mit der jütländischen Kaffeetafel“ jüngst auf Dänisch mit dem schlichten Titel „Sønderjysk kaffebord“ erschienen ist, für seine Verdienste um die Verbreitung der Kenntnis über diese Tradition zu ihrem Ehrenmitglied zu ernennen.*

### Startschuss für ein Jahrhundertwerk Flensburger Tageblatt, 4.9.2008

*Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrags durch Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee und seine damalige dänische Kollegin Carina Christensen wurde der Bau der festen Fehmarnbelt-Querung besiegelt. Die Ratifizierung durch Bundestag und Folketing gilt als sicher. Die Finanzierung wird weitgehend von Dänemark getragen, während Deutschland sich vor allem dazu verpflichtet, die Anbindungsstrecken zur Brücke auszubauen (s. zuletzt GFH 2/2008, S. 140).*

### Aufgrund der steigenden Grenzpendlerzahlen treten immer wieder neue Themen auf

Der Nordschleswiger, 6.9.2008

*Eine Vielzahl der 2006 von der Arbeitsgruppe zur Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität unter Vorsitz des Parlamentarischen Staatssekretärs Franz Thönnies (SPD) und des Folketingsabgeordneten Kim Andersen (Venstre) genann-*



ten Probleme habe zwar gelöst werden können. Dennoch träten aufgrund der steigenden Pendlerzahlen neue Themen auf, die u. a. auch durch die flexibleren Lebens- und Arbeitsformen bedingt seien, heißt es im Rapport „Mobilitätsbarrieren in der Region Sønderjylland-Schleswig“, die das Regionskontor in Pattburg vorgelegt hat. Alle in der Grenzpendlerberatung tätigen Akteure beklagten eine arbeitsmäßige Überlastung sowie mangelnde Ressourcen. „Eine personelle Stärkung der Beratungseinrichtungen insbesondere führt zu einer Verbesserung der Mobilität und sichert weiteres wirtschaftliches Wachstum.“ Im Frühjahr 2009 sollen im Rahmen des Projektes „Brückenbauer-Pontifex“ zwei Juristen beim Regionskontor eingestellt werden, die die Konsequenzen unterschiedlicher nationaler und europäischer Gesetzgebung bewerten und ihre Erkenntnisse auf konkrete Fälle anwenden, die sich durch die Arbeit im Regionskontor und im Infocenter Grenze ergeben. Die Kosten des Projektes sind auf 3,8 Millionen Kronen beziffert.

Es wurde ein Dreieck

Flensburg Avis, 9.9.2008

Nach der Auswertung von 121 Vorschlägen für die Benennung der offiziellen Zusammenarbeit der Kommunen Apenrade, Sonderburg und Flensburg wurde der bereits im Vorfeld zur Sprache gebrachte Begriff „Grenzdreieck“ bzw. „Grænsetrekant“ ausgewählt, der von zwei Bürgern unabhängig von einander eingesandt worden war.

Kiel überhört erneutes Löwengebrüll

Flensburg Avis, 9.9.2008

Ein namentlich nicht bekannter Berliner

forderte das Land Schleswig-Holstein auf, die Wiederaufstellung des Idstedt-Löwen (s. GFH 4/2002, S. 259 f.) in Flensburg in die Wege zu leiten. Der Petitionsausschuss des Landtages stellte jedoch fest, dass die Entscheidung über einen Antrag auf Rückführung zuallererst bei der Flensburger Ratsversammlung liegt.

Terry Davis lobt die Arbeit der Minderheiten

Der Nordschleswiger, 9.9.2008

Der Generalsekretär des Europarates, Terry Davis, hat sich am Wochenende in Flensburg mit Vertretern der Minderheiten getroffen, um sich über deren Situation im deutsch-dänischen Grenzland zu informieren, und hat die hiesige Entwicklung als gutes Beispiel für Europa gelobt.

Zensur? Veto gegen ein Votum der Kulturszene

Flensburger Tageblatt, 16.9.2008

Eine vom Flensburger Kulturbüro koordinierte Vorbereitungsgruppe hatte den Roman „Wer blinzelt, hat Angst vor dem Tod“ (Ende 2006 unter dem entsprechenden Titel „Den som blinker er bange for døden“ erstmals erschienen) von Knud Romer als Flensburger Beitrag für den Wettbewerb „Eine Stadt liest ein Buch“ ausgewählt. Die Bewerbung wurde jedoch von Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner bereits im Februar abgelehnt, was erst angesichts einer neuen Initiative der Arbeitsgruppe an die Öffentlichkeit geriet. Begründet wurde die Absage damit, dass die Arbeitsgruppe die zuständigen Entscheidungsträger der Stadt viel zu spät informiert habe, aber auch mit inhaltlichen Bedenken: Romers mehrfach ausgezeichnetes Erstlingswerk

*hatte kurz nach seinem Erscheinen für viel Wirbel in Dänemark gesorgt, da der 1960 geborene Verfasser hier auf teilweise drastische Weise seine Kindheitserlebnisse als Sohn einer Deutschen in einer dänischen Provinzstadt verarbeitet hat, wo er allein durch seine Abstammung viel Ablehnung und Hass erfahren hatte. Die Arbeitsgruppe hält das Buch jedoch nach wie vor für geeignet, gerade weil es viel Diskussionsstoff bietet, und will sich damit für den Wettbewerb 2009 bewerben.*

### Abschiedsempfang für Flemming Nielsen

Flensburg Avis, 16.9.2008

*Der langjährige Grenzland-Redakteur von Danmarks Radio Syd, Flemming Nielsen, ist in den Ruhestand getreten. Seine Stelle wird nicht wiederbesetzt. Trotz der Zusage von Danmarks Radio, dass seine Aufgaben von anderen Kollegen übernommen werden, fürchtet man im Grenzland eine deutliche Reduzierung der ohnehin bereits eingeschränkten regionalen und grenzüberschreitenden Berichterstattung (s.a. GFH 3/2007, S. 212).*

### Kreise können sich rechnen

Flensburg Avis, 16.9.2008

*Der Landesrechnungshof kam zu dem Ergebnis, dass sich die seit drei Jahren diskutierte Reform der Verwaltungsstrukturen und damit vor allem die Zusammenlegung von Landkreisen in Schleswig-Holstein finanziell längst nicht so lohnen würde wie von den Initiatoren erhofft. Anfang Oktober gab die Landesregierung ihr Vorhaben auf.*

### Scham über das Unmenschliche

Flensburg Avis, 20.9.2008

*Zehn Jahre nach seiner Aufstellung wurde das Mahnmal Harrislee-Bahnhof, das an die Deportation dänischer Gefangener aus dem Lager Frøslee in deutsche Konzentrationslager erinnert, mit einer neuen dreisprachigen Informationstafel, die über den geschichtlichen Hintergrund informiert, ausgestattet. Der Sprecher der Arbeitsgruppe Harrislee Bahnhof, Dr. Jörn-Peter Leppien, bezeichnete das Mahnmal als Zeichen der Solidarität mit den 1600 Gefangenen, von denen 200 nicht mehr zurückkehrten.*

### Riesenjubiläum in Apenrade über Krankenhausbeschluss

Jydske Vestkysten, 30.9.2008

*Nachdem sich der Rat der Region Süddänemark in Vejle zunächst knapp für ein neues Zentralkrankenhaus in Gravenstein entschieden hatte, wurde in einer neuen Abstimmung nun doch der Ausbau des Apenrader Krankenhauses zum einzigen Akutkrankenhaus in Nordschleswig beschlossen. Das Sonderburger Krankenhaus soll zu einer Fachklinik degradiert werden, wie es bereits mit den ehemaligen Vollkrankenhäusern in Hadersleben und Tøndern geschehen ist (s. GFH 2/2008, S. 137).*

### Neue Fahnen an der Grenze

Eigener Bericht, 1.10.2008

*Nachdem die Grenzübergänge seit dem Ende der Grenzkontrollen im März 2001 auf deutscher Seite unbeflaggt waren, wurden nun je drei neue Masten mit den Fahnen der Bundesrepublik Deutschland, Schleswig-Holsteins und Europas aufgestellt.*

Weniger deutsche Touristen  
in Dänemark

Flensburg Avis, 8.10.2008

*Im Vergleich zum Vorjahr fiel die Anzahl deutscher Touristen in den drei Monaten der Sommersaison um 600.000 Gäste.*

Gestählte Zusammenarbeit über  
die Grenze hinweg

Flensburg Avis, 8.10.2008

*Vertreter der deutschen Gewerkschaft IG Metall und von Dansk Metal unterzeichneten in Hamburg ein Abkommen über engere Zusammenarbeit. Vor allem in Dänemark tätige deutsche Arbeiter in der Metallbranche sollen künftig besser informiert werden.*

Idstedt: Meilenstein in der  
Militärmedizin

Flensburger Tageblatt, 9.10.2008

*In der neuen Ausstellung „Von christlicher Nächstenliebe zur professionellen Verwundetenpflege“ erinnert die Idstedt-Gedächtnishalle an die ersten Ansätze organisierter medizinischer Hilfe für verwundete Soldaten 1850 bei Idstedt und 1864 bei Oeversee und Düppel.*

Deutsch-dänischer Junge darf  
Doppelnamen behalten

Flensburger Tageblatt, 15.10.2008

*Der Europäische Gerichtshof gab einer Familie aus Niebüll Recht, dass der heute 10-jährige, in Dänemark geborene Sohn seinen Doppelnamen behalten darf. Letzterer besteht aus den Familiennamen beider Eltern und wurde dem Kind deutscher Staatsbürgerschaft bei seiner Geburt ge-*

*geben. Nach deutschem Namensrecht sind doppelte Nachnamen (mit Bindestrich) bei Kindern nicht zugelassen, weshalb es nach dem Umzug der Familie nach Deutschland zu einem Rechtsstreit kam.*

Große Unterstützung für neuen Kurs

Flensburg Avis, 27.10.2008

*Auf der Delegiertenversammlung (Søndemandsmøde) des mit Abstand bedeutendsten dänischen Grenzvereins Grænseseforeningen wurde die neue Linie, dass sich der Verein auch verstärkt als Brückenbauer zwischen verschiedenen europäischen Volksgruppen engagiert, fast einhellig bestätigt (s. GFH 4/2007, S. 287).*

Islamischer Friedhof auf dem  
Friedenshügel

Flensburger Tageblatt, 30.10.2008

*Auf dem Flensburger Friedenshügel wurde erstmals im Landesteil ein Gräberfeld für Bestattungen nach islamischem Brauch angelegt und im Beisein zahlreicher Vertreter des öffentlichen Lebens feierlich eingeweiht. Der islamische Friedhof grenzt direkt an den jüdischen Friedhof. Da Bestattungen nach muslimischen Regeln bislang vor Ort nicht möglich waren, wurden verstorbene Muslime bisher in den Heimatländern bestattet, was mit hohem bürokratischen Aufwand und hohen Kosten verbunden ist.*

Vereint für Fehmarnprojekt

Der Nordschleswiger, 1.11.08

*Die bisher getrennten deutschen und dänischen Komitees zur Förderung der Brücke über den Fehmarnbelt haben sich zusammengeschlossen und wollen künftig*

*gemeinsam Lobbyarbeit betreiben, und zwar auch in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Kultur, Tourismus und Hochschulen.*

„Zunehmend ungezwungener und offener“

Flensburger Tageblatt, 4.11.2008

*Zum 60. Mal feierte die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig ihren Deutschen Tag in Tingleff. Neben vielen prominenten Rednern wie Landtagspräsident Martin Kayenburg, Bildungsministerin Ute Erd-siek-Rave, Botschafter Dr. Christoph Jessen und Fraktionsvorsitzender der Venstre im Folketing Hans Christian Schmidt hielt der in Hongkong ansässige Reeder Hans Michael Jebesen die Fest-rede.*

Die Region als Marke

Flensburger Tageblatt, 4.11.2008

*Zum vierten Mal traf sich der „Runde Tisch“ deutscher und dänischer Wirtschaftsförderer in Vejle. Dabei ging es vor allem um die grenzüberschreitende Clusterbildung (s. GFH 4/2007, S. 281).*

Region plant eine neue Sprachenkampagne

Der Nordschleswiger, 7.11.2008

*Die Region Sønderjylland-Schleswig plant im nächsten Jahr eine neue Kampagne zur Förderung der deutschen Sprache in Nordschleswig und der dänischen Sprache in Südschleswig mit verschiedenen Veranstaltungen und neuen Aktionswochen.*

„Kein neues Verkehrsabkommen nötig“

Der Nordschleswiger, 8.11.2008

*Der schleswig-holsteinische Wirtschafts- und Verkehrsminister Dr. Werner Mar-nette (CDU) begrüßt die Initiative des verkehrspolitischen Sprechers der Venstre-Folketingsfraktion, Kristian Pihl Lorentzen, für eine Verbesserung der Straßen- und Schienenverbindungen zwischen Schleswig-Holstein und Jütland.*

Förderung für deutsch-dänische Kultur- und Jugendarbeit

Flensburger Tageblatt, 8.11.2008

*Für das Projekt „Kulturbro-Kulturbrücke“ zur Förderung grenzüberschreitender Projekte in den Bereichen Kultur, Jugend und Sport stehen im laufenden Jahr (1.7.-30.6.) 185.000 € zur Verfügung. Anträge auf Förderung können beim Regionskontor Sønderjylland-Schleswig gestellt werden ([www.region.dk](http://www.region.dk)).*

Deutsch-dänische Lehrerkonferenz

[www.region.dk](http://www.region.dk), 12.11.2008

*Bei der vierten deutsch-dänischen Lehrerkonferenz, zu welcher sich hauptsächlich deutsche Dänisch- und dänische Deutsch-Lehrkräfte in Højskolen Østersøen in Apenrade trafen, war der Gebrauch neuer Medien in der Schule das zentrale Thema.*

20 Jahre Minderheitenbeauftragte in Schleswig-Holstein

Medieninformation der Landesregierung, 13.11.2008

*Mit einem Festakt im Kieler Landeshaus wurde der 20. Jahrestag der Ernennung des ersten Minderheitenbeauftragten der Landesregierung gefeiert. Ministerpräsi-*

dent Peter Harry Carstensen wies in seiner Ansprache darauf hin, dass Minderheitenpolitik auch in Zukunft ein wichtiges Thema in Schleswig-Holstein bleiben werde, zumal sie vom Bedürfnis nach Heimat und der Notwendigkeit nach Weltoffenheit geleitet werde.

Steuercenter jagt  
Unternehmen mit deutscher  
Scheinadresse

Der Nordschleswiger, 13.11.2008

*Das Steuercenter Tondern, das innerhalb der staatlichen Steuerbehörde auch für grenzüberschreitende Steuerfragen von Arbeitnehmern, aber auch Unternehmen zuständig ist, macht nach eigenen Angaben Jagd auf Unternehmen, die zwar geschäftlich in Dänemark aktiv sind, aber zwecks Steuerhinterziehung ihren Sitz an Scheinadressen südlich der Grenze verlegt haben.*

Umsetzung der Kompetenzanalyse  
Pressemitteilung des BDN, 17.11.2008

*Die Ergebnisse der Studie „Minderheiten als Standortfaktor“ (s. GFH 2/2008, S. 121 ff.) wurden im Folketing vorgestellt.*

Planungssicherheit für Bund  
Deutscher Nordschleswiger

Der Nordschleswiger, 22.11.2008

*Mit einer Zuwendung von 800.000 € deckt der Bund die vor allem durch die Lohntariferhöhungen steigenden Kosten in den Jahren 2009 und 2010, welche der dänische Staat erst 2011 rückwirkend mitträgt.*

Auch die EU kritisiert:  
Deutsch in DK quasi exotisch

Der Nordschleswiger, 22.11.2008

*Die EU-Kommission übte heftige Kritik am Fremdsprachenunterricht in Dänemark: Während man in anderen Ländern die Bemühungen zum Erlernen von mindestens zwei Fremdsprachen verstärkt, wurde die zweite Fremdsprache im Königreich zum Wahlfach degradiert und bei der letzten großen Reform auch am Gymnasium stark geschwächt. Seither ist die Quote der Schüler, die in ihrem Jahrgang in zwei Fremdsprachen neben Englisch unterrichtet werden, von 41 auf 6 Prozent gestürzt. Dansk Sprognævn sieht Deutsch auf dem Weg zu einem exotischen Nebenfach und kritisiert, dass man auch an anderen Bildungsstätten wie Universitäten allzu einseitig auf das Englische gesetzt habe. Siehe hierzu auch GFH 4/2007, S. 286.*

Wissenschaft hat keine Grenzen

Der Nordschleswiger, 22.11.2008

*In einem europaweit neuartigen Projekt verstärken sämtliche Universitäten einschließlich der Kliniken in der Region Syddanmark und im Bundesland Schleswig-Holstein ihre grenzüberschreitende Zusammenarbeit.*

Internationale Kloster-Bemühungen

Der Nordschleswiger, 26.11.2008

*Während die Anerkennung des Dannewerks und des Wattenmeeres als Welterbe dank staatsübergreifender Initiativen deutliche Fortschritte gemacht hat, soll nun ein weiteres Kulturdenkmal der Region mit internationaler Hilfe auf die UNESCO-Liste gebracht werden. Die Kirche von Lügumkloster gilt gemeinsam mit ihren Pendants in Bad Doberan (bei Rostock) und Pel-*

*plin (südlich von Danzig) als besterhaltenes Bauwerk des Zisterzienser-Ordens in Nord-europa.*

Fischer greift den Stempel-Fall der Chorsänger auf

Der Nordschleswiger, 26.11.2008

*Der Bürokratie-Fall der Mitglieder eines Jugendchors aus Loit-Kirkeby, die in einem Flensburger Opernchor mitsangen und dafür nach dem schleswig-holsteinischen Jugendarbeitsschutzgesetz vier verschiedene behördliche Dokumente vorlegen mussten, erregte kurzzeitig Aufsehen. Der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer, will sich für einen Abbau solcher bürokratischer Hürden bei der grenzüberschreitenden Kultur-Zusammenarbeit einsetzen.*

Bundesland will seinen Anteil an der Schülerbeförderung bezahlen

Flensburg Avis, 26.11.2008

*Die Kontroverse um die finanzielle Gleichstellung dänischer Schüler bei der Schülerbeförderung in Südschleswig (s. GFH 2/2007, S. 142) bleibt nach wie vor scharf. Nach dem Vorschlag der Kieler Regierungsparteien sollen Land und Kreise die Kosten künftig teilen. Zuvor war der vom Schulausschuss des Kreises Schleswig-Flensburg vorgelegte Vorschlag zur öffentlichen Finanzierung vom Hauptausschuss wieder vertagt worden (FI.A. 10.9.). Beim Europarat wird die Frage als wesentliches ungelöstes Problem zur Erfüllung der europäischen Sprachencharta in Schleswig-Holstein betrachtet (FI.A. 15.9.).*

Bier strömt über die Grenze

Flensburg Avis, 2.12.2008

*Im Rahmen verstärkter Kontrollen gegen den Schmuggel unerlaubt hoher Mengen von Bier und kohlenensäurehaltigen Getränken hat die dänische Steuerbehörde in der zweiten Novemberhälfte große Mengen an Getränken beschlagnahmt, die in Dänemark weiter verkauft werden sollten. Dabei handelte es sich in vielen Fällen um professionell gehandhabte Schmuggelei.*

Scharfe Kritik des SSW an CDU-Beschluss

Flensburg Avis, 3.12.2008

*Die von den Delegierten des Bundesparteitags der CDU beschlossene Initiative zur Aufnahme der Vorrangstellung der deutschen Sprache ins Grundgesetz wurde von der SSW-Landtagsabgeordneten Anke Spoorendonk als „Ohrfeige für die vier anerkannten nationalen Minderheiten“ kritisiert. Auch alle anderen in Land- und Bundestag vertretenen Parteien missbilligten den Beschluss, der auch von Parteichefin und Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht mitgetragen wird.*

„Minderheiten ein noch nicht ganz begriffener Schatz“

Flensburg Avis, 4.12.2008

*Bei der Übergabe ihres Gutachtens zur Föderalismusreform wiesen die Vertreter der vier autochthonen Minderheiten in Deutschland den Bundespräsidenten darauf hin, dass es nach wie vor Defizite gibt und dass der Bund hierbei den Ländern gegenüber zu wenig Weisungsbefugnisse hat. Köhler nannte die Volksgruppen einen noch nicht von allen begriffenen Schatz.*



## Nationale Mythen und Frühgeschichte

Anne Katrine Gjerløff

Fejder om fortiden

Sonderburg: Museum Sønderjylland  
– Sønderborg Slot u. Historisk Samfund  
for Als og Sundeved, 2007 (Fra Als og  
Sundeved 85). 128 S., zahlreiche Abb.

Im neuen Jahrbuch der Geschichtsgesellschaft für Alsen und den Sundewitt, das gleichzeitig Begleitband zur Ausstellung „Fejder om fortiden“ („Fehden um die Vergangenheit“) im Sonderburger Schloss ist, widmet sich die promovierte Historikerin und Archäologin Anne Katrine Gjerløff, derzeit Forschungsstipendiatin am Saxo-Institut der Kopenhagener Universität, einem Thema, das für das jeweilige nationale Geschichtsverständnis im schleswigschen Grenzland von äußerster Wichtigkeit ist: die Deutung und Vereinnahmung vor- und frühgeschichtlicher Zeugnisse als Elemente nationaler Geschichte und Kultur im 19., aber auch noch im 20. Jahrhundert. Dabei beschränkt sich die Studie allerdings weitestgehend auf die dänische Sichtweise.

In der Zeit der Nationenbildung und der damit verbundenen Nationalromantik des 19. Jahrhunderts wurden Relikte aus vor- und frühgeschichtlicher Zeit zu wichtigen Bausteinen für die nationale Identitätsstiftung und Symbolik. Für Dänemark spielten einige Funde und Orte im Schleswiger Land eine wesentliche Rolle, namentlich die bereits 1639 und 1734 gefundenen Goldhörner von Gallehus, das Nydamboot und das Dannewerk. Wie die Geschichtswissenschaft entwickelte sich die Archä-

ologie gerade in dieser Zeit und vor diesem Hintergrund zu einer eigenständigen Wissenschaft. Hinzu kamen sagenhafte und mit Legenden umrankte historische Personen, die im 19. Jahrhundert zu Hütern der Nation hochstilisiert wurden. Bekannteste Beispiele sind Uffe hin Spage (Offa) aus der frühgeschichtlichen Sage, dessen besiegte Feinde 1848 in einem Gedicht von Grundtvig unzweideutig als Deutsche gekennzeichnet wurden, und Königin Thyra, die im Mittelalter das Dannewerk verstärken ließ.

Nach 1864 wuchs die nationale Symbolkraft vorgeschichtlicher Denkmäler noch. Immerhin entwickelte sich die Archäologie immer mehr zu einer professionellen Wissenschaft, und mit der Gründung lokaler Museen versuchten engagierte Heimatkundler zu verhindern, dass neue Funde an weit entfernte Stellen abgegeben werden mussten.

Im 20. Jahrhundert ließ der Gebrauch frühgeschichtlicher Relikte keineswegs nach. Anne Katrine Gjerløff verweist dabei nicht nur auf die tagespolitische Verwendung zum Beispiel in der Abstimmungszeit 1920 oder auf die Blut- und Boden-Symbolik der dänischen Nationalsozialisten, sondern vor allem auch auf die Verwendung in der Produktwerbung. Vor allem Nahrungsmittelfirmen nutzen Goldhörner, Luren und vor allem Wikinger – dem romantischen Bild entsprechend mit Hörnern am Helm dargestellt – auch heute noch als Erkennungszeichen.

In einem kurzen Nachwort zeichnet Inge Adriansen den seit Ende der 1950er Jahre beschrittenen Weg der Zusammenarbeit deutscher und dänischer Archäologen



und Frühgeschichtler nach. Zusammenfassungen auf Deutsch und Englisch erleichtern dem Leser mit nur geringen Dänischkenntnissen den Zugang zu dieser interessanten Studie, die deutlich vor Augen führt, dass Geschichte meist das ist, was in der Gegenwart aus ihr gemacht wird.

*Gerret Liebing Schlaber*

### Wirtschaft in Nord- und Südschleswig nach 1920

Morten Andersen

Den følte grænse

Slesvigs deling og genopbygning  
1918-1933

Apenrade: Historisk Samfund for  
Sønderjylland, 2008, 456 S., zahlr. Abb.

Die hier gedruckt vorliegende, 2006 an der Süddänischen Universität anerkannte Ph.D.-Arbeit widmet sich der Konstruktion der dänischen Südgrenze gegen Deutschland nach der Volksabstimmung von 1920. Sie reiht sich damit ein in die Untersuchungen zur schleswigschen Region, in denen die durch die neue Grenze geschaffene Dichotomie zwischen dem deutschen/preußischen und dem dänischen Teil Schleswigs in unterschiedlicher Weise beleuchtet wird. Tatsächlich hatte ja die Grenzziehung von 1920 in völlig neuer Weise ein durch Jahrhunderte zusammengewachsenes Territorium nach nationalen Kriterien zerrissen. Die Annexion Schleswigs durch Preußen 1867 hatte zwar kleinere Grenzregulierungen mit sich gebracht, aber ansonsten das Gros des Territoriums unzerteilt gelassen. Nun sollte eine nationale Grenze von dänischer Seite aus fühlbar gemacht werden. Die

verschiedenen administrativen und infrastrukturellen Maßnahmen, mit denen der relativ kleine Nationalstaat Dänemark sofort versuchte, das wiedergewonnene Gebiet zu integrieren, sind verschiedentlich thematisiert worden, aber es fehlte bisher an einer Zusammenschau aller dieser Faktoren. Das leistet die vorliegende Arbeit in überzeugender Weise.

Morten Andersen beginnt mit zwei Kapiteln, in denen er das Thema umreißt (S. 9-13) und seine Untersuchung in einen theoretischen Rahmen stellt (S. 14-27). Danach schildert er die Region vor 1914 (S. 28-55), um sich dann den Ereignissen des Ersten Weltkrieges und der Volksabstimmungszeit zuzuwenden (S. 56-88). Nach diesen zum Verständnis notwendigen Präliminarien setzt mit Kapitel 5 „Wiederaufbaustrategien und Grenzpolitik“ die eigentliche Behandlung des Hauptthemas seiner Arbeit ein (S. 89-107). Er arbeitet die unterschiedlichen Positionen in Dänemark (Grenzstabilisierung) und Deutschland (Grenzrevision) heraus. Es folgen die stark wirtschaftsgeschichtlich geprägten Kapitel über Grenzverkehr und Handel 1920-1925 (S. 108-142), den wirtschaftlichen Wiederaufbau 1920-1925 in Südschleswig (S. 143-193) und in Nordschleswig (S. 194-249). Danach nimmt er den Faden wieder auf und behandelt nun dieselben Fragen (Grenzverkehr und Handel, Aufbau Süd, Aufbau Nord) für den Zeitraum 1925-1933. In seiner Zusammenfassung (S. 382-407) resümiert er noch einmal die von ihm ausführlich dargestellten Maßnahmen beiderseits der Grenze, weist auf die wirtschaftlichen Konsequenzen der Teilung Schleswigs hin, betont den Wandel von der Region zur Grenzregion mit seinen Implikationen, bringt die europäische Dimension (die ja erst im Rahmen der europäischen Integration voll wirksam wurde

und wird) ein und wirft einen kurzen Blick auf die heutige Funktion der Grenze. Die deutsche Zusammenfassung bietet noch einmal verkürzt die Möglichkeit für den ausschließlich deutschsprachigen Leser, den Gedankengang Morten Andersens nachzuvollziehen.

Das Buch stellt eine willkommene Zusammenschau der unterschiedlichen deutschen und dänischen Herangehensweise an die durch die Teilung Schleswig geschaffene neue Situation dar. Gründlich und unter Ausschöpfung vieler Quellen wird dargestellt, dass dänischerseits mit der Grenze von 1920 ein zurückgewonnenes Territorium fest und dauerhaft mit dem Königreich verbunden werden sollte, während aus deutscher Sicht die „offene Wunde der Nordmark“ blutete und nur durch die Zurückgewinnung Nordschleswigs zu heilen gewesen wäre.

Dass bei Morten Andersen viel von „Slesvig“ und selten von „Sønderjylland“ die Rede ist, zeigt auch, dass der demonstrative nationale Ton in der Schilderung und Analyse der deutsch-dänischen Grenzbedinglichkeiten stark gedämpft ist. Das Buch ist ein wichtiger Beitrag zum Verständnis des langen Weges zur Normalität an der dänischen Süd- und deutschen Nordgrenze.

*Klaus-J. Lorenzen-Schmidt*

Gut „Jägerslust“  
– Spiegel der Zeitgeschichte

Bernd Philipsen

„Jägerslust“

Gutshof, Kibbus, Flüchtlingslager,  
Militärareal

Flensburg: Gesellschaft für Flensburger  
Stadtgeschichte, 2008. 104 S., zahlreiche  
Abb.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurde Alexander Wolff, der Besitzer des Gutes Jägerslust westlich von Flensburg, von nationalsozialistischen Schlägern misshandelt. Er konnte ihnen jedoch entkommen und über die Grenze nach Dänemark flüchten, wo die Zeitungen ausführlich über die Tat berichteten, z. B.: „Blutig über die Grenze gejagt“ (Arbejderbladet, Kopenhagen), „Unglaublich misshandelt“ (Fyens Tidende, Odense), „Böse Episode an der Grenze“ (Hejmdal, Apenrade). Der Überfall war Teil des reichsweiten November-Pogroms und damit ein Teil des Ablaufs von Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden unter der NS-Tyrannie. In seinem Buch „Jägerslust“, das zum 70. Jahrestag des Pogroms gegen die jüdische Bevölkerung am 9./10. November 1938 erschienen ist, fasst der Flensburger Journalist und Publizist Bernd Philipsen die Ergebnisse seiner jahrzehntelangen Beschäftigung mit dem Gut und der Besitzerfamilie Wolff zusammen.

Jägerslust war 1857 von dem aus einer angesehenen und begüterten Haderslebener Familie stammenden Christian Franz Eduard von Simesen am Westrand des Flensburger Stadtfeldes errichtet worden. Nach einer Reihe von Besitzerwechseln erwarb der Berliner Textilfabrikant Georg Wolff 1906 das Gut, ihm folgte 1917 sein Sohn Alexander. Fünfundzwanzig Jahre führten die Wolfs ein Leben, das eingebunden in die bürgerliche Gesellschaft Flensburgs war. Mit dem nationalsozialistischen Herrschaftsantritt änderte sich dies schlagartig. Der antijüdische Boykott am 1. April 1933, der Ausschluss aus Vereinen, in denen man bisher aktiv tätig war, und die Entlassung der Schwester Lilly aus dem Schuldienst führten dazu, dass Alexander Wolff seinen Besitz der „Hachscharah“-Bewegung zur Verfügung stellte: Auf Jägerslust

wurden ab 1934 junge, auswanderungswillige Juden, zumeist mit städtischem, kaufmännischem oder akademischem Hintergrund auf ein Leben als Pionier in jüdischen Siedlungen in Palästina vorbereitet. Insgesamt, so hat Bernd Philipsen bei seinen Recherchen herausgefunden, durchliefen zwischen 1934 und November 1938 auf Jägerslust etwa 100 Praktikanten die Vorbereitungszeit für eine Auswanderung. In der Erntezeit halfen sie bei den Bauern der Nachbarschaft und bisweilen sogar auf Höfen jenseits der Grenze aus. Einige setzten ihre „Hachscharah“-Zeit ganz offiziell in Dänemark fort, da es zwischen der „Hachscharah“-Bewegung und dem „Landbo-økonomisk Rejsebureau“ in Kopenhagen ein Austauschprogramm gab.

Alexander Wolff kehrte nach dem 10. November 1938 nicht zurück, ihm gelang später die Auswanderung über Kopenhagen und Göteborg in die USA. Die „Hachscharah“-Praktikanten waren verhaftet worden, die Frauen wurden bald darauf in ihre Heimatorte geschickt, die Männer als sogenannte „Schutzhäftlinge“ in das KZ Sachsenhausen transportiert. Da ihre Ausreise vorbereitet war, konnten sie im Dezember 1938 nach Dänemark und in die Niederlande ausreisen. Einige zogen nach Palästina weiter, andere wurden ab 1940 Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. Käte Wolff, ihre Tochter Lilly und Alexander Wolffs Frau Irma schafften es trotz aller Bemühungen um eine Auswanderung nicht mehr, das Reich zu verlassen. Sie zogen zu Verwandten nach Berlin, da Jägerslust verwüstet worden war. Im September 1942 wurde Lilly Wolff nach Riga deportiert und dort ermordet, zuvor war ihre Mutter Käte bereits nach Theresienstadt deportiert worden; sie wurde in Treblinka ermordet. Irma Wolff wurde

im Januar 1943 nach Auschwitz gebracht und dort ermordet.

Der enteignete Hof wurde Militärgelände. Ein Teil der Ländereien wurde dem „Fliegerhorst Flensburg-Weiche“ (Schäferhaus) zugeschlagen. In den Jahren nach dem Krieg diente Jägerslust als Flüchtlingslager. Nach Gründung der Bundeswehr wurde das Areal mitsamt dem nun halb verfallenen Herrenhaus und den Stalungen Teil des Standortübungsplatzes; hier übte die Bundeswehr den Häuserkampf – das war der Zustand, den Alexander Wolff bei seinem Besuch in Flensburg 1966 tief erschüttert sehen sollte. Mit der Schließung des Heeresstandorts Flensburg wurde aus dem Truppenübungsplatz ein Naturschutzgebiet. An der Stelle der ehemaligen Hofanlage befinden sich eine Informationstafel und drei in den Boden eingelassene „Stolpersteine“ zur Erinnerung an Irma, Käte und Lilly Wolff. Mit diesem Buch ist es Bernd Philipsen gelungen, ein wichtiges – und erschütterndes – Kapitel der Zeitgeschichte des Grenzlandes einem breiten Publikum zu vermitteln.

*Frank Lubowitz*

## EU-Politik im Ostseeraum

Ulrike Hanssen-Decker

Von Madrid nach Göteborg

Schweden und der EU-Beitritt Estlands, Lettlands und Litauens 1995-2001

Frankfurt: Peter Lang, 2008. 280 S. (Kieler Werkstücke, Reihe B: Beiträge zur nordischen und baltischen Geschichte 5)

Mit ihrer Doktorarbeit hat die Kieler Historikerin Ulrike Hanssen-Decker einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Eu-

ropapolitik im Ostseeraum seit 1995 und damit zur jüngsten Zeitgeschichte in der Region geleistet. Zwar liegt der Schwerpunkt, so wie der Titel es verspricht, auf der schwedischen Politik, doch setzt die Verfasserin diese immer in einen vergleichenden Zusammenhang mit den Aktivitäten Dänemarks und Finnlands. Entgegen der viel beschworenen nordischen Einigkeit ruft die Studie deutlich in Erinnerung, wie unterschiedlich die geografischen und politisch-strategischen Voraussetzungen für die fünf skandinavischen Staaten während des Kalten Krieges waren: Dänemark war fest in der EG und NATO verankert, Schweden verfolgte offiziell seine Neutralitätspolitik, und Finnland hatte durch die enge Nachbarschaft mit der Sowjetunion dieser gegenüber einen begrenzten Spielraum.

1989/90 änderte sich die politische Lage im Ostseeraum grundlegend, und 1995 traten auch Schweden und Finnland der EU bei. Trotz der engen Zusammenarbeit der nordischen Staaten blieben jedoch auch weiterhin unterschiedliche Interessen und Schwerpunkte. Besonders gut hat die Verfasserin herausgearbeitet, wie sich die schwedische Regierung von anfänglicher Unsicherheit nach dem Beitritt 1995 – der in der Bevölkerung auch 2001 noch mehrheitlich kritisch gesehen wurde – zu einer aktiven Gestalterin entwickelt hat: Nicht zuletzt durch schwedisches Engagement gelang es, Lettland und Litauen in die erste Reihe der Beitrittskandidaten aufzunehmen, so dass die drei baltischen Staaten 2004 gemeinsam Mitglieder der EU wurden.

Das Buch ist, wie in der Reihe „Kieler Werkstücke“ üblich, recht bescheiden ausgestattet, und der Kaufpreis für 228 Seiten reinen Text ohne Illustrationen plus 56 Seiten Beilagen beträgt stolze 51,50 €. Dies

ist bedauerlich, denn diese interessante und im übrigen sehr gut zu lesende Studie über einen wichtigen Aspekt der allerjüngsten Geschichte des Ostseeraums verdient eine große Leserschaft – und zwar auch im schleswigschen Grenzland, das nicht zuletzt durch die Folgen der hier analysierten Politik den skandinavischen und den baltischen Staaten gleichsam wieder deutlich näher gekommen ist.

*Gerret Liebing Schlaber*

### Schleswigsche Baukultur(en)

Peter Dragsbo (Hg.)

Haus und Hof in Schleswig und Nordeuropa / Huse og gårde i Sønderjylland og Nordeuropa

Heide: Boyens, 2008. 184 S.

Die Kultur im alten Herzogtum Schleswig wurde im Schatten des Grenzkampfes über ein Jahrhundert für nationale Argumentationen ausgeschlachtet. Auch die Baugeschichte wurde als Zeugin eines spezifisch dänischen, deutschen oder friesischen Erbes vereinnahmt, wobei die Haustypen auf der eigenen Seite gelegentlich auch als Beweis einer höheren Kultur gewertet wurden. Dies änderte sich erst, nachdem die Herrschaft des Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg gezeigt hatten, wohin das national einseitige Denken bei konsequenter Anwendung führen kann. Obwohl man diesen neuen Weg schon seit einiger Zeit beschreitet, flimmern die alten Stereotype noch immer durch das Grenzland. Nach wie vor aber sind echte Belege, dass sich auch im Bewusstsein der Akteure etwas verändert hat, nicht selbstverständlich. Das von Peter Dragsbo, dem Leiter des Museums im

Sonderburger Schloss, vorgelegte Buch ist ein solcher Beleg. Die neun Fachbeiträge eines dänisch-deutschen Seminars, zu dem Dragsbo 2005 nach Sonderburg eingeladen hatte, bieten vordergründig „ganz normale“ bauhistorische Forschungsergebnisse. Es geht um „Hallenhaus und Gulphaus“, „Westjütische Bauweisen im 17. und 18. Jahrhundert“, den „dänischen Bauernhof im Mittelalter“ oder „Bauernhäuser in den Nordseemarschen“. Die Autoren sind Bauhistoriker, Kulturgeschichtler, Archäologen. Freunde historischer Baukultur werden in jedem Fall an den fundierten Informationen ihre Freude haben. So brachte Gerd Kühnast, Vorsitzender der Interessengemeinschaft Baupflege Nordfriesland und Dithmarschen, anlässlich eines Vortrags von Peter Dragsbo in Bredstedt im Juli 2008 unter anderem seine Anerkennung dafür zum Ausdruck, dass die in dem Buch gegebenen Denkanstöße für die ganz praktische Baupflege-Arbeit genutzt werden können. Zugleich aber öffnet das Buch den Blickwinkel weit über die subregionale Forschung hinaus. Im Gesamtergebnis wird klar, dass die kulturellen Phänomene – hier die Spuren der historisch gewachsenen Bausubstanz – in der Region Schleswig nur bei Betrachtung des größeren Bildes zu verstehen sind. Von Nordjütland und Fünen bis in die niederländischen Marschen reichen die Gebiete, aus denen Einflüsse auf die verschiedenen Bauweisen in Schleswig kamen. Zu erkennen ist dies nur bei konsequentem Abwurf nationaler Scheuklappen. Somit öffnet das Buch neue Perspektiven und gibt Impulse nicht nur in fachlicher Hinsicht, sondern auch für die Wahrnehmung des Grenzlandes insgesamt.

*Fiete Pingel*

## Eine schleswigsche Malerin zwischen Deutsch und Dänisch

Dörte Nicolaisen, Bärbel Manitz,  
Hans Schultz Hansen

Von Husum nach Hadersleben. Die  
Malerin Charlotte von Krogh (1827-1913)

Fra Husum til Haderslev. Malerinden  
Charlotte von Krogh (1827-1913)

Hrsg. v. Museum Sønderjylland-Arkæologi  
Haderslev, Museumsverband Nordfriesland  
u. Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek,  
Kiel. 2007. 159 S., ill.

Die Malerin Charlotte von Krogh (1827-1913) fühlte sich im Deutschen wie im Dänischen gleichermaßen zu Hause und verkehrte in deutschen und dänischen Künstlerkreisen. Die „doppelte Loyalität“, mit der Charlotte von Krogh in der Geschichte der Kunst in der Grenzregion eine Sonderstellung einnimmt, stand im Mittelpunkt der Ausstellung „Von Husum nach Hadersleben. Die Malerin Charlotte von Krogh (1827-1913)“. Die Ausstellung war das Ergebnis einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Museen und Kultureinrichtungen in Dänemark und Deutschland. Sie wurde 2007 in Husum, Hadersleben und Kiel gezeigt.

Im diesem Rahmen erschien die vorliegende, in deutscher und dänischer Sprache verfasste Publikation. Sie gliedert sich in einen Text- und einen Katalogteil.

Im reich illustrierten Textteil beschäftigen sich drei Autoren mit der aus einer schleswigschen Adelsfamilie stammenden Künstlerin und ihrem Wirken in einer Zeit nationalpolitischer Spannungen.

Die Kunsthistorikerin Dörte Nicolaisen stellt zunächst den Lebensweg Charlotte von Kroghs dar. In Husum aufgewach-

sen und später in Hadersleben zu Hause, machte Charlotte von Krogh ihr künstlerisches Talent zur Profession und ließ sich in Kopenhagen und Düsseldorf ausbilden. Landschaften und Interieurdarstellungen in Schleswig und Dänemark waren bald ihre vorrangigen Sujets. Die Malerin pflegte im Laufe der Jahrzehnte freundschaftliche Verbindungen zu anderen Künstlern in Dänemark und Schleswig-Holstein. Von ihnen empfing Charlotte von Krogh künstlerische Impulse, die sie noch in ihren letzten beiden Lebensjahrzehnten zu neuen Darstellungsweisen anregten. Aus den wenigen vorhandenen Quellen setzt die Autorin Informationen über das Leben der Künstlerin wie Puzzleteile zu einem Ganzen zusammen; die zahlreichen Lücken füllt die Autorin dabei mit teilweise gewagten Vermutungen. Insgesamt gelingt ihr eine lebendige Schilderung.

Die Kunsthistorikerin Bärbel Manitz beschäftigt sich in ihrem Aufsatz mit der 1894 gegründeten Schleswig-Holsteinischen Kunstgenossenschaft (SHKG). Dieser Künstlerorganisation gehörten fast alle Künstlerinnen und Künstler an, die hier lebten oder aus Schleswig-Holstein stammten. In dem Verein entstand ein Interesse für das Authentische, Natürliche in Verbindung mit schleswig-holsteinischem Heimatbewusstsein. Die Darstellung der schleswig-holsteinischen Landschaft rangierte bald vor allen anderen Motiven. Auch Charlotte von Krogh gehörte dieser Organisation an, beteiligte sich an zahlreichen Ausstellungen und wurde nach ihrem 80. Geburtstag zum Ehrenmitglied ernannt.

Vor dem Hintergrund der nationalpolitischen Polarisierung in Schleswig beleuchtet Hans Schultz Hansen die Gesinnungen einzelner Mitglieder der Familie von Krogh. Er stellt heraus, wie der

deutsch-dänische Konflikt dazu führte, dass Charlotte von Kroghs Brüder, ihre Onkel und Cousins einander entgegengesetzte Positionen entwickelten. Für Charlotte von Krogh, Tochter eines königlich-dänischen Amtmannes, war die Entzweiung der Familie ein traumatisches Ereignis. Der Katalogteil führt alle noch bekannten Werke Charlotte von Kroghs auf; einige gelten als verschollen. Zudem sind viele ihrer Arbeiten heute nicht mehr nachweisbar. Dennoch erhält der Betrachter einen eindrucksvollen Einblick in das Oeuvre der Künstlerin und kann nachvollziehen, wie sich neue künstlerische Impulse auf das Schaffen Charlotte von Kroghs auswirkten. Schade nur, dass einige Abbildungen unscharf sind und es teilweise an der richtigen Belichtung mangelt.

*Ruth Clausen*

#### Jugend europäischer Minderheiten

Anders Wedel Berthelsen u.a.

Mellem adskillige grænser

Nationale mindretal i Europa

Grænseforeningens Årbog 2009. 112 S., zahlreiche Abb.

In seinem neuen Jahrbuch bietet Grænseforeningen, der mit Abstand wichtigste dänische Grenzverein, Einblicke in den Alltag junger Angehöriger verschiedener europäischer Volksgruppen, die in ihrem Staat eine Minderheit bilden. Entstanden sind die Interviews im Rahmen der Jugendkonferenz „The More I See You – The Surplus of Minorities“, die im Mai 2008 in Gravenstein stattfand. Insgesamt zwölf 17- bis 33-jährige Angehörige der Westfriesen, Aromunen, Russen in Estland, Russlanddeutschen, Donauschwaben,

Ungarn in der Vojvodina, Kärntner Slowenen, Rätoromanen, Sorben und der drei Minderheiten des schleswigschen Grenzlandes berichten über ihren Alltag und ihre Identität als Angehörige einer nationalen Minderheit.

Niemand von ihnen wünscht sich die Verschiebung von Grenzen oder gar die Bildung neuer Staaten. Ebenso ist es für sie selbstverständlich, dass sie sich nicht von der Mehrheitskultur in ihrer Heimat absondern, sondern diese ebenfalls unvoreingenommen als Bestandteil ihres Alltags empfinden. Auffallend ist, dass die meisten der Befragten in der nächsten Groß- oder Hauptstadt außerhalb ihres Heimatgebiets leben. Durchgehend sind die jungen Menschen jedoch vorsichtig optimistisch, was die Zukunft ihrer Volksgruppen angeht – trotz mancher drängender Probleme.

Abgerundet wird das Jahrbuch mit Fachbeiträgen von Jørgen Kühl über die Besonderheiten, die Geschichte sowie die aktuellen Lebensbedingungen und Probleme der nationalen Minderheiten in Europa, von Ove Korsgaard über den heute weitgehend vergessenen Vorschlag Grundtvigs von 1848 zur Errichtung einer kulturübergreifenden Heimvolkshochschule in Flensburg, und von Inge Adriansen über Identitäten im schleswigschen Grenzland. Dieser Beitrag fügt sich in die aktuelle Identitätsdebatte sowohl innerhalb der dänischen Minderheit als auch generell in Dänemark ein, in welcher der Grenzverein im vergangenen Jahr mit seinem neuen und durchaus nicht unumstrittenen Slogan „for en åben danskhed“ (für ein offenes Dänentum) neue Akzente gesetzt hat. Das interessante Jahrbuch kann unter der Adresse [www.graenseforeningen.dk](http://www.graenseforeningen.dk) angefordert werden.

*Gerret Liebing Schlaber*

Christian Albrekt Larsen

Danskernes Nationale Forestillinger

Aalborg: Aalborg Universitetsforlag, 2008. 90 S.

Mit seinem Buch über die nationalen Vorstellungen der Dänen versucht der wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Wirtschaft, Politik und Verwaltung der Universität Aalborg Christian Albrekt Larsen den Ansichten seiner Landsleute über das Dänentum näherzukommen. Als Grundlage dient ein Fragebogen, den 2003 insgesamt 1322 Dänen ausgefüllt haben. Die Ergebnisse werden mit den Resultaten entsprechender Untersuchungen aus 26 weiteren Ländern verglichen. Einzelheiten zur dänischen Untersuchung sind im Internet unter [www.surveybank.aau.dk](http://www.surveybank.aau.dk) abrufbar.

Bei der Lektüre dieser Studie sind gute Kenntnisse über statistische Methoden von Vorteil, denn ein Strom von Zahlendaten durchfließt das gesamte Werk. Doch mit Hilfe der vom Verfasser aufgestellten statistischen Übersichten und Grafiken ergibt sich ein durchaus interessanter Einblick in das nationale Selbstverständnis der Dänen im Jahre 2003. So fühlen sich 56 Prozent der befragten Dänen ihrer Nation „sehr eng“ zugehörig. Bei den Israelis jüdischen Glaubens beträgt dieser Wert 80 Prozent, in West- und Ostdeutschland hingegen nur 26 bzw. 24 Prozent. Allerdings vermisst man hier deutlichere Ausführungen darüber, wie die einzelnen Fragen und die jeweils möglichen Antworten interpretiert werden können; was bedeutet es beispielsweise, sich seiner Nation „sehr eng“ zugehörig zu fühlen oder Stolz auf die Geschichte der Nation zu empfinden?



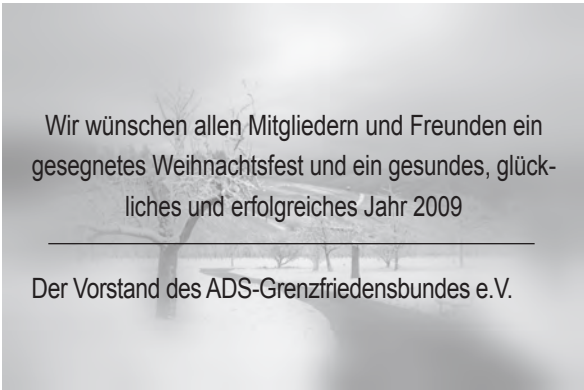
Bei der letztgenannten Frage nehmen die Dänen den 13. Platz unter den 27 Nationen ein. Dies deutet der Verfasser so, dass die Erinnerung an die historischen Niederlagen wie 1864 an Bedeutung verloren hat, und die letzten Plätze für Ost- und Westdeutschland führt er auf das Bewusstsein über den Zweiten Weltkrieg zurück. Doch wirkt diese Folgerung etwas übereilt, denn Geschichte besteht nun bei weitem nicht nur aus Kriegen.

Viele Rückschlüsse der Studie erscheinen auch deshalb schwach fundiert, weil ihnen eine angemessene historische Perspektive fehlt. So spricht sich der Verfasser dafür aus, vorhandene Gegensätze zwischen Dänen und ihren Mitbürgern anderer ethnischer Herkunft dadurch zu dämpfen, dass man die politische Gemeinschaft auf Kosten der kulturellen Gemeinschaften hervorheben sollte. Doch dies ist zu einfach und in der Geschichte allzu oft gescheitert – man denke nicht zuletzt an die Jahrhunderte lange politische Gemein-

schaft unter der dänischen Krone, die im 19. Jahrhundert der kulturellen Divergenz zwischen Deutsch und Dänisch nicht viel entgegensetzen konnte.

Mit dem Vorbehalt, dass eine Studie wie diese manches diskussionswürdige Ergebnis liefert, bietet „Danskernes Nationale Forestillinger“ einen interessanten Einblick in die in der dänischen Bevölkerung verbreiteten Vorstellungen von nationaler Identität und deren Inhalt. Doch für Rückschlüsse auf solche Vorstellungen in historischer Perspektive müssen auch andere Quellen herangezogen werden. Auch deshalb ist es zu begrüßen, dass der Verfasser sein Quellenmaterial ins Netz gestellt hat, so dass seine Aussagen leicht nachprüfbar sind. Dieses Beispiel sollte Schule machen, damit der Leser nicht nur mit den vom Verfasser ausgewählten und zurechtgeschnittenen Zitaten und Quellenangaben konfrontiert wird, in die sich ohnehin kaum jemand vertiefen dürfte.

*Lars Holmgaard Bak*



Wir wünschen allen Mitgliedern und Freunden ein  
gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes, glück-  
liches und erfolgreiches Jahr 2009

---

Der Vorstand des ADS-Grenzfriedensbundes e.V.

Lars Holmgaard Bak, cand.mag.  
Landsarkivet for Sønderjylland  
Haderslevvej 45  
DK-6200 Aabenraa

Ruth E. Clausen  
Deutsches Museum Nordschleswig  
Rønhaveplads 12  
DK-6400 Sønderborg

Ingalies K.Friebel  
Seestraße 20  
24960 Glücksburg

Jørgen Kühl, ph.d.  
A. P. Møller Skolen  
Auf der Freiheit  
24837 Schleswig

Dr. Jörn-Peter Leppien  
Libellenring 15  
24955 Harrislee

Dr. Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt  
Staatsarchiv Hamburg  
Kattunbleiche 19  
22041 Hamburg

Frank Lubowitz, M.A.  
Historische Forschungsstelle und  
Archiv der deutschen Volksgruppe  
Vestergade 30  
DK-6200 Aabenraa

Bernd Philipsen  
Munkenholt 42  
24944 Flensburg

Fiete Pingel, M.A.  
Nordfriisk Instituut  
Süderstraße 30  
25281 Bredstedt

Prof. Dr. Michael Ruck  
Universität Flensburg  
Institut für Geschichte und  
ihre Didaktik  
Auf dem Campus 1  
24943 Flensburg

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.  
Studieafdelingen og Arkivet  
ved Dansk Centralbibliotek  
Norderstraße 59  
24939 Flensburg

*Bernd Philipson, NS-Kampagne gegen „undeutschen Geist“. Die Bücherverbrennungen in Flensburg und Schleswig 1933* Abb. 1: Programm des Stadttheaters Flensburg, Spielzeit 1933/34; Abb. 2: Flensburger Nachrichten, 13.5.1933; Abb. 3: Flensburger Illustrierte Nachrichten, 21.6.1933; Abb. 4: Schleswiger Nachrichten, 22.6.1933; Abb. 5: Stadtmuseum Schleswig

*Michael Ruck, Halskrause oder Einkreisung? Frühere Debatten und heutige Perspektiven zum Flensburger Kreisstatus* Abb. 1: 125 Jahre Kreise in Schleswig-Holstein, hrsg. v. Schleswig-Holsteinischer Landkreistag, Neumünster 1992, S. 311; Abb. 2: Dieter Pust, Könige, Bürgermeister und Präsidenten in Flensburg. Biographische Skizzen, Flensburg 1987, S. 240; Abb. 3: Karl Weigand, Die Auflösung des Landkreises Flensburg im Jahre 1974 als Lehrstück raumrelevanter gesellschaftlicher Prozessabläufe – Gebietsreform, Eingemeindungen, zentralörtliche Verflechtungen –, in: Der Landkreis Flensburg 1867-1974. Ein preußischer Landkreis in Schleswig-Holstein, hrsg. v. d. Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Teil 2, Flensburg 1991, S. 309-321, 445 f., hier S. 315; Abb. 4: Moderne und bürgernahe Verwaltung zwischen Nord- und Ostsee – Verwaltungsreform in Schleswig-Holstein –, hrsg. v. Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Kiel 1974, S. 19

*Jörn-Peter Leppien/Gerret Liebing Schlaber, Ein neues Gymnasium für Südschleswig. Interview mit dem Rektor der A. P. Møller Skolen Jørgen Kühl* Abb. 1-4: A. P. Møller Skolen

*Ingales K. Friebel, „Besser zusammenleben in Flensburg“. Ein Veranstaltungsbericht*  
Foto: Ingales K. Friebel

*Umschau* Foto S. 419: Michael Staudt



**Postvertriebsstück**

**C 3340 F**

**Entgelt bezahlt**

**ADS-Grenzfriedensbund e. V.**

**Marienkirchhof 6 • 24937 Flensburg**

**ISSN 1867-1853**